Verstädterung und Landsiedlung in ihrer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung.

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin

Von

Diplom-Volkswirt Wolfgang Rathcke

Berlin-Tegel

Tag der Promotion: 9. Juni 1937

Druck: Biberacher Verlagsdruckerei, Biberach an der Riß

J 9

Dekan: Prof. Dr. Graf v. Gleispach

1. Gutachter: Dr. Ch. Lorenz

2. Gutachter: Prof. Dr. C. v. Dietze

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Unser Volk muß wieder ein Bauernvolk sein –
oder es wird nicht mehr sein.

Adolf Hitler.

Inhaltsverzeichnis.

A. Verstädterung - Landsiedlung.

I. Ursachen — Seite

1. Der Verstädterung 6
   a) Bevölkerungszunahme 6
   b) Industrialisierung 7
   c) Binnenwanderung (Landflucht) 9
   d) Geistige Ursachen 15
2. Der Landsiedlung 17
   a) Wirtschaftliche, bevölkerungspolitische Gründe usw. (geschichtlich betrachtet) 17
   b) Binnenwanderung (Stadtflucht) 20
   c) Geistige Ursachen 20

II. Verlauf

1. Der Verstädterung 21
   a) In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts 22
   b) Seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts 23
   c) In der Nachkriegszeit 24
   d) Im III. Reich 25
2. Der Landsiedlung 27
   a) Im Mittelalter 27
   b) Im 17.—19. Jahrhundert 28
   c) In der Nachkriegszeit 29
   d) Im III Reich 30

III. Formen

1. Der Verstädterung 31
   a) Im Mittelalter 32
   b) Im 19. Jahrhundert 35
   c) In der Nachkriegszeit 37
   d) Im III. Reich 39
2. Der Landsiedlung 40
   a) Im Mittelalter 41
   b) Im 17.—19. Jahrhundert 42
   c) In der Nachkriegszeit 45
   d) Im III. Reich 46

IV. Verhältnis von Verstädterung und Landsiedlung 48

B. Wirkung von Verstädterung und Landsiedlung auf die Bevölkerungsentwicklung.

Seite

I. Auf die Verteilung 51

1. Die Volksdichte innerhalb Deutschlands 51

2. Das Verhältnis Stadt- zu Landbevölkerung 53

3. Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in Stadt und Land 54

   a) Umfang der Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen 56

   b) Die Erwerbspersonen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen nach Wirtschaftsabteilungen 58

   c) Soziale Gliederung der Erwerbspersonen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen 59

4. Der Altersaufbau der Bevölkerung in Stadt und Land 60

5. Die Geschlechtsgliederung der Bevölkerung in Stadt und Land . . 62

II. Auf die Wachstumskräfte 63

1. Geburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß seit der Reichsgründung . 65

2. Geburten und Sterbefälle getrennt nach Stadt und Land 67

3. Geburten und Sterbefälle im Jahr 1933 getrennt nach 3 Gemeindegrößenklassen 70

4. Kinderzahl der verheirateten Frauen im Jahr 1933 nach Eheschließungsjahren in 3 Gemeindegrößenklassen 72

5. Kinderzahl und soziale Stellung 74

6. Kinderzahl und Bodenbesitz 76

7. Kinderzahl bei den deutschen Juden 78

8. Bevölkerungsstatistische Auswirkungen der bäuerlichen Siedlung . . 78

III. Zusammenhang zwischen Siedlungsform und Geburtenentwicklung 89

IV. Wirkung auf die Beschaffenheit der Bevölkerung 99

1. Auswirkung der Verstädterung 99

   a) In qualitativer Hinsicht 99

   b) In sozialer Hinsicht 113

2. Auswirkung der Landsiedlung 115

   a) In qualitativer Hinsicht 115

   b) In sozialer Hinsicht 118

C. Grenzen der Verstädterung und Landsiedlung.

Seite

1. Der Verstädterung 120

2. Der Landsiedlung 122

a) Von der Siedler-Seite 122

b) Von der Land-Seite 126

c) Von der Finanzierungs-Seite 132

d) Von der Produktions- und Absatzseite 137

D. Zusammenfassung 141

Einleitung.

Wenn wir die Menschheitsgeschichte überblicken, sehen wir, daß alle Kulturkreise, nachdem ein gewisser Höhepunkt der geistigen Kultur erreicht war, zusammengebrochen sind, und zwar immer dann, wenn die Kultur (vom lat. colere = den Boden pfleglich bebauen) von ihrer Veräußerlichung — der Zivilisation und Verstädterung — abgelöst worden ist. So sanken mit der Vernichtung ihres bäuerlichen Fundamentes Assyrien, Aegypten und Hellas in den Staub und so wurde dem Römischen Reich seine Unfähigkeit, die Verstädterungsfrage zu lösen, zum Verhängnis.

Heute sehen wir in verschiedenen Nationen Europas ebenfalls Verfallssymptome, die uns umso entschlossener an dem Ziel arbeiten lassen, das deutsche Volk aus der Verstädterung wieder zu Natur und Boden, zu seinem odal zurückzuführen.

Wann aber spricht die Wissenschaft beim Vergleich der menschlichen Siedlungsformen von Verstädterung, wann von Landsiedlung?

Hier ist zu sagen, daß bis heute eine befriedigende Lösung für die umfassende Kennzeichnung des Begriffs Verstädterung fehlt.[1]) Die allgemein übliche Gegenüberstellung der Pole Stadt und Land mit der Bevölkerungsstatistik als der einzigen Erklärungsmöglichkeit ist wenig befriedigend. Demnach wäre nämlich jedes Land als verstädtert zu bezeichnen, das mehr als 50% seiner Bevölkerung in Städten wohnen hat. Australien z. B., wo in den 6 Großstädten rund 50% der Gesamtbevölkerung wohnen, wäre dann sogar „vergroßstädtert" und das, obwohl hier, auf den qkm berechnet, knapp ein Mensch wohnt. Dann aber bleibt offen, was man überhaupt als „Stadt" ansehen will. Es gibt Ortschaften über 2000 Einwohner, die ihren dörflichen Charakter gewahrt haben und es gibt Dörfer, die ein durchaus

1) Zeiss, i. Z. f. Geopol. 1933, S. 310.

städtisches Gepräge besitzen.[2]) Mit einer Definition auf rein zahlenmäßiger Grundlage wird man also dem Begriff Verstädterung, der sowohl dynamisch wie statisch orientiert sein kann und der schließlich in übertragenem Sinne noch eine ganz bewußte Geisteshaltung ausdrücken soll, nicht gerecht.

Berücksichtigt man diese Umstände, so wird man unter einer dynamischen Verstädterung (Verstädterung als Vorgang) den seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in allen Kulturstaaten und besonders in Deutschland zu beobachtenden Agglomerationsprozeß der Bevölkerung in Orten, welche eine Expansionstendenz in sich tragen, zu verstehen haben.

Das Ergebnis dieses Prozesses, die Zusammenballung der Menschen und Wirtschaften in Massensiedlungen mit den unmittelbaren Folgen für die Siedlungs- und Wohnweise, Versorgung und Verwaltung, Wirtschaftsform und Arbeitstechnik wäre als Verstädterung im statischen Sinne zu verstehen (Verstädterung = Zustand), wenn die Bevölkerungsanhäufung zahlen- und größenmäßig ungesunde Formen angenommen hat. Das Kriterium dafür, daß hier ein Gleichgewichtsverhältnis gestört und eine gewisse für ein Volk geltende Grenze überschritten ist, läßt sich aber nicht zahlenmäßig erfassen, sondern liegt in den vielen Symptomen der Gleichgewichtsstörung: der Loslösung von Boden und Landwirtschaft, der Entwurzelung aus Sitte und Ueberlieferung, der Zerstörung von Familie und Gemeinschaft, der Verflachung des religiösen, geistigen und künstlerischen Lebens und Wirkens, kurz, der Entseelung, der Mechanisierung, Materialisierung der äußeren und inneren Verproletarisierung überhaupt.

Damit ist aber zugleich die Bedeutung des Begriffs Verstädterung in übertragenem Sinne gekennzeichnet: der Verstädterungsprozeß hat nicht nur eine örtliche Verschiebung der Bevölkerung zur Folge, sondern auch die ganze innere Einstellung der in den Städten Wohnenden, ihre Lebensanschauung und Lebensgestaltung erfährt mit der Zeit eine grundsätzliche Wandlung: auf die „tatsächliche" Verstädterung folgt die „geistige". Auch diese sozial-psychische Erscheinung, die sich in einer besonders egozentrischen und „rechenhaften" (Sombart) Einstellung des Städters äußert

2) Das gilt ganz allgemein für das Dorf der holländ. Marsch, das schon rein äußerlich ganz auf die Stadt eingestellt ist.

und in der gewollten Geburtenverhütung ihren schärfsten Ausdruck findet, wird unter dem Begriff Verstädterung verstanden. Daß diese „geistige" Verstädterung sich nicht unbedingt mit der technischen decken muß, m. a. W. daß die Entwurzelung nicht nur den in der Bevölkerungsstatistik erfaßbaren Stadtbewohner betrifft, ist allerdings ebenso selbstverständlich, wie umgekehrt nicht alle menschlichen Zusammenballungen städtischer Art die Wesensmerkmale der Verstädterung aufweisen müssen.

Die Unmöglichkeit, eine statistische Abgrenzung für eine Geisteshaltung zu finden,[3]) hat verschiedentlich dazu geführt, Begriff und Wesen der Verstädterung vom biologischen Standpunkt aus zu erklären. So betrachtet Bodenheimer[4]) die Verstädterung als ein Wachstumsstadium der Völker und Kulturen, vergleichbar mit dem Altern eines Organismus. Als äußeres Anzeichen dafür sei das Erscheinen der Weltstädte anzusehen — äquivalent etwa dem Abklingen der Geschlechtstätigkeit im Organismus. Das schädliche Phänomen der Verstädterung, die Verödung des Landes, sei ein endlicher Entwicklungsprozeß, der als Eintritt in das Greisenalter zu bewerten sei.

Aber diese Erklärung des Wesens der Verstädterung befriedigt nicht. Eine morphologische, pflanzenhaft-geistige Entfaltung eines Volkes in der Art, wie sie Bodenheimer (und auch Spengler) von der Kultur her sehen, gibt es nicht. „Nicht echtes Altern, sondern Willensschwäche oder Loslösung des Verstandes von der Seele, nicht notwendige Erschöpfung, sondern zu verantwortende rassische Zersetzung wird meist der Grund dieses Aufhörens sein. Denn solange ein Volk seine biologische Art körperlich und geistig in Ordnung hält, ist es unberechenbar in seiner Lebensdauer und unterliegt nicht dem linienhaft biologischen Gesetz des Jungseins, Reifens und Alterns."[5])

In welchem speziellen Sinn man aber den Begriff Verstädterung auch anwendet, fast stets wird man mit ihm eine Abwertung ausdrücken wollen: eine krankhafte Entwicklung,

---

3) Die Definition Günthers: „Ein Volk ist verstädtert, wenn mehr als 30—40 % seiner Bevölkerung in „Städten" wohnen, da dann der städtische Geist auch auf Land übergreift", muß daher etwas willkürlich anmuten. (Günther, „Die Verstädterung" S. 3).

4) i. Ztschrft. f. Geopol. 1933 S. 173 ff.

5) E. Anrich, i. Volksspiegel, 1935, H. 5/6. S. 230.

ein ungesundes Verhältnis, eine „negative" Geisteshaltung. „Stadtleben, Stadtkultur, Stadtwirtschaft ist das Positive, Verstädterung das dazugehörige Negative".[6]) „Verstädterung das heißt Asphaltboulevards statt grüner Wiesen, Fabriksschlote statt Eichenwälder, Mietskasernen und Slums statt Bauernhäuser, Stapelware statt Handwerksgut, Tempo statt Zähigkeit, Mode und Sensation statt Tradition und Gesinnung."[7]) Lang und vielfältig ist so das Sündenregister, das den Städten und den Städtern vorgehalten wird, und alles soll mit dem Begriff Verstädterung ausgedrückt werden, was im kulturellen und sozialen Bereich unerwünscht ist und eben in der Stadt als dem schärfsten Reflektoren menschlichen Zusammenlebens seinen sichtbarsten Ausdruck findet.

Gleichsam den Gegenpol zur Verstädterung bildet die Landsiedlung. Auch dieser Begriff wird verschieden gedeutet. Versucht man hier eine schematische Abgrenzung, so wird man alle Siedlungen bis zu 2 ha Größe zur „Stadtsiedlung" (vorstädtische Kleinsiedlung), alle Stellen größeren Umfanges, soweit sie der landwirtschaftlichen Betätigung dienen, zur „Landsiedlung" rechnen können, gleichgültig, ob sie in der Nähe eines Dorfes oder einer Stadt liegen.[8]) Die Landsiedlung umfaßt demnach die

Nebenerwerbssiedlung	Landarbeitersiedlung	rd. 2 ha
	Handwerkersiedlung	rd. 5 ha
Vollerwerbssiedlung	Kleinbauernsiedlung (Einspänner u. Kuhbauernstellen)	rd. 8 ha
	Vollbauernsiedlung	rd. 15 ha

Hierher gehört ferner eine Begleiterscheinung der selbständigen Siedlung, die sog. Anliegersiedlung, die das Ziel verfolgt, vorhandene Kleinbetriebe durch Landzuweisung möglichst zur Größe einer selbständigen Ackernahrung zu bringen.

Auch beim Begriff „Siedlung" hat man zwischen dem eigentlichen Vorgang „Siedeln" (Besiedlung) und dessen Ergebnis, der (schlüsselfertigen) Siedlung zu unterscheiden. Bei

6) E. Pfeil, i. Ztschrft. f. Geopol. S. 168.

7) „Die Stadt als Schicksal" i. Frkft. Ztg. 1936 Nr. 296.

8) Land- und Stadtsiedlung werden sich dabei häufig überschneiden. Nach Dr. Maxion trennt die ländliche und die städtische Siedlung nur der Intensitätsgrad, welcher der Verbindung von Mensch und Boden zugrunde liegt. „Die städtische Siedlung stellt das Minimum, die ländliche das Maximum des Kontaktes zwischen beiden dar." Maxion a. a. O., S. 2.

der bäuerlichen Siedlung ferner zwischen Einzelhof- und Dorfsiedlung, je nachdem der Hof isoliert oder nachbarlich mit andern zusammen in einem Dorf als Glied einer wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft steht.[9])

Die folgende Darstellung versucht, nach einem allgemeinen Ueberblick über Ursachen, Verlauf und Form der beiden Gegenpole menschlicher Siedlungsformen — der Landsiedlung und der Verstädterung — besonders die in volksbiologischer Hinsicht gleichermaßen quantitativ wie qualitativ schädlichen Auswirkungen der Verstädterung zu schildern sowie die Möglichkeit einer Abhilfe durch die ländliche Siedlung zu untersuchen. Hierzu war neben einer Untersuchung über die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der Verstädterung und der ländlichen Siedlung ein Exkurs über die Möglichkeiten und Grenzen der Siedlung in Deutschland erforderlich, da nur so der Ueberblick geschlossen erscheint.[10])

9) Der Einzelhof wurde besonders in den östl. Kolonisationsgebieten bevorzugt. („Die dt. ländl. Siedlung“ S. 24).

10) Da sich bisher nur über die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der bäuerlichen Siedlung genaue Angaben machen lassen, so umfaßt der Rahmen dieser Arbeit grundsätzlich auch nur diese Siedlungsform.

A. Verstädterung - Landsiedlung.

I. Ursachen.

1. Ursachen der Verstädterung.

Für die Tatsache der Verstädterung in Deutschland werden die verschiedensten Gründe und Ursachen angegeben: so z. B. das Aufkommen der modernen Technik, die aufblühende Industrie und die in Wechselwirkung mit dieser stehende allgemeine Bevölkerungszunahme, die gewaltige Ausdehnung des modernen Verkehrswesens, die Entwicklung des landwirtschaftlichen Bodenrechts oder gar die allgemeine Dienstpflicht.[1]) Obgleich diese Gründe, man könnte noch viele Faktoren wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher und politischer Art aufzählen,[2]) unmittelbare Anlässe für das Maß der Verstädterung gewesen sein mögen, niemals läßt sich diese allein aus jenen sichtbaren Erscheinungen, die ja nur die „Manifestation" geistiger Vorgänge darstellen, erklären (K. W. Schulze).

a) Bevölkerungszunahme.

Von den sichtbaren Ursachen ist zweifellos die starke Bevölkerungsvermehrung besonders seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts als die entscheidende für das hohe Maß der Verstädterung in Deutschland anzusehen.

---

1) In einer Untersuchung über die Einwirkung der allgem. Dienstpflicht auf das Anwachsen der Städte kommt Dr. Mahlberg zu dem Ergebnis, daß der große Aufschwung der Städte, die eigentliche Stadtwerdung in Deutschland zusammenfällt mit der Einführung der allgem. Dienstpflicht. „Mit den ‚gedienten' Leuten hat man die Städte groß gemacht. Nicht nur blieben sie selbst mit Vorliebe hier, sie zogen viele andere und vor allem auch die weibl. Bevölkerung des Landes als Hauspersonal nach sich in die Städte. (i. Arch. f. Inn. Kolon. Bd. 25, H. 3, S. 169).

2) Besonders stark ist auch die ballende Kraft polit. Maßnahmen, d. h. die Bildung neuer Verwaltungsmittelpunkte. Gerade die größten Städteballungen werden sogar ganz primär durch Politik und Verwaltung geschaffen und bestimmt.

Während die Bevölkerungszahl des jetzigen deutschen Staatsgebietes vom Jahre 1700 bis 1800 nur von etwa 16 Millionen auf wenig über 20 Millionen angewachsen war, hat sie sich im folgenden Jahrhundert auf 50 Millionen ausgedehnt infolge steigender Kultur, Erweiterung der Erwerbsquellen und nicht zuletzt geordneter politischer Verhältnisse.

Die Bevölkerung d. Dt. Reiches	Heutiger Gebietsstand Bev. in 1000	Vorkriegsgebietsstand Bev. in 1000
1816	21 989	24 833
1871	36 323	41 061
1900	50 626	56 367
1910	58 450	64 926
1933	66 044	- [3]

Das absolut stärkste Wachstum brachte das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, sodaß bei Kriegsausbruch die 60 Millionen-Grenze überschritten wurde. Bis zum Jahre 1933 ist die Bevölkerungszahl auf 66 Millionen angewachsen, womit sie sich gegenüber d. J. 1816 verdreifacht hat.[4])

Dementsprechend stieg die Bevölkerungsdichte von 40 im Jahre 1800 auf 104 im Jahre 1900 und 140 im Jahre 1933 (einschl. Saargebiet), womit sie 3 mal so groß war wie die durchschnittliche Dichte Europas (43 Einwohner je qkm). Lediglich Belgien (265), die Niederlande (233), sowie Großbritannien und Nordirland (190) wiesen in Europa eine größere Volksdichte auf.

b) Industrialisierung.

Die gewaltige Bevölkerungsvermehrung brachte eine ungewöhnlich starke Verlagerung unseres volkswirtschaftlichen Schwergewichts nach der Seite von Industrie, Handel und

3) Wirtsch. u. Stat. 1935. Nr. 3, S. 112 ff.

4) Hierbei sind die rd. 6 Mill. dt. Auswanderer nicht berücksichtigt.

Verkehr.[5]) Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsstruktur stehen in enger gegenseitiger Wechselwirkung, und wie das stürmische Bevölkerungswachstum der treibende Faktor der starken Ausweitung von Industrie, Handel und Verkehr war, so war umgekehrt jene stürmische Bevölkerungsentwicklung zum großen Teil wieder bedingt und ermöglicht durch die kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung jener Epoche. Diese wurde wiederum stark gefördert durch die staatliche Entwicklung: die Gründung des deutschen Zollvereins und die machtpolitische Erstarkung des Reiches (Burgdörfer). Andererseits war Voraussetzung für die starke Industrialisierung die Erschließung riesiger überseeischer Absatzmärkte und der immer weitere Ausbau der Weltwirtschaft.

Diese wirtschaftspolitische Umstellung Deutschlands vom Agrarstaat zum Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaat (List) und der dadurch mit aufgeblähte Apparat für Versorgung, Verteilung und Verwaltung ermöglichte es aber der deutschen Wirtschaft, nunmehr die gewaltigen, von Jahr zu Jahr wachsenden Geburtenüberschüsse selbst aufzunehmen, „statt der Menschen Waren zu exportieren".[6]) Und so konnte der gesamte Bevölkerungszuwachs innerhalb der Jahre 1882—1933 in Höhe von rd. 25½ Millionen Menschen sein Unterkommen und Brot ausschließlich in den nichtlandwirtschaftlichen Berufszweigen finden und damit zum überwiegenden Teil auch in den Städten: Der gesamte Bevölkerungszuwachs seit der Reichsgründung bis zur letzten Zählung vor dem Kriege (1910) in Höhe von 24 Millionen ist restlos den Städten zugute gekommen, deren Einwohnerzahl sich in diesem Zeitraum von 15 auf 39 Millionen erhöhte. So setzt mit dem Hochkapitalismus, mit der Weltwirtschaft unausbleiblich die Verstädterung ein.

---

5) Bei einem bestimmten Stand der Bevölkerung zwingt das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag zu einer Strukturwandlung der Volkswirtschaft. „Es zwingt die Völker zu einer Aenderung ihrer volkswirtschaftlichen Produktion, indem die Pflege der Industrie, des auswärtigen Handels, der auswärtigen Kapitalanlagen notwendig wird, um die Mittel zu gewinnen, mit denen die Ergänzung der heimischen Produktion durch Einkauf im Auslande erfolgen kann. (Philippovich).

6) In welchem Maße der Bev. Zuwachs wirtsch. auf Industrieexporten, welche reiche Arbeitsmöglichkeiten schufen, aufgebaut war, erhellt aus folgendem: Im J. 1880 betrug der Umfang der dt. Ein- und Ausfuhr zus. rd. 5 Mrd. RM. bei einer Bev.-Zahl von 45 Mill. In den folg. 20 J. ist der Aussenh.-Umsatz auf 10 Mrd., die Bev. auf 56 Mill. angewachsen. Im J. 1913 war der Höchststand des Außenh. mit 21 Mrd. RM. erreicht; die Bev.-Zahl war auf 67 Mill. gestiegen. (zit. n. Frkft. Ztg., 1936, Nr. 189-190).

c) Binnenwanderung (Landflucht).

In dem Maße, wie es der deutschen Industrie gelang die steigenden Geburtenüberschüsse selbst aufzunehmen, verlor die Auswanderung über die Reichsgrenzen an Bedeutung, ja, im Zeitraum 1895—1905 war sogar ein Einwanderungsüberschuß zu verzeichnen. Aber an Stelle der Auswanderung setzte nun eine innerdeutsche Wanderbewegung ein, die sog. Binnenwanderung, welche in die Landesteile mit den bedeutendsten Verwaltungs-, Handels- und Industriezentren führte. Abgesehen von den vorwiegend städtischen Gebieten kam es deshalb vor allem in solchen Gebieten, in denen die Industrie stärker hervortrat, zu verschärften Zusammenballungen der Bevölkerung.

Bei einer Steigerung der Dichte um rund 63 Personen je qkm (82%) im Durchschnitt des Reichs stieg die Einwohnerzahl je qkm von 1871—1933 in

Berlin um	3747	Personen
Hamburg um	2119	„
Bremen um	967	„
Lübeck um	283	„
Sachsen (Land) um	176	„
Westfalen um	162	„
Rheinprovinz um	183	„
Saarland um	67	„ [7])

An dieser Abwanderung in die Stadt- und Industriezentren waren und sind im wesentlichen die gleichen Gebiete beteiligt, aus denen sich auch die Massenauswanderung über die Reichsgrenzen früher rekrutierte, nämlich die vorwiegend agrarischen Gebiete im Osten des Reiches.[8]) Hier war deshalb auch die geringste Zunahme der Bevölkerungsdichte von 1871—1933 festzustellen. Die Zahl der Einwohner stieg je qkm in

Ostpreußen um	12	Personen
Pommern um	16	„
Grenzmark Posen-Westpreußen um	7	„
Brandenburg um	20	„
Mecklenburg um	9	„

7) W. u. Stat.

8) Burgdörfer a. a. O. S. 31. An der Abwanderung des ges. Dt. Reiches waren die östl. Gebiete mit fast 3/5 beteiligt. (Volk und Rasse 1936, H. 7, S. 304.

Bei der überquellenden Fruchtbarkeit der Bevölkerung besonders seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war ein steter Zustrom frischer Kräfte in die Städte bis zu einem gewissen Grade notwendig, um diese mit dem Bevölkerungsüberschuß des Landes gesund zu erhalten. Seit einer langen Reihe von Jahren hat die Abwanderung vom Lande aber ungesunde Formen angenommen und hier besonders in den letzten Jahren zu einem effektiven Bevölkerungsrückgang geführt, was umso schwerwiegender ist, als hiervon eine ganze Reihe von ohnehin dünn besiedelten Grenzgebieten, besonders Ostpreußen und die Grenzmark, betroffen werden.

Eine übermäßige Abwanderung vom Lande, die mit schädlichen Auswirkungen in erster Linie für das flache Land und die Landwirtschaft, letztenendes aber für die gesamte Volkswirtschaft verbunden ist, wird in der Literatur als „Landflucht" bezeichnet.[9])

Während in der Zeit von 1840—1870 schätzungsweise nur 30 000 Personen aus Ostpreußen abwanderten, beträgt der Wanderungsverlust zwischen 1871—1910 über 700 000 Menschen.[10]) Der Geburtenüberschuß in dieser Zeit betrug 941 800 Menschen, sodaß Ostpreußen mehr als ¾ seines Geburtenüberschusses durch Abwanderung verloren hat. Im Ganzen betrachtet verloren die ostdeutschen Grenzgebiete rund die Hälfte ihres natürlichen Bevölkerungszuwachses durch Abwanderung nach dem Westen und in die Städte.[11]) Nicht ganz so scharf tritt der Wanderungsverlust für Schlesien in Erscheinung, weil der schlesische Bevölkerungsüberschuß zum Teil im schlesischen Industrierevier Arbeit und Brot finden konnte. Immerhin hatte auch Schlesien im Zeitraum 1841—1910 einen Wanderungsverlust von annähernd 700 000, was einem reichlichen Fünftel seines Geburtenüberschusses gleichkommt.[11])

Während der Kriegszeit ruhte die Abwanderung vollständig, im ganzen ergeben sich für die ländliche Bevölkerung Ostpreußens im Zeitraum 1910—1919 nur geringe Wanderungsverluste.

Aber in der Nachkriegszeit weisen die preußischen Ostgebiete wieder einen erheblichen Wanderungsverlust auf, der

9) Dr. H. Böker u. F. W. v. Bülow a. a. O. S. 5.
10) J. Boss a. a. O. S. 5.
11) Burgdörfer a. a, O. S. 31.

im Zählabschnitt 1925—1933 insgesamt 340 000 Menschen umfaßt.[12]) Ostpreußen hat in dieser Zeit rund 95 000 Personen durch Abwanderung verloren, das ist zahlenmäßig mehr als die Hälfte seines weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Geburtenüberschusses.

Diesen starken Verlusten der östlichen Grenzgebiete steht ein sehr hoher Wanderungsgewinn der Stadt Berlin und des Regierungsbezirks Potsdam gegenüber. Die Millionenstadt Berlin und ihr Ausstrahlungsgebiet haben rein zahlenmäßig 14 000 Menschen mehr aufgenommen, als der Wanderungsverlust des gesamten übrigen Ostdeutschland beträgt.[13])

So hat sich die Bevölkerungszahl der einzelnen Gebietsteile unter dem Einfluß der Industrialisierung und der dadurch ausgelösten Binnenwanderung von 1816—1933 wie folgt vervielfacht:[14])

	auf das . . . . . fache
Rheinprovinz, Westfalen, Saargebiet	4½
Mitteldeutsche Landesteile	3⅓
Land Sachsen	4⅓
Nordwestdeutsche Landesteile	2½
Ostelbische Landesteile (ohne Berlin)	2½
Südwestdeutsche Landesteile und Hessen Nassau	2⅓
Bayern rechts des Rheins	2

Ursachen der Landflucht.

Da das Wachstum der Städte schon seit Jahrzehnten nicht mehr auf ihrer eigenen Kraft beruht, sondern auf dem starken Zustrom der Bevölkerung vom Lande, so muß auf die eigentlichen Ursachen der Landflucht — und somit der Verstädterung — näher eingegangen werden.[15])

12) Der Geburtenüberschuß von Ostdeutschland betrug 1925-1933 678 000 Pers. W. u. Stat. 1934 H. 1 S. 30.

13) W. u. Stat. 1934 H. 1 S. 30.

14) W. u. Stat. 1935 H. 3 S. 112.

15) Allerdings stößt man hierbei insofern auf Schwierigkeiten als sich Ursachen und Folgen fast stets gegenseitig bedingen. Führt z. B. die Landflucht zu Zusammenballungen auf beschränktem Gebiet, so hat die Großstadtbildung ihrerseits wieder neue, nicht zu verkennende Abwanderungsgründe geschaffen. (Dr. H. Böker S. 11).

In der nationalökonomischen Wissenschaft treffen wir auf verschiedene Ansichten über den Ursprung der Landflucht. So glaubt Sering, daß die beiden Extreme der Grundbesitzverteilung die Wanderungserscheinung hervorbringen, da ein großer Teil der Bevölkerung im Osten gänzlich von der Teilnahme am Grundbesitz ausgeschlossen bleibt. Oder wie Oppenheimer es ausdrückt: „Wer die malthusische Weise liebt, mag auch sagen: wo das Großgrundeigentum in arithmetischer Reihe wächst, wächst die ländliche Wanderung in geometrischer Reihe".[16]) Auch das „Goltz'sche Gesetz" beruht auf der Tatsache, daß die Wanderung in direktem Verhältnis des Umfanges des Großgrundbesitzes und im umgekehrten Verhältnis zum Umfang des bäuerlichen Besitzes wächst.

Demgegenüber versucht Quante nachzuweisen, „daß von irgendeiner Parallelität der ländlichen Abwanderung mit der Grundbesitzverteilung gar keine Rede sein kann".[17]) Er selbst glaubt vielmehr, daß der Grund der Landflucht in der Eigenart des landwirtschaftlichen Berufes liegen müsse.[18]) Hainisch hält die geringe Höhe des Einkommens für den Hauptaktivposten der Landflucht,[19]) und auch Wygodzinsky stellt den geringen Lohn an die erste Stelle. Mombert weist auf das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag hin und erklärt, unter bestimmten Produktionsverhältnissen könne nicht über ein bestimmtes Maß von Arbeit in der Landwirtschaft Verwendung finden, wenn nicht die Roherträge — auf die Arbeitseinheit berechnet — und damit die Lebenshaltung sinken sollen. Und Darré schreibt: „Die Grundlage für die Landflucht . . . im Verlauf des letzten Jahrhunderts war der Geist des liberalen Kapitalismus und sein liberales Bodenrecht."[20])

Diese Hinweise deuten schon, daß die Landflucht in der Regel nicht durch einen einzelnen Faktor ausgelöst wird, sondern daß hier mehrere Ursachen zusammenwirken. Gerade hier spielen neben wirtschaftlichen Erwägungen besonders psychische und ethische Momente eine große Rolle.

16) zit. n. Quante a. a. O. S. 37.
17) P. Quante. „Die Flucht aus der Landwirtschaft" S. 204.
18) P. Quante, a. a. O. S. 279.
19) Quante, a. a. O. S. 103 ff.
20) Darré, Blut und Boden i. Odal 1935 H. 11 S. 799.

Die eigentliche Landflucht, d. h. die Abwanderung aus der Landwirtschaft in einen anderen Beruf (Quante) erfolgte oftmals nicht freiwillig. Die gewaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionstechnik brachte eine weitgehende Arbeitsteilung. Der Arbeiterbedarf der Landwirtschaft ging zurück und viele wurden zur Abwanderung gezwungen. Schließlich gesellte sich auch ein Teil der anderen Berufsschichten hinzu, Handwerker und Kleingewerbetreibende, denen ihre Tätigkeit durch die Industrie entrissen worden war. Oft lag auch die Entscheidung zur Abwanderung nicht bei den Betreffenden selbst, sondern den Eltern, die ihre Kinder schon in jungen Jahren zur Stadt schickten, um sie auf einen anderen Beruf vorbereiten zu lassen. So läßt sich also der Begriff Landflucht nicht nur auf eine Abwanderung der Landarbeiter oder der landwirtschaftlichen Bevölkerung beschränken, und Hand in Hand mit der örtlichen Abwanderung geht fast regelmäßig die berufliche, die „Berufsflucht".

Wenn man auch von einer Parallelität zwischen Abwanderung und Grundbesitz nicht sprechen kann, so ist es doch Tatsache, daß der weit ausgedehnte Latifundienbesitz landloses Proletariat schafft und die Abwanderung, besonders der Landarbeiter, fördert.

Ein weiterer Hauptgrund für das Abwandern der Landarbeiter war deren niedrige Entlöhnung. Bei einer Rundfrage über die Ursachen, die zur Landflucht geführt hätten, gab rund die Hälfte der befragten abgewanderten Männer und ein Drittel der abgewanderten Frauen diesen Grund an.[21])

Ferner sind die Aufstiegsmöglichkeiten der Landarbeiter gering. Der tüchtige Arbeiter glaubt, in der Industrie weiter zu kommen und wandert in die Stadt. Besonders zieht er der schweren und oft schmutzigen Arbeit auf dem Lande mit ihrer unregelmäßigen Arbeitszeit den 8stündigen Arbeitstag mit der körperlich oft weniger anstrengenden Fabrikarbeit vor. Dieser Grund gilt auch besonders für die Frauen und Mädchen.[22]) Schlechte Wohnungsverhältnisse dagegen gaben

21) Dr. H. Böker a. a. O. S. 80.
22) Dr. H. Böker a. a. O. S. 80 ff.

nur 2% der Männer, Frauen überhaupt nicht als Ursache für die Abwanderung an.[23])

Auf der anderen Seite aber lockt die Stadt, besonders die Großstadt, die Tausenden und Abertausenden Lebensunterhalt und Verdienst gewährt. Auch das Bewußtsein, in den Städten gegen Arbeitslosigkeit versichert zu sein, erleichtert den Entschluß, einen neuen Beruf zu ergreifen. Hierher gehört auch manche Maßnahme in den letzten Jahren, die der Arbeitsbeschaffung diente und so eine starke Saugwirkung auf das flache Land ausgeübt hat. Schließlich darf auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wegen ihrer starken psychologischen Wirkung nicht unterschätzt werden.[24])

Die Anziehungskraft der Großstädte beruht zweifellos auch auf der Fülle der Vergnügungen, wodurch besonders junge Leute angezogen werden. Wie stark schon Bismarck diese sensitative Anreizung der Städte hielt, geht aus seinem Ausspruch hervor: „Der Tingeltangel ist schuld, daß das Land verödet".

Stadtluft macht frei — dieser Satz aus dem Mittelalter hat auch heute für die ländliche Bevölkerung, wenn auch in anderem Sinne, seine Lockung nicht eingebüßt. Es ist der Wunsch nach individueller Freiheit, der das Stadtleben so reizvoll erscheinen läßt. Der Großstädter ist, nachdem er seine Arbeitsstätte verlassen hat, sein freier Herr, wogegen der ländliche Arbeiter eigentlich ständig zur Verfügung stehen muß.[25])

Oft aber ist es weniger die Anziehungskraft der Fabrikarbeit als vielmehr die Tatsache, daß die schwere Landarbeit den Landarbeiter abstößt. „Und so ist man wieder bei den schon angeführten Gründen angelangt und muß feststellen,

23) Dr. H. Böker a. a. O. S. 82. — Das ist aber kein Beweis dafür, daß bei den Landarbeitern gute Wohnverhältnisse herrschen. Jedenfalls hat der Reichsstatthalter Hildebrandt gemeinsam mit dem Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark nach Besichtigung von Landarbeiterwohnungen durchgreifende Maßnahmen angeordnet. Auch der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Schlesien hat durch Besichtigung festgestellt, daß die Landarbeiter noch vielfach in verwahrlosten Wohnungen hausen müssen. („Bodenreform" 1936 Nr. 2 S. 112).

24) „Der Urlauber wollte vom Mädchen vom Lande nichts mehr wissen, schwärmte überhaupt von der Stadt und war deren Befürworter auf dem Lande, das sonst vielleicht nie den Ruf der Stadt so laut und eindringlich gehört hätte". (Dr. Mahlberg a. a. O. S. 169).

25) J. Boss a. a. O. S. 39.

daß unter der „Großstadtsehnsucht“ oft nur die Unzufriedenheit über die soziale Stellung, die Lohnhöhe, die schwere Landarbeit u. a. zu verstehen ist“ (Dr. Böker). Das erkennt man auch daran, daß der Weg in der Regel nicht direkt in die Großstadt führt, sondern zunächst die kleineren Orte die Bevölkerung der umgebenden ländlichen Distrikte aufnehmen, während sich die aus den kleinen Städten Abwandernden mit Vorliebe den größeren städtischen Mittelpunkten zuwenden. Und die Großstädte bilden gewissermaßen nur den Schlußpunkt der Bewegung, an welchem sie zur Ruhe gelangt.[26])

So wirken also auch bei der Landflucht viele Umstände mit, zeitlich und auch örtlich wechselnd,[27]) und den Betreffenden selbst nicht immer klar. Denn gerade auf diesem Gebiete spielt die subjektive Auffassung eine große Rolle, und nicht wie die Verhältnisse wirklich sind, sondern wie sie aufgefaßt werden, ist oft entscheidend gewesen.

d) Geistige Ursachen.

Rein quantitativ hätte jedoch das starke Bevölkerungswachstum und die damit zusammenhängende wirtschaftsstrukturelle Wandlung seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts für die Entwicklung der Stadt nicht die Bedeutung gehabt, wenn nicht noch ein zweiter, das Schicksal der Stadt wesentlich bestimmender psychologischer Faktor hinzugekommen wäre: die bedeutsame Wandlung der geistigen Situation um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. „Dieses neue Denken — gleichzeitig als Reaktion auf die vorhergegangene Romantik . . . ist einerseits der Ursprung und Antrieb zu jenen großen Entdeckungen und Erfindungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet gewesen, ohne die eine Stadt als Industrie-, Verkehrs- und Wirtschaftszentrum im heutigen Sinne nie hätte entstehen können; andererseits ist dieses „positivistische“ Denken . . . Ausgangspunkt für die Arbeits- und Lebenstechnik sowie den kulturellen und sozialen Aufbau des Lebensraums der modernen Stadt ge-

26) Handw. d. Staatswlss. Bd. 2 S. 916.

27) So hat in Mecklenburg zweifellos das Anerbenrecht, das den Hof unteilbar an den ältesten oder jüngsten Sohn vererbte, nachgeborene Söhne oft zur Abwanderung gezwungen. Wie sich das Reichserbhofgesetz in dieser Richtung auswirkt, läßt sich noch nicht übersehen, hängt aber aufs engste mit dem Erfolg der ländlichen Siedlung zusammen.

worden. . . . Wissenschaft, Technik, Industrie und die moderne kapitalistische Wirtschaftsorganisation bildeten so die geistige und materielle Grundlage für die soziologische Struktur der Stadt, ohne die ihr Lebensraum nicht diese universale Weitung erfahren hätte."[28])

Immer mehr spielte sich alles Leben in wirtschaftlicher, politischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Hinsicht in den Städten ab. Gefördert wurde die geistige Bereitschaft zur Zusammenballung in Städten noch dadurch, daß auch die Volkswirtschaft diese Wirtschafts- und Lebensform trotz mancher Mängel in sozialer Hinsicht bejahte.[29]) „So zog der zu ungeahnter Betriebsamkeit anschwellende Lebensraum der Stadt alle Intelligenz, Erfindungsgabe, Geld, Organisations- und Unternehmungsgeist sowie die nichtendenwollende Masse Hunderttausender Arbeiter aus allen bäuerlichen Bezirken an sich."[30])

Spengler sagt einmal: Das Heimweh nach der großen Stadt ist stärker vielleicht als jedes andere. Man stirbt lieber auf dem Straßenpflaster, als daß man auf das Land zurückkehrt.[31]) Und in der Tat, auch heute noch wird von manchem Beamten eine Versetzung als Strafe angesehen, wenn sie ihn in eine Stadt von kleinerer Einwohnerzahl führt.

So schließt die sensitative Anreizung, die von den Städten und namentlich den Großstädten ausgeht, einen mächtigen Faktor der Agglomerationsbildung in sich. Das zeigt sich besonders an dem Beispiele Frankreichs, dessen stagnierende Bevölkerung eigentlich keine Industrialisierung und Verstädterung bedingt hätte. Und doch ist Frankreich — von Natur aus eines der fruchtbarsten Agrarländer Europas — heute Getreideeinfuhrland.

So läßt sich die Verstädterung wie sie heute in fast allen Kulturstaaten und besonders in den west- und mitteleuropäischen Staaten besteht, nicht mit dieser oder jener Tatsache allein erklären, sondern sie ist nur zu verstehen als das Ergebnis des Zusammenwirkens einer ganzen Reihe von Fak-

28) K. W. Schulze a. a. O. S. 10 ff.

29) So hebt A. Weber in seinem Buch über die sozialen Probleme der Großstadt die großen wirtschaftlichen Vorteile besonders hervor, die in der Möglichkeit weitgehender Arbeitsteilung und den großen Kapitalakkumulationen liegen. (zit. n. A. Welte i. Z. f. W. 1936 S. 352).

30) K. W. Schulze a. a. O. S. 10.

31) zit. n. Wagenbach a. a. O. S. 60.

toren demographischer, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Art.

2. Ursachen der Landsiedlung.

Schon die Wandlung der Terminologie: Innere Kolonisation — Siedlung — Neubildung deutschen Bauerntums läßt erkennen, daß auch die Gründe, die zur Landsiedlung führen, verschiedener Art sind, zeitlich und auch örtlich wechselnd. In der Regel wird es auch hier nicht nur ein einzelner Umstand sein, der die Siedlung auslöst; aber ein kurzer historischer Rückblick zeigt doch, wie den jeweiligen Erfordernissen entsprechend, der Ton mehr auf wirtschaftlichen, kulturellen, national- oder bevölkerungspolitischen Faktoren lag.

a) Geschichtlicher Rückblick auf die Ursachen der Landsiedlung.

Schon in vorhistorischer Zeit brachen ganze Völker zu gewaltigen Wanderungen auf, nicht aus Eroberungslust, sondern aus Nahrungs- und Raumnot — der uralten Not der ackerbauenden Völker. So hatten die westgermanischen Wanderungen, die etwa um das Jahr 500 v. Chr. einsetzten, ihre Ursache in dem für die wachsende Bevölkerung zu klein gewordenen Nahrungsspielraum.[32]) Aber die römischen Grenzwälle und Festungen am Rhein und an der oberen Donau geboten den wandernden Scharen Halt, zwangen sie zur Seßhaftigkeit und dauernden Ansiedlung.

Nicht mehr Völkerwanderungen waren dann die deutschen Wanderungen im Mittelalter. Ihr Drang ging nach dem nahen Osten — es waren Grenzsiedlungen, Siedlungen über die Grenzen, aber im Machtbereich des Staates.[33]) Die Burganlagen, mit denen der Deutsche Orden die siedlerische Erfassung der damaligen Wildnis einleitete sowie auch die Siedlungen selbst in ihren Anfängen sind nur von militärpolitischen Gesichtspunkten aus zu verstehen. „Durch einen breiten Gürtel von Gütern, deren Besitz mit der Leistung der Dienstpflicht verknüpft war, sollten die Kerngebiete des Ordensstaates vor seinen großen Feinden, den Litauern, ge-

32) Handw. d. Staatsw. Bd. 2 S. 812 ff.
33) E. Schmidt a. a. O. S. 8.

sichert werden."[34]) Die Ansetzung deutscher Bauern in späteren Jahren erfolgte dann nicht nur zum Zwecke der inneren Kolonisation, sondern auch aus nationalpolitischen Gründen.

Vorwiegend Handelssiedlungen waren dagegen die Gründungen der deutschen Städtebünde (Hanse) besonders an den Gestaden der nordischen Meere; im späteren Mittelalter waren es hauptsächlich kulturelle Erwägungen, welche die Fürsten veranlaßten, deutsche Siedler in die östlichen Länder zu rufen, um die Zivilisation und Wirtschaft zu heben.

Bei der altpreußischen inneren Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts handelt es sich dann in erster Linie darum, die verheerenden Wirkungen des 30jährigen Krieges, besonders die ungeheueren Bevölkerungsverluste, durch eine möglichst großzügige Siedlungspolitik wieder auszugleichen.[35]) Daß bei einer derartigen aus rein bevölkerungspolitischen Erwägungen heraus diktierten Siedlungspolitik nationale Belange zu kurz kommen mußten und besonders dem nach dem 30jährigen Kriege scharf hervortretenden Elend im Bauerntum nicht in erforderlichem Maße entgegengewirkt werden konnte, ist nur verständlich.

Erst Friedrich der Große bezweckte mit seiner Siedlungspolitik neben der eigentlichen Beseitigung des Defizits der Landbevölkerung und einer Kultivierung des Landes eine grundlegende Aenderung der Agrarverfassung, wie sie sich seit dem 14. Jahrhundert herausgebildet hatte. Mit Zähigkeit und nie erlahmender Tatkraft kämpfte er ferner für die Sicherung der Unabhängigkeit der Ernährung vom Ausland und ergriff jedes Mittel, den Anbau von Gütern zu fördern, die man bisher vom Ausland bezogen hatte. (Weinbau, Pflanzung von Maulbeerbäumen zur Seidengewinnung u. a. m.)[36])

---

34) K. Kasiske, a. a. O., S. 154.

35) Nur so ist es verständlich, daß die großen preußischen Könige selbst in den völkisch ungesicherten Grenzgebieten franz. Flüchtlinge, Litauer u. a. ansiedeln konnten. (Lang).

36) F. Hermann, i. Arch. f. Innere Kol. Bd. 24 S. 536. — So läßt sich die Siedlungspolitik Friedr. d. Gr. nicht — wie es häufig in der Literatur geschieht und wie man aus einzelnen zusammenhanglosen Aeußerungen Friedr. d. Gr. schließen könnte (Menschen halte [ich] für den größten Reichtum u. a. m.) — einseitig aus bevölkerungspolitischen, kulturellen oder sonstigen Erwägungen heraus, erklären. Was Friedr. d. Gr. allerdings stets in den langen Jahren seiner Siedlungstätigkeit vor Augen stand, war die Schaffung eines starken und gesunden Bauerntums.

Vorwiegend nationalpolitische Gründe waren es dagegen, die Bismarck im Jahre 1886 veranlaßten, dem Reichstag das Ansiedlungsgesetz vorzulegen. Es ging jetzt nicht mehr so sehr um eine Verdichtung der Bevölkerung, sondern um die Erhaltung nationalgefährdeten Volksbodens überhaupt gegenüber den polonisierenden Bestrebungen im Nordosten des Reiches. Die Siedlung auf Grund der Rentengutsgesetze in den übrigen national nicht gefährdeten Provinzen hatte vorwiegend soziale und bevölkerungspolitische Ziele.[37])

Keinen besonderen Zweck hebt die in der Nachkriegszeit gebräuchliche Bezeichnung „Siedlung" hervor. „Allgemein formuliert ist der Sinn des Reichssiedlungsgesetzes, aus Deutschland ein überwiegend bäuerliches Land zu machen und einer weiteren städtischen Entwicklung unseres Volkes vorzubeugen."[38]) Die Tragik des Gesetzes aber war es, daß diese seine schicksalhafte Bedeutung nicht erkannt worden ist, sondern daß man es als politisches Gesetz zur Sozialisierung des Bodens ansah.

Die Neuschaffung deutschen Bauerntums verfolgt dagegen in erster Linie bevölkerungspolitische Ziele, denn es stellt bewußt den deutschen Bauern in den Vordergrund.[39]) Daher sollen Bauernhöfe geschaffen werden, die nach Anlage und Gestalt Träger wirklicher Bauerngeschlechter sein können. Sie sollen mit Neubauern besetzt werden, die Gewähr bieten, daß „ihr Geschlecht den ihnen anvertrauten Boden Jahrhunderte hindurch treu bebauen und gegen alle Angriffe verteidigen kann und will", wie es in den Richtlinien des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. 6. 1935 heißt.[40]) Daneben wird eine erhöhte Unabhängigkeit der Ernährung vom Ausland erstrebt sowie eine grundlegende aber organische Neuordnung der ostdeutschen Besitzverhältnisse.

So hat sich also die Neubildung deutschen Bauerntums den erfolgreichsten Abschnitt deutscher Siedlungstätigkeit zum Vorbild genommen: die friederizianische Siedlung.

---

37) R. Bräuning i. Neues Bauerntum Bd. 27 S. 113.

38) Dr. Bogens i. Arch. f. Inn. Kol. Bd. 24 S. 240.

39) Das Gleiche gilt von der Kleinsiedlung. „Der Ausgangspunkt für alles, was das deutsche Siedlungswerk plant, ist der deutsche Mensch," so beginnt das Merkbl. f. Siedlungswillige d. Reichsheimstättenamtes der NSDAP.

40) zit. n. Neues Bauerntum 1936 Bd. 1 S. 3.

b) Binnenwanderung („Stadtflucht").

Innerhalb zweier Menschenalter scheint sich ferner in Deutschland die zweite große Binnenwanderung anzubahnen: die Stadtflucht. Vielleicht, daß nunmehr auch das uralte ungeschriebene Gesetz in Erscheinung tritt, dem nach auf jedes „Für" ein „Wider" folgt. Jedenfalls läßt sich seit einigen Jahren feststellen, daß der Nimbus der großen Städte zu verblassen beginnt, daß „auf den großen Einatmungsprozeß jetzt eine Ausatmung der Großstadtsphäre folgt", und daß viele Städte seit einigen Jahren eine beträchtliche Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen haben.

Aber trotzdem handelt es sich vorläufig garnicht um eine eigentliche „Flucht aus der Stadt". Denn der Wanderungsverlust der Städte beruhte im allgemeinen nicht auf einer vermehrten Rückwanderung auf das Land, sondern auf dem Nachlassen der Zuwanderung.

Die Gründe für die abnehmende Anziehungskraft der Großstädte liegen klar: war die Landflucht durch den beispiellosen Wirtschaftsaufstieg in Gang gekommen — so war es die Not, die ihr Einhalt gebot. Die Wirtschaftskrise hatte zu einer ungeheueren Arbeitslosigkeit geführt. Der Glaube an die unbegrenzten Arbeitsmöglichkeiten der Großstädte sank immer mehr und die Stadt als lockendes Zentrum für alle Höherstrebenden büßte ihre große Anziehungskraft ein. „Das große Lied der Arbeit, der Leistung, des Fortschritts und des Erfolges, durch das die Stadt Millionen magisch an sich gezogen hatte, war verklungen. Wo gestern noch die tausend Stimmen der Maschinen und der Arbeit dröhnten, war plötzlich Stille, Oede, Arbeitslosigkeit."[41]) So ließ nicht nur die Abwanderung in die Städte nach, sondern die Massen, welche die Stadt einstmals zu Hunderttausenden aus allen ländlichen Gebieten angezogen hatte, suchten sie auch wieder zu verlassen, richteten ihren Blick wieder auf das Land, wo eine neue Daseinsmöglichkeit lockte.

c) Geistige Ursachen.

Das weite Echo, das der Rousseau'sche Ruf: Zurück zur Natur! gerade in heutiger Zeit gefunden hat, ist aber nicht allein mit dem Wunsch nach Arbeit und Beschäftigung zu erklären. Viele sind es, die sich heute wieder zur Scholle und

41) K. W. Schulze S. 7.

zu Menschen hingezogen fühlen, wo der Einzelne noch seine blutsmäßige Zugehörigkeit empfindet. So ist an Stelle der einstigen Großstadtsehnsucht eine gewisse Großstadtmüdigkeit getreten, erwachsen aus der geistig-seelischen Atmosphäre des abstrakten und mechanisch toten Arbeitsraumes der Stadt. Diesem „seelischen Vakuum" seiner Arbeitsstätte sucht der Städter heute wieder zu entfliehen, „um unter freiem Himmel jenes Rhythmus teilhaftig zu werden, der wieder den Dreiklang von Körper, Seele und Geist herstellt."[42])

So sind gerade in heutiger Zeit die psychologischen Voraussetzungen für die Siedlung als recht günstig zu bezeichnen. Viele und geeignete Menschen sind gewillt, auch unter großen Entbehrungen harte Bauernarbeit auf sich zu nehmen, wenn sie nur auf eigener Scholle leben können.

Trotzdem darf heute diese erfreuliche positive Einstellung vieler Menschen und besonders vieler Städter zum Lande und zur Siedlung nicht überschätzt werden. Oft stehen bei der „Landsehnsucht" nur materielle Erwägungen im Vordergrund und sie ist ebenso schnell wieder verflogen, wenn sich in der Stadt die Verhältnisse wieder gebessert haben.

II. Verlauf.

1. Verlauf der Verstädterung.

Schon während der ersten Jahrzehnte unserer Zeitrechnung gab es im Westen und Süden eine Anzahl blühender Städte der Römer auf deutschem Boden (Augsburg, Regensburg, Straßburg, Speyer u. a.). Diese Römerstädte fielen zwar dem Ansturm der Germanen in der Folgezeit zum Opfer, büßten aber ihre Stellung als Mittelpunkte des Verkehrs niemals ein.

Einen Aufschwung des deutschen Städtewesens brachte aber erst die Gründung des Frankenreichs. Seit dem 8. Jahrhundert wuchsen die deutschen Städte aus Ansiedlungen im Anschluß an Römerstädte, Klöster, Burgen und Häfen gewaltig empor, und besonders seit dem 10. Jahrhundert füllten sie sich infolge starker Volkszunahme und der kräftigen und glänzenden Regierung der deutschen Könige.[43]) Im 12. und

42) K. W. Schulze. a. a. O. S. 44 ff.
43) Dr. Franke a. a. O. S. 102.

13. Jahrhundert entstanden zahlreiche Neugründungen sowohl in den alten Stammlanden als auch auf neuem Boden im Osten, sodaß man in dieser Zeit von einer Blüte des deutschen Städtewesens sprechen kann, die sich in den Kolonial- und Randgebieten bis ins 16. Jahrhundert hinein erstreckte.

Einen jähen Abschluß dieser glänzenden mittelalterlichen Stadtentwicklung brachte der 30jährige Krieg und erst im Zeitalter der Territorialwirtschaft gründeten die Landesherrn eine Reihe von Städten, deren Entwicklung aber hinter den mittelalterlichen Städten zurückblieb.

a) In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Um die Wende des 18. Jahrhunderts wohnte noch der Hauptteil der deutschen Bevölkerung, nämlich etwa 90%, auf dem Lande oder zumindest in Orten, die unter 5000 Einwohner zählten. In den Städten lebten nur etwa 10%.[44])

Das Wachstum der Städte von 5000 Einwohnern und mehr, das im ganzen 18. Jahrhundert, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur bis zu 1% betragen hatte, machte auch in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge ungünstiger politischer Verhältnisse nur geringe Fortschritte. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Residenzstädte (wie Mannheim, Karlsruhe, Kassel u. a.), andere Mittelpunkte von Verwaltungsgebieten, einige Häfen (Rostock, Greifswald, Kolberg u. a.) und Städte mit besonders günstiger Lage (z. B. Köln mit seiner vorteilhaften Lage im Zentrum der rheinischen Bucht wuchs von 38 800 Einwohnern i. J. 1800 auf 56 400 i. J. 1819 an).

Im allgemeinen aber war der Werdegang unserer Städte in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts langsam und organisch. Mäßig große Städte waren ziemlich gleichheitlich über das Land verteilt. Großstädte im heutigen Sinne gab es im Jahre 1830 nur zwei, Berlin mit 220 000 und Hamburg mit 112 000 Einwohnern. Köln hatte damals nur 62 000, München 66 000, Breslau 82 000, Leipzig 41 000, Dresden 56 000, Frankfurt 43 000, Stuttgart 31 000 Einwohner.[45]) Fast alle anderen Städte zählten unter 30 000 Einwohner, viele noch nicht 20 000 Einwohner.

---

44) Dr. Franke a. a. O. S. 110.

45) A. Welte i. Ztschrft. f. Geopol. 1936 H. 4 S. 218.

So änderte sich in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts an dem Verhältnis Stadt- zu Landbevölkerung auch nicht allzuviel. Noch im Jahre 1871 wohnten im Deutschen Reiche damaligen Umfanges kaum ¼ (23,5%) der deutschen Bevölkerung in den Städten (über 5000 Einwohner) und davon fast die Hälfte (47%) in Kleinstädten, ein Drittel in Mittelstädten und nur ein Fünftel in Großstädten.[46])

b) Seit den 70er Jahren.

Mit den ungeheueren Fortschritten der Naturwissenschaften und der Technik, gefördert durch die starke Zentralgewalt, unter der das Reich stand, setzte seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Stadtentwicklung mächtig ein. Kohle, Erz und Wasser wurden Städtegründer. Fabriken schossen allerorts empor und sammelten die Menschen zu Hunderttausenden im Schatten ihrer Schlote.

Tatsächlicher Verlauf der Verstädterung 1871—1910.

Jahr	Landstädte (2000—5000)	Kleinstädte (5000—20000)	Mittelstädte (20000—100000)	Großstädte (100000 u. m. Einw.)
		Anzahl der Städte		
1871	1716	529	57	8
1910	2441	1028	223	48
		Einwohnerzahlen in Mill.		
1871	5,0	4,6	3,1	1,9
1910	7,3	9,2	8,7	13,8
		Einwohnerzahlen in % d. Bevölkerung		
1871	12,4	11,2	7,7	4,8
1910	11,2	14,1	13,4	21,3

W. u. St. 1934, S. H. 12.

In den 4 Jahrzehnten von der Reichsgründung bis zur letzten Volkszählung vor dem Krieg (1910) wuchs die Reichsbevölkerung um 24 Millionen, um den gleichen Betrag ist die Einwohnerzahl der Städte gestiegen, und zwar von 15 auf 39 Millionen. An diesem Aufschwung sind aber die Groß- und

46) Dr. Franke a. a. O. S. 103.

Mittelstädte weit stärker beteiligt als die Kleinstädte. Während von 1871 bis 1910 die Einwohnerzahl der Landstädte nur um 43% anwuchs, betrug die Zunahme in den Kleinstädten 100%, in den Mittelstädten 175% und in den Großstädten 602%.[47]) Dementsprechend versechsfachte sich auch die Zahl der Großstädte in diesem Zeitraum von 8 auf 48, die Zahl der Mittelstädte wuchs von 88 auf 223, die Kleinstädte verdoppelten sich von 529 auf 1028 und die Zahl der Landstädte von 1716 auf 2441.

Während in den Großstädten im Jahre 1871 nur 4,8% der Gesamtbevölkerung lebten, waren es im Jahre 1910 schon 29,3%. Für die Mittelstädte lauten die Zahlen 7,7% bezw. 13,4%, für die Kleinstädte 11,2% bezw. 14,1% und lediglich in den Landstädten lebten — gemessen an der Zahl der Gesamtbevölkerung — im Jahre 1910 relativ weniger Menschen als im Jahre 1871.

c) In der Nachkriegszeit.

Die Städte nahmen auch weiterhin fast den gesamten Bevölkerungszuwachs auf. Das Tempo ihres Wachstums wurde nun aber wesentlich langsamer als vor dem Kriege, da auch die gesamte Bevölkerungszunahme immer schwächer geworden war.

Tatsächlicher Verlauf der Verstädterung 1925—1933.

Jahr	Landstädte (2000—5000)	Kleinstädte (5000—20000)	Mittelstädte (20000—100000)	Großstädte (100000 u. m. Einw.)
		Anzahl der Städte		
1925	2249	920	216	45
1933	2299	962	212	51
		Einwohnerzahlen in Mill.		
1925	6,7	8,2	8,5	16,7
1933	6,9	8,5	8,5	19,7
		Einwohnerzahlen in % d. Bevölkerung		
1925	10,8	13,1	13,7	26,8
1933	10,8	13,1	13,1	30,2

W. u. St. 1934, S. H. 12.

47) W. u. Stat. Sdhft. 12, S. 15.

Das Wachstum im Zählabschnitt 1910—1933 betrug bei den Landstädten nur noch 7,3%, den Kleinstädten 8,8%, den Mittelstädten 6,7% und den Großstädten 47,7%.[48]) Aber von der insgesamt rund 2,8 Millionen Personen betragenden Bevölkerungszunahme im Zeitraum 1925—1933 sind über 2½ Millionen (92%) den städtischen Gemeinden zugute gekommen und nur 222 000 (8%) den ländlichen Gemeinden. Und wieder schnitten die Großstädte mit rund 33% am besten ab.

Während um das Jahr 1882 die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung mit rund 16 Millionen Berufszugehörigen zahlenmäßig noch 5 mal so stark war wie die damalige Großstadtbevölkerung (3,3 Millionen), war im Jahre 1933 die gesamte Einwohnerzahl der deutschen Großstädte bereits um 6 Millionen größer als die gesamte landwirtschaftliche Berufsbevölkerung des Reiches. Diese Gegenüberstellung verdeutlicht vielleicht am besten die Wandlungen, die sich in unserer Volkswirtschaft und in unserem Volke vollzogen haben: wir sind aus einem Bauernvolk ein Arbeitervolk geworden, aus einem Landvolk ein Stadtvolk. Fast jeder dritte Deutsche lebt heute in einer der 57 Großstädte, jeder fünfzehnte darf sich zugleich „Berliner" nennen.

d) Im III. Reich.

Wie schon aus der geringen zahlenmäßigen Zunahme der Großstädte im Zeitraum 1910—1933 (von 48 auf 51) sowie ihrem schwächerem Wachstum (46,7%) hervorgeht, hat sich in Deutschland die Periode der stürmischen Großstadtbildung in den letzten Jahren ihrem natürlichen Ende genähert. Manche Großstädte hatten in neuerer Zeit sogar beträchtliche Wanderungsverluste und damit eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen. Berlins Einwohnerzahl ging z. B. im Jahre 1933 um 54 500 Einwohner zurück, 1934 um 26 700, diejenige Hamburgs um 12 000 bezw. 15 700, diejenige Dresdens um 3 400 bezw. 1 600, die Leipzigs um 3 000 bezw. 7 000. Trotzdem ist — wie aus den neueren Zahlen bereits hervorgeht — die Mission der Stadt als geistiges, kulturelles und zivilisatorisches Zentrum, als Mittelpunkt von Handel und Verkehr auch in Zukunft nicht in Frage gestellt. Auch im Jahre 1934 hatten die Großstädte zwar insgesamt noch einen Wanderungsverlust von 79 000 Menschen (1933 = 75 000). Aber die

48) W. u. Stat. 1934 Sondh. 12, S. 15.

2. Hälfte des Jahres 1934 hatte insgesamt rund 749 000 Zugezogene gegen 714 000 Fortgezogene gebracht, sodaß die Zahl der Zugezogenen im 2. Halbjahr 1934 um 35 000 größer war als die Zahl der Fortzüge.[49]) Schließlich wurden einzelne Städte von der „Stadtflucht" überhaupt nicht betroffen (Stuttgart), andere hatten nur geringe Verluste aufzuweisen (Köln, Düsseldorf).

Auch im Jahre 1935 wiesen die deutschen Städte noch einen Wanderungsverlust auf. Er war aber erheblich geringer als in den Jahren 1933 und 1934. Er betrug bei den Großstädten (ohne Saarbrücken) 58 000 (= 2,8%) gegenüber 79 000 (= 4,0%) im Jahre 1934. Während sich Berlins Einwohnerzahl im Jahre 1934 in Folge eines großen Wanderungsverlustes um 26 700 verringert hatte, hatte es i. J. 1935 einen Bevölkerungszuwachs von 6000 zu verzeichnen.

Die Gesamteinwohnerzahl der deutschen Großstädte stieg i. J. 1935 um rund 400 000 auf mehr als 20 Millionen an.[50]) Die Bevölkerungsabnahme Berlins in den früheren Jahren und der Großstädte Sachsens ist durch das starke Anwachsen der rhein-mainischen Großstädte und durch die Eingliederung von Saarbrücken, Bonn und Freiburg in die Reihe der deutschen Großstädte mehr als ausgeglichen worden. So gibt es heute bereits 57 Großstädte in Deutschland, die $^{3}/_{10}$ der Reichsbevölkerung umfassen.

Gibt man die in Großstädten ansässige Bevölkerung in Prozent der Gesamtbevölkerung wieder, so steht Deutschland mit 30,2% an dritter Stelle hinter England und Wales mit 45,2% und Oesterreich mit 32,5%. Es folgen die Vereinigten Staaten mit 29,6%, die Niederlande mit 27,2% und dann in gewissem Abstand Dänemark mit 20,4%, Italien mit 16,8% und Frankreich mit 15%.[51]) Die größte Anzahl Großstädte (90 mit 28 Millionen Menschen) weist USA. auf. Es folgt die Sowjet-Union (68 mit 22 Millionen Einwohner), China (60 mit 21 Millionen), Deutschland, Japan und schließlich Frankreich (18 Großstädte mit 10,7 Millionen Einwohnern).

---

49) W. u. Stat. 1935 Nr. 12 S. 458.

50) Auch in den größeren Mittelstädten stieg die Einwohnerzahl im Jahr 1935 um 52 400 an.

51) Arch. f. Wanderungswesen 1933 H. 3.

2. Verlauf der Landsiedlung.

Im germanisch-deutschen Volke, das in seiner langen und großen Geschichte wie kein anderes Volk der Erde gesiedelt hat, scheint alle 800—900 Jahre ein gewaltiger Drang zur Siedlung durchgebrochen zu sein.[52])

So hatte die letzte dieser großen deutschen Siedlungsepochen ihren Durchbruch mit dem Einzug des Ritterordens in Preußen im 12. Jahrhundert. Etwa 850 Jahre vorher, um das Jahr 376 n. Chr. überschritten die Westgoten die untere Donau. Damit begann die ostgermanische Völkerwanderung, die ja eine der gewaltigsten Siedlungsepochen des germanischen Volkstums darstellt.

Wiederum 800—900 Jahre vorher, also um 500 v. Chr., überschritten die Westgermanen die Weser, Ems und den Thüringer Wald und erreichten in einzelnen Stämmen bereits die Rhein- und Mainlinie. Gleichzeitig dehnten sich die Ostgermanen bis zur Weichsel und den Karpathen aus. Und abermals weitere 800—900 Jahre zurück, um das Jahr 1400 v. Chr., scheint ein besonders mächtiger Vorstoß der Germanen nach Westen und Osten stattgefunden zu haben.[52])

Im Hinblick auf die östlichen Landesteile — sie kommen auch heute in erster Linie für die Siedlung in Betracht — kann man seit dem letzten großen Siedlungsdurchbruch 4 einzelne Epochen unterscheiden: die innere Kolonisation des Deutschordens, die Siedlungstätigkeit der preußischen Monarchen, die Siedlung seit 1919 und die Neubildung deutschen Bauerntums.

a) Im Mittelalter.

Von besonderer Bedeutung für die Geschichte des deutschen Ostens wurde die Beschenkung des Deutschen Ritterordens mit dem Culmerland durch den Polenherzog Conrad v. Masovien im Jahre 1226. Als den ersten festen Punkt gegen die heidnischen Preußen legten die Ritter Thorn an (1231), es folgten Culm, Marienwerder, Elbing, und nun wechselten erbitterter Kampf und friedliche Kolonisationsarbeit miteinander ab.[53]) Als in den 80er Jahren Preußen in den Besitz des Deutschordens gelangt war, war die Zeit für eine

52) Schöpke, a. a. O., S. 48 ff.
53) K. u. T. Gatz a. a. O. S. 150.

umfassende Siedlungstätigkeit gekommen. Sogleich wurde die Dorfsiedlung in den westlichen Landschaften, im Culmerland und in Pomesanien aufgenommen.[54]) Ihren größten Aufschwung erlebte diese aber um die Jahrhundertwende, als die Ordenszentrale den einzelnen Komtureien, vorerst Elbing, dann Christburg, den Auftrag zur Dorfsiedlung erteilt hatte. In dem geschützten Gebiet zwischen Weichsel, Haff, Drewenz, Alle und Pregel entstanden mit der Zeit eine große Zahl von Siedlungsdörfern. Den großen kolonisatorischen Fähigkeiten des Deutschordens, seiner großzügigen und gerechten Verwaltung ist es zu danken, daß sich im Osten bereits im 12. und 14. Jahrhundert ein starkes freies Bauerntum zu hoher wirtschaftlicher Blüte entwickelte. Das Siedlungswerk des Deutschordens umfaßte in 2 Jahrhunderten die Gründung von 93 Städten und 1400 Dörfern.

b) Im 17.—19. Jahrhundert.

In den folgenden Jahrhunderten setzte dann aber ein unaufhaltsamer Niedergang ein und das Bauerntum versank mehr und mehr in Leibeigenschaft.[55]) Bis zu Friedrich dem Großen konnte auch die ländliche Siedlung hieran nichts ändern, und das zahlenmäßige Ergebnis mit rund 8000 Siedlerstellen war für den fast 100jährigen Zeitraum zu gering, wenn man die Verluste durch den 30jährigen Krieg, die Seuchen und die Aufsaugungskraft der Gutswirtschaft in Rechnung stellt.[56])

Friedrich der Große hat nach geringster Schätzung 300 000 Bauern in Preußen angesiedelt und über 1000 neue Bauerndörfer errichtet.[57]) Mit einem Kostenaufwand von weit über 50 Millionen Talern wurden vor allem östlich der Elbe aber auch in den mittleren und westlichen Landesteilen durch Flußregulierung und Moorkultur Hunderttausende von Morgen fruchtbaren Ackerbodens gewonnen und in Bauernland verwandelt. Die Oder-, Warthe- und Netzebrüche und im Magdeburgischen der Drömlingsbruch wurden trocken gelegt und besiedelt. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von 2½ auf 5¾ Millionen, sodaß unter Friedrich d. Gr. jeder fünfte Einwohner ein Kolonist war.[57]) So schuf Friedrich d. Gr.

54) K. Kasiske, a. a. O. S. 150.
55) E. Lang, a. a. O. S. 5 ff.
56) Arndt, a. a. O. S. 8.
57) Dr. Karl Sesemann, i. Arch. f. I. Kol. 1933 H. 2 S. 106.

jene soziologischen Kraftreserven, die erst die glückliche Beendigung der Freiheitskriege und die spätere Aufrichtung des Deutschen Reiches ermöglichte.

Eine neue Siedlungsperiode setzte dann erst Ende des 19. Jahrhunderts ein. Schwer angefeindet selbst von ihm politisch nahestehenden Kreisen schuf Bismarck das Ansiedlungsgesetz vom Jahre 1886, um damit besonders in den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen einen lebendigen Bauerngrenzwall gegen Polen zu bilden. Die Ansiedlungskommission erwarb von 1886 bis 1918: 334 208 ha Land aus deutscher und 126 676 ha aus polnischer Hand.[58]) Bis zum Jahre 1919 wurden 21 792 Siedlerfamilien in 412 Dörfern angesetzt, in 403 bestehenden Gemeinden und auf 72 Eigensitzen. Die deutsche Bevölkerung in den beiden Provinzen wuchs in dieser Zeit um 170 000 Menschen.[59])

Die Siedlung in den übrigen preußischen Provinzen wurde auf Grund der Rentengutsgesetze von 1890—1891 durchgeführt. Bis Kriegsende wurden auf Grund dieser Gesetze in Preußen 23 781 neue Stellen im Gesamtumfang von 258 928 ha errichtet.[60]) Läßt man die Kriegsjahre außer Betracht, so stellt die gesamte Siedlung bis zum Jahre 1913 mit rund 40 000 Stellen (auf 1 Jahr durchschnittlich 1400 Stellen) doch eine anerkennungswerte Leistung dar, zu einer Zeit, wo sie gegen den Strom schwimmen mußte.[61])

c) In der Nachkriegszeit.

Gewissermaßen eine Fortsetzung dieser Siedlungstätigkeit vor dem Kriege bildet das Siedlungswerk, das in der Nachkriegszeit in Angriff genommen wurde und für welches das Reichssiedlungsgesetz vom Jahre 1919 die Grundlage darstellt. Aber trotz bester Absicht seiner Gründer kam diese Siedlung nicht zur vollen Entfaltung und konnte vor allem in bevölkerungspolitischer Hinsicht keine grundlegende Besserung bringen.

Ursprünglich hatte man gehofft, jährlich 10 000—15 000 bäuerliche Siedlungen errichten zu können. In Wirklichkeit

58) Dr. C. Menzel i. Arch. f. I. Kol. Bd. 24 S. 261.

59) E. Schmid, a. a. O. S. 18 ff.

60) E. Lang a. a. O. S. 7.

61) Dazu kommen noch rund 70000 Kleinsiedlerstellen (E. Schmid a. a. O. S. 54).

wurden aber von 1919—1928 nur 26 343 neue Bauernsiedlungen errichtet. Im Jahre 1929 wurden rund 5 500 neue Stellen geschaffen, 1930 etwa 7400 und in den Jahren 1931 und 1932 kam man mit je 9000 Stellen an die beabsichtigte Zahl heran. Aber schon im Jahre 1933 betrug die Zahl der Neusiedlungen nur wieder die Hälfte vom Jahre 1932, nämlich 4500. Insgesamt ist für die Siedlung von 1919—1933 eine Fläche von rund 1,04 Millionen ha erworben oder bereitgestellt worden.[62])

Von 1919 bis 1933 wurden rund 62 000 Neusiedlerstellen mit einer Gesamtfläche von etwa 660 000 ha errichtet, von denen aber längst nicht alle als Vollbauernstellen gelten können.

„Für die mittelbaren Wirkungen des RSG. trifft allgemein das Urteil zu, daß sie bisher in keinem Fall die für eine grundlegende Veränderung auf wirtschaftlichem, sozialem und bevölkerungspolitischem Gebiet erforderliche Intensität aufzuweisen haben. Besonders ein Einfluß der Siedlung auf die Bevölkerung in quantitativer Hinsicht ist bisher — hauptsächlich wegen der schwachen Siedlungstätigkeit — nicht in Erscheinung getreten."[63])

Besondere Bedeutung haben dagegen die Anliegersiedlungen erlangt, mit denen man auch besser vorwärts gekommen ist als mit den Neusiedlungen. Im Ganzen sind seit Bestehen des RSG. bis Ende 1933 etwa 106 000 landwirtschaftliche Betriebe zum Zwecke der Erweiterung ihrer Betriebsfläche mit Landzulagen zu Eigentum versehen worden; die gesamte Fläche der Landzulage betrug 160 000 ha.

d) Im III. Reich.

Einen erfreulichen Aufschwung erlebte das Siedlungswerk nach der Machtergreifung. Im Jahre 1934 sind rund 150 000 ha Land erworben oder bereitgestellt worden, i. J. 1935 = 120 000 ha. Der durchschnittliche Landerwerb der Jahre 1919—1932 hatte nur 76 000 ha betragen. Damit ist der Mangel an Siedlungsland, der Ende 1932 bestand und im Jahre 1933 zur Einschränkung der Siedlungstätigkeit gezwungen hatte, behoben worden. Da das Gesetz zur Ergänzung des RSG. vom 4. I. 1935 wichtige Erleichterungen für die Beschaffung von Siedlungsland gebracht hat, dürften auch in

62) W. u. Stat. 1934, Nr. 9 S. 291 ff.
63) Dr. K. Maxion a. a. O. S. 105 ff.

Zukunft die vorhandenen Bodenflächen tatsächlich bereitgestellt werden.

Insgesamt ist im Deutschen Reich seit Bestehen des RSG. eine Gesamtfläche von mehr als 1,3 Millionen ha erworben oder bereitgestellt worden, davon etwa 1 Million ha auf dem Gebiet der preußischen Ostprovinzen und des Landes Mecklenburg. Das Landlieferungssoll war Ende 1934 zu 53,4% erfüllt.

Die Zahl der Neubauernstellen beträgt im Jahr 1934 zwar auch nur 4827 neue Stellen mit 72 996 ha und im Jahr 1935 = 3780 Stellen mit 66 272 ha. Aber einmal wurden nicht alle Höfe rechtzeitig bezogen, sodaß sich das Ergebnis noch etwas erhöht, zum andern wurden durchschnittlich größere Flächen ausgelegt als in den Vorjahren.[64]) Mit Einschluß der Ergebnisse des Jahres 1935 wurden seit Bestehen des RSG. insgesamt 71 100 Neusiedlerstellen mit einer Fläche von zusammen 803 000 ha errichtet.

Die Anliegersiedlung erreichte mit 13 654 Landzulagen (mit 27 000 ha) zu Eigentum ihren höchsten Stand im Jahre 1934 und auch im Jahre 1935 übertrifft sie mit 12 542 Landzulagen (mit 21 948 ha) die sämtlichen Jahresergebnisse vor 1934 bei weitem. Insgesamt sind seit Bestehen des RSG. bis Ende 1935 etwa 131 000 landwirtschaftliche Betriebe zum Zwecke der Erweiterung ihrer Betriebsfläche mit Landzulagen zu Eigentum versehen worden; die gesamte Fläche der Landzulagen betrug 208 000 ha.

III. Formen.

1. Formen der Verstädterung.

Ueber Gestalt und Größe der deutschen Städte bis zum Mittelalter lassen sich nur ganz allgemeine und ungefähre Vorstellungen gewinnen. Auch über die Größe mittelalterlicher Städte sind wir nur unvollkommen unterrichtet. „Die Ursache ist eine unerklärliche Scheu vor der Oeffentlichkeit, verbunden mit dem Befangensein in der alttestamentlichen

64) Die Abnahme erklärt sich ferner aus der Notwendigkeit, die Tätigkeit auf dem Gebiete der Bauernsiedlung in Einklang zu halten mit den sonstigen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Aufgaben. (Wehrfinanzierung u. a.)

Auffassung, daß ein Zählen der Bevölkerung Hungersnot, Krieg oder Krankheit herbeiführe, andererseits das Fehlen eines geeigneten Beamtenapparates und die Schwierigkeit, die sich bei der Durchführung einer Zählung geltend machen."[65])

a) Im Mittelalter.

Im 10—12. Jahrhundert entstanden in Deutschland neben den „gewachsenen" Römerstädten Marktsiedlungen, die von den Grundherren vornehmlich fiskalischer Zwecke halber gegründet wurden. Da diese Marktsiedlungen häufig den Namen der älteren Siedlung übernommen haben, wird der falsche Schein allmählicher Entwicklung aus einer ländlichen Siedlung hervorgerufen.[66]) Das ist aber nicht der Fall, sondern diese Siedlungen wurden erst durch bewußten Verfassungsakt der Landesherren, denen es darum zu tun war, einen blühenden, gedeihenden Markt erstehen zu lassen, zur Stadt erhoben. Daneben war eine derartige Gründung Stützpunkt für den Kriegsfall.

Die mittelalterliche Stadt rechnet man seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, da von diesem Zeitpunkt an wirtschaftlich, rechtlich und topographisch der Begriff Stadt — im Gegensatz zu den Landgemeinden — als eine höhere Entwicklungsstufe gelten kann.[67]) Außerdem hat sich diese Stadtform des 12. Jahrhunderts dann auch Jahrhunderte lang im wesentlichen erhalten.

Charakteristisch und typisch für die Stadt des frühen Mittelalters waren die Märkte, in denen sich der eigentliche Beruf dieser Städte verkörperte. Hier wurden die Rohstoffe, die der deutsche Osten lieferte, gegen gewerbliche Erzeugnisse eingetauscht, die von den Städtern, meist Handwerkern und Gewerbetreibenden, verfertigt worden waren. Ihren eigentlichen Charakter als mittelalterliche Stadt erhielten die Marktsiedlungen aber erst in der Vollendung des Stadtrechts durch die Selbstverwaltung und durch die fast zur Regel werdenden Befestigungen. Markt und Befestigung waren das körperliche, das Stadtrecht das geistige Merkmal einer mittel-

65) Noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts erregte die Veröffentlichung der Getauften, Getrauten und Gestorbenen im Anzeiger von Frankfurt a. M. den heftigen Unwillen der gesamten Bürgerschaft. (zit. n. Dr. W. Franke a. a. O. S. 102).

66) Dr. Hamm a. a. O. S. 17.

67) Ders. S. 4.

alterlichen Stadt.[68]) Insofern es den wichtigen Handelsplätzen der Nord- und Ostsee, wo Handwerk und Gewerbe gegenüber dem reinen Handel zurücktrat, gelang, sich von ihren Stadtherren die oben geschilderten Eigenschaften zu sichern, zählen sie ebenfalls zu den „mittelalterlichen Städten".[68])

Den krönenden Abschluß der Städtegründungen bilden aber die Siedlungsstädte des Ostens, die in erster Linie als Vorposten für eine weitere Kolonisierung des Landes gedacht waren. Diese Kolonialstädte standen schon rein äußerlich im Gegensatz zu den Marktsiedlungen.[69])

In der Mitte des 14. Jahrhunderts scheint die räumliche Entwicklung der mittelalterlichen Stadt nach außen im allgemeinen abgeschlossen zu sein. Von da tritt ein Stillstand der Expansionsbewegung ein.[70]) Entsprechend ihrer geographischen Lage weisen die mittelalterlichen Städte außerordentliche Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Verhältnissen auf, was sich klar in den Bevölkerungszahlen ausdrückt.[71])

Einwohnerzahl mittelalterlicher Städte.

Stadt	Jahr	Einwohnerzahl
Freiburg i. Ue.	1447/48	5 200
Nürnberg	1449	20 165
Straßburg	1473/77	20 722

Für weitere Städte sind die Volkszahlen aus Steuer- und Bürgerbüchern ermittelt, wodurch ebenfalls ein zuverlässiges Bild entsteht.[72])

68) Hamm a. a. O. S. 19 ff.

69) Der „Locator" entwarf den Stadtgrundriß, nach dem sich die Anlage der späteren Stadt zu richten hatte, und zwar wurde hierbei die rechteckige Stadtanlage der ovalen vorgezogen. (Hamm, S. 63).

70) Hamm a. a. O. S. 166.

71) Die bestbeglaubigten Daten hierüber bieten die bisher bekannten Zählungen aus Freiburg, Nürnberg und Straßburg zwecks Feststellung des Proviantbedarfs bei einer zukünftigen Belagerung. (H. d. Staatsw. Bd. 2).

72) Handw. d. Staatsw. Bd. 2 S. 676.

Stadt	Jahr	Einwohnerzahl
Augsburg	1475	18 300
Dresden	1474	3 100
Frankfurt a. M.	1387	ca. 10 000
Heidelberg	1439	ca. 5 200
Leipzig	1474	ca. 4 000
Lübeck	Ende des 14. Jahrh.	21 300
Ulm	1427 / 1489	20 000

Großstädte im modernen Sinn kennt demnach das Mittelalter überhaupt nicht. Köln als die volkreichste deutsche Stadt zählte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts rund 37 000 Einwohner. Damit können wir etwa die zahlenmäßige Obergrenze städtischer Bevölkerung in Deutschland angeben. Auch der äußere Gesamteindruck der mittelalterlichen Stadt kann allenfalls mit dem heutiger bescheidener Mittelstädte verglichen werden.

Trotzdem war die mittelalterliche Stadt — die ja im Gegensatz zur antiken Stadt vornehmlich Wirtschaftszentrum war — ein bedeutender Machtfaktor und wies ein kräftig pulsierendes Leben auf. Wenn man daher Dr. Cornelius[73]) beipflichtet, der den heute geltenden Grenzwert für Großstädte von 100 000 Einwohnern für das Jahr 1600 auf 15 000 Einwohner festgelegt wissen will, so wird man unter damaligen Verhältnissen auch von „Großstädten" sprechen können. Aber selbst dann ergibt sich bei der geringen Anzahl von Städten dieser Größenklasse, daß nur etwa $^1/_{50}$ der deutschen Bevölkerung zur damaligen Zeit in „Großstädten" wohnte. „Wenn wir also bedenken, daß uns für den Ausgang des Mittelalters nur etwa 12 bis 15 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, 15 bis 20 Städte mit je 2 000 bis 10 000 Einwohnern, 150 Städte mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern begegnen, während der größere Rest von angeblich 2800 Städten nur größere Dörfer waren, so wird man zwar schon Anzeichen der Verstädterung sich andeuten sehen, aber nicht von einem

73) zit. n. Volk u. Rasse 1936 H. 5 S. 191.

das Leben des deutschen Volkes bedrohenden Prozeß sprechen können."[74])

b) Im 19. Jahrhundert.

Nach den verheerenden Wirkungen des 30jährigen Krieges bahnte sich erst wieder im 18. Jahrhundert eine langsame Bevölkerungszunahme in Deutschland an. Wir dürfen mit Sombart annehmen, daß um 1800 nur ein knappes Viertel der deutschen Bevölkerung in Städten, die damals überdies fast durchweg Kleinstädte und noch aufs stärkste agrarisch durchsetzt waren, lebte.

In der Folgezeit liegt das Wachstum der Städte hauptsächlich in ihrer geographischen Lage und geschichtlichen Entwicklung begründet. „Das weiträumige ebene Gebiet Norddeutschlands, die ständige Bedrohung durch fremdsprachige Nachbarn machten das Entstehen geschlossener Staaten größeren Flächenraumes erforderlich und ließ Städte nur in geographisch besonders bevorzugten Orten zu größeren Gemeinwesen anwachsen, während die vielgestaltige Gebirgsbildung Mittel- und Süddeutschlands die Entwicklung zahlreicher kleiner Staaten mit einer größeren Anzahl Städten geringerer Einwohnerzahl begünstigte."[75])

Von einer „Reichshauptstadt" der überragenden Bedeutung wie Paris oder London kann anfangs des 19. Jahrhunderts noch nicht gesprochen werden.[76]) Die geschichtliche Entwicklung, der häufige Wechsel der Dynastien und Herrscher schufen vielmehr eine Reihe von Zentren, deren bedeutendste, Wien, mit 200 000 Einwohnern kaum ein Drittel der Einwohnerzahl von Paris, ein Fünftel der von London zählte. Es folgen der Größe nach geordnet: Berlin, Hamburg (über 100 000), Prag, Königsberg, Breslau, Dresden (über 50 000), Straßburg, München, Frankfurt a. M., Köln, Augsburg, Danzig, Graz, Braunschweig, Bremen (über 30 000 Seelen).[76])

In der Mehrzahl sind es „zentrale Orte", deren Hauptberuf und Hauptmerkmal es ist, Verkehrs-, Versorgungs- und Verwaltungsmittelpunkt ihres umliegenden Gebietes zu sein.[77]) Daneben, aber nirgends in ungesundem Uebermaß,

74) L. Zimmermann i. Volk und Rasse 1936 H. 5 S. 191 ff.
75) Dr. W. Franke a. a. O. S. 105.
76) Derselbe S. 103.
77) A. Welte a. a. O. S. 119.

stehen die Städte, die mehr auf Gewerbe und Handel eingestellt sind, namentlich an den Küsten die Seestädte.[78]) „Ruhr, Oberschlesien und Saar treten im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts noch in keiner Weise besonders in Erscheinung. Zwar besteht hier schon eine reichliche gewerbliche Entwicklung, aber das Bild der Siedlungsverteilung wird noch vorwiegend von den agrarischen Nutzungsmöglichkeiten bestimmt.“[79]) Das Ruhrgebiet hatte im Jahre 1830 nur zwei Orte über 20 000 Einwohner, Elberfeld und Barmen; Essen hatte 4750 Einwohner, Dortmund 4450 Einwohner, Bochum 2300 Einwohner, Duisburg knapp 6000 Einwohner. Heutige Großstädte wie Gelsenkirchen, Oberhausen u. a. waren nur kleine Bauerndörfer. In Oberschlesien war damals Gleiwitz mit 4000 Einwohnern die größte Stadt, Hindenburg und Kattowitz waren bescheidene Dörfchen.[79])

So war auch das städtische Leben noch bodengebunden und von einer städtischen Fabrikindustrie, einer starken, städtischen Fabrikarbeiterschaft wie sie das Charakteristikum unserer Städte ist, kann man um diese Zeit noch nicht wohl sprechen (Franke). Die Landwirtschaft ist noch der ausschlaggebende Faktor, und die Bevölkerungskreise, deren Lebensgrundlage losgelöst ist aus der unmittelbaren Umgebung, sind noch verschwindend klein.[80]) Stadt und Land stehen noch in glücklichem Ausgleich.

Aber dieser „Friede zwischen Ackerbau und Gewerbe“ (List), zwischen Stadt und Land, wurde seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts empfindlich gestört. Mit der starken Bevölkerungszunahme seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, dem entschlossenen Ingangkommen der Industrialisierung, dem völligen Umschwung des Verkehrswesens und der Aufhebung der alten Erwerbs- und Niederlassungsbeschränkungen konnte sich das Wachstum der Städte unbeschränkt entfalten. Die Kohlenfelder kamen nun erst zur vollen Entfaltung. Auf ihnen sind die geschlossensten Großwirtschaftsräume mit den größten Menschenanhäufungen auf engem Raum entstanden. Aber auch abseits der Kohlenlager hat an günstigen Standorten die Industrie zu gewaltigen

78) Während um 1830 die Ostseehäfen überlegen waren, bleiben sie mit der zunehmenden Industrialisierung hinter Hamburg und Bremen zurück. (Welte S. 224.)

79) A. Welte a. a. O. S. 222 ff.

80) Ders. 219.

Städtebildungen geführt, wie am ganzen Rhein, am Untermain und Neckar. Durch Intensivierung des wirtschaftlichen Lebens sind ferner viele Handels- und Verkehrsorte (Frankfurt, Köln, Breslau) und Seestädte (Hamburg, Bremen, Kiel) zu Großstädten angewachsen. Andere wieder sind durch ihre günstige Lage, als Sitz der Verwaltungs- und Kulturreinrichtungen zu Großstädten geworden (München, Stuttgart, Dresden und vor allem die Reichshauptstadt Berlin).

Aber fast alle diese süddeutschen Städte der Musik und der Kunst, die hanseatischen des Welthandels, die preußischen des Soldatentums oder der Industrie waren trotz ihrem äußeren Reichtum und ihrer gewaltigen Ausdehnung noch „echte" Städte, organisch gewachsene Gebilde. Sie waren „steingewordene" Ausdrucksformen der Landschaft, der sie einmal entwachsen, Kulturgebilde mit den bestimmten eigenartigen Linien, die sie von dieser Landschaft oder der Technik erhalten haben — aber im Innern oft nur große Dörfer, wenn sie auch nach außen das „Gewand eines Weltmannes" trugen. Vor allem fehlte ihnen das eigentliche Wesensmerkmal moderner Großstädte: die Sitte der Geburtenverhütung. Selbst Berlin machte hiervon noch keine Ausnahme, denn noch in den 80er Jahren wies es je Ehe 3—4 Kinder auf, d. h. mehr, als heute unsere ländlichen Bezirke aufweisen.[81])

Der verderbliche Stadt—Land Gegensatz etwa in der Art nach dem Kriege, wo die Großstädte zum Todfeind des Landes geworden sind, war in den Städten des 19. Jahrhunderts im allgemeinen noch nicht zu finden. Was Stadt und Land unterschied waren oftmals nur „die Pole zweier Bewußtseinssphären, hervorgerufen durch die Ungleichheit des Schicksals der Menschen, die hier und dort — als Stadtmensch oder Landmensch — geboren wurden.[82])

c) In der Nachkriegszeit.

Der Stadt—Land Gegensatz, der schon ausgangs des 19. Jahrhunderts zu beobachten war, nahm im 20. Jahrhundert immer schärfere Formen an. Waren die Städte einst langsam und organisch gewachsen, so wuchsen sie jetzt „großartig aber pathologisch, nicht mehr durch die eigene Kraft, son-

81) Burgdörfer i. dt. Wirtsch. Ztg. 1929 S. 739.
82) K. W. Schulze a. a. O. S. 6.

dern durch Zuzug von außen" (Mussolini).[83]) Genährt vom Blutstrom des flachen Landes entwickelten sich so die Kleinstädte zu Mittel- und Großstädten und diese wieder zu Riesen- und Weltstädten. Für fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung und ein Viertel aller Kinder stellt die steinerne Großstadt heute den Lebensraum dar, mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung lebt in Riesenstädten von über ¼ Million Einwohnern und mehr als ⅙ in Weltstädten von mehr als einer ½ Million Volkszahl. Der 11. Teil unserer Bevölkerung ist allein in den beiden Städtegebilden Großberlin und Hamburg-Altona zusammengedrängt.[84])

Immer mehr entwickelte sich die Großstadt zum internationalen Lebensraum.[85]) Als solcher hat die Stadt jedoch ihre nationale Mission eingebüßt und damit das ihr eigene Gepräge. Gewiß, auch heute wirken viele deutsche Städte und auch Großstädte durchaus nicht wesenlos, sondern haben sich ihre Stammesprägung erhalten. Hamburg, Köln, München, Dresden — sie wirken niederdeutsch, rheinisch, bayrisch, sächsisch. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß diejenigen Städte, die sich nur der Zahl ihrer Einwohner nach unterscheiden und denen die Masse ihrer Häuser und Mietskasernen allein ihr Gepräge gibt, überwiegend ist. „Der großstädtische Lebensrhythmus — sei es Arbeit, Verkehr, Sport und Vergnügen — stellt eben in den modernen Großstädten aller Nationen eine stereotype Erscheinung dar. So wie die großstädtische Kleidung sich überall einheitlich durchsetzte, so hatte auch das äußere Kleid der Stadt in der ganzen Welt typische Formen angenommen."[86])

Fast in jeder Weltstadt gibt es heute ein ausgesprochenes Zeitungsviertel, ein Banken-, Konfektions- und Filmviertel. Und in jeder Stadt gibt es neben dem Villenviertel das Arbeiterviertel, wo aber auch die letzten Reste „des landschaftlichen Rohstoffes", der Naturlandschaft, vernichtet sind.

Wie die Großstadt zur internationalen Siedlungsform geworden ist, so herrscht auch die Mietskaserne als „Denkmal des Aufschwunges von einst" gleichermaßen in allen

83) Schon um das Jahr 1900 waren bereits 57 % sämtlicher in deutschen Großstädten Wohnender „Zugezogene". Handw. d. Staatsw. Bd. 2.

84) W. Hellpach i. Ztschrft. f. Geopol. 1936 Nr. 4 S. 226.

85) K. W. Schulze a. a. O. S. 29.

86) Ebenda.

größeren Städten. Mit dem liberalistisch-kapitalistischen Zeitalter hatte die Bodenspekulation eingesetzt und die Weiträumigkeit hörte auf. „Um jeden Quadratmeter wird gefeilscht, auf den Zins allein kommt es an, und das Haus ist nicht Heim, sondern Ware.“[87]) So wurde der Begriff der Großstadt geradezu gleichbedeutend mit einer Vertausendfachung des 4 und 5 stöckigen Reihenhauses. In der ganzen Welt kann man heute die trostlosen und öden Häuserfronten der Mietskasernen finden, Stockwerk auf Stockwerk getürmt. „Die frühere Zeit hatte an „Material“ wahrlich nicht gespart, unverrückbar, solide und fest steht der steinerne Leib der Stadt, als räche sich der Geist, der ihn geschaffen.“[88])

Denn die bittere Erfahrung, daß die Großstadt „ein ebenso großartiges wie bösartiges Phänomen menschlicher Standortsgestaltung[89]) ist, haben besonders die Völker nordischer Rasse machen müssen. Der Aufbau der modernen Stadt nahm nicht nur in städtebaulicher und verkehrstechnischer Hinsicht, sondern auch in soziologischer und hygienischer Beziehung folgenschwere Formen an und wurde zu einem lebensgefährlichen Vorgang für das ganze Volk. Und gerade in Deutschland hat sich gezeigt, daß die Mietskaserne, die der heutigen deutschen Stadt das Gepräge gibt, nicht der Ort ist, wo sich ein gedeihliches Familienleben entwickeln kann.

d) Im III. Reich.

Der nationalsozialistische Staat fordert daher in Erkenntnis der schweren Schäden und Gefahren einer Ueberstädterung eine Entstädterung und besonders eine weitgehende Auflockerung der Großstädte. Auch vom Gedanken des Luftschutzes erfährt diese Bestrebung eine kräftige Stützung.

Da die Verstädterung in ihrer heutigen Form aber das Ergebnis einer mehr als zwei Menschenalter währenden Entwicklung ist, so hat sich naturgemäß in der kurzen Zeit seit der Machtergreifung an der bisherigen Form der Verstädterung in Deutschland nichts wesentliches ändern können. Die Schwierigkeiten, die Mensch und Materie hier bieten, sind freilich auch gewaltig.

---

87) Schultze-Naumburg a. a. O. S. 214.
88) K. W. Schulze a. a. O. S. 20.
89) Hellpach i. Ztschrft. f. Geopol. 1936 S. 233.

Einmal hat die wirtschaftliche Besserung die Zuwanderung in die Städte erneut aufleben lassen, und zum andern ist die starke Geburtenzunahme in den letzten Jahren hauptsächlich auf das Konto der Städte gekommen. Beides mußte ein erneutes Anschwellen der städtischen Bevölkerungszahl und somit eine verschärfte Form der Verstädterung zur Folge haben. Aber ganz von der bisherigen Bevölkerungsentwicklung abgesehen — so könnten wir doch im Augenblick die Mietskasernen garnicht entbehren. Milliarden von Volksvermögen sind in den Mietsbaublöcken, die besonders nach dem Kriege am Rande der Großstädte entstanden sind, investiert, und das reichste Volk der Erde könnte sich eine rasche Umstellung, eine „systematische Entwertung der Werte" nicht leisten.[90]) Schließlich ergibt der städtische Hausbesitz jährlich etwa 2—3 Milliarden RM. an Steuern und Abgaben.

Was in städtebaulicher Beziehung in der Vergangenheit gesündigt worden ist, kann also nicht von heute auf morgen gut gemacht werden. Aber für die Zukunft soll gelten, daß nüchterner Zweckbau und naturverbundenes Wohnen sich in den Städten auswirken können. Auch aus den Städten soll wieder die Heimat lebensfähiger Geschlechter gemacht werden. Deshalb soll sich auch jede weitere städtische Entwicklung so weit als möglich wieder auf der Grundlage des Einzelhauses vollziehen. Nicht Siedlung oder Städtebau muß jedenfalls die Aufgabe von Morgen heißen, sondern Siedeln und Städtebau. Denn auch das Land kann nicht ohne die Stadt bestehen, und die gesunde Mittelstadt, die organische Ergänzung einer gesunden bäuerlichen Kulturlandschaft ist in Deutschland eine Notwendigkeit. Die berechtigte Ablehnung der Verstädterung seitens des Nationalsozialismus führt also nicht dazu, den Begriff der Verstädterung zur Stadt-Scheu ausarten zu lassen. Schöne deutsche Städte sollen in neuer Form wieder erstehen, sie sollen Bild und Ausdruck sozialen Geistes und besten Gemeinsinnes werden.

2. Formen der Landsiedlung.

Als Siedler ist eigentlich nur der Mensch zu bezeichnen, der sich selbständig auf dem von ihm bewohnten Boden er-

90) Das geht auch schon aus den Bestrebungen zur Instandsetzung des Althausbesitzes und aus der Notwendigkeit einer Unterteilung von Großwohnungen hervor. (W. Heilig i. Ztschrft. f. Selbstverw. 1932 Nr. 15 S. 360).

nähren kann, der Bauer. So zielt auch der ganze Gedankengang des Reichserbhofgesetzes auf die rein bäuerliche Siedlung ab. Aus diesem Grunde und, wie einleitend betont, weil die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der anderen Siedlungsarten nicht eindeutig feststehen, soll unter Landsiedlung auch hier grundsätzlich nur die Siedlung verstanden werden, die sich mit der Schaffung von Stellen von der Größe einer Ackernahrung befaßt.[91])

a) Im Mittelalter.

Als im 12. Jahrhundert der Deutschorden dem Ruf „Naer Oostland willen wy ryden . . ." Folge leistete, fand er dort ein sehr schwach besiedeltes Land auf niedriger Wirtschaftsstufe vor. Seine große kolonisatorische Erfahrung, die der Deutschorden bereits früher in Palästina gesammelt hatte, kam in der Art und Weise, wie das z. T. erst urbar gemachte und gerodete Land aufgeteilt wurde, zum Ausdruck.

In der Gesamtbesiedlung des Ordenslandes rechts der Weichsel heben sich zwei verschiedene Siedlungsvorgänge von einander ab, die Dorfsiedlung und die Erschließung der Wildnis.[92]) Den Auftakt bildeten in den Zeiten des Eroberungskrieges Burganlagen und Städtegründungen. Sehr bald wurden auch Verleihungen von Landbesitz an deutsche rittermäßige Einwanderer vorgenommen, deren Dienste dem Deutschorden in diesen kriegerischen Zeiten sehr zustatten kamen.

Als in den 80er Jahren Preußen in den Besitz des Deutschordens gelangt war, wurde mit der Dorfsiedlung begonnen. Zu diesem Zweck wurde ein jedes der Dorfsiedlungsgebiete als eine Einheit bei der Aufteilung in Angriff genommen. In seinen verschiedenen Teilen, am Rand und in der Mitte, wuchsen gleichzeitig die neuen Ortschaften empor. Die Besiedlung jedes einzelnen Dorfes wurde einem einzelnen Unternehmer, dem Locator, übertragen, der als Lohn in der Regel das Schulzenamt und einen größeren Grundbesitz — meist ein Zehntel der gesamten Dorfhufen — erhielt.[93])

---

91) Schließlich gruppiert die Statistik die Siedlung nur nach Größenklassen.

92) K. Kasiske a. a. O. S. 150.

93) In engstem Zusammenhang mit der Dorfgründung stand regelmäßig die Anlage einer Stadt, häufig auch räumlich der Mittelpunkt des Siedlungsgebietes. (Krollmann a. a. O. S. 292, Kasiske a. a. O. S. 150.)

Die Größe der Dörfer soll im Durchschnitt 20 Bauernerben umfaßt haben.

Als Auftakt für den zweiten großen Siedlungsvorgang, die Erschließung der Wildnis, diente die Errichtung von Burgen, da das umstrittene Grenzland erst einmal militärisch gesichert werden mußte. In der Nähe der Burgen wurden kleine preußische Dienstgüter in der Größe von 2—4 Hufen (à 17 ha)[94]) ausgegeben. Die eigentlichen militärischen Aufgaben oblagen aber den culmischen Freigütern von rund 10 Hufen Größe, während die umfangreichen, mit der großen Gerichtsbarkeit versehenen Lehngüter — 80 Hufen für den schweren, 40 Hufen für den leichten Ritterdienst[95]) — neben dem militärischen Dienst zum Zweck der Eigenkolonisation durch die Grundherren ausgegeben wurden.[96]) So zog sich die Besiedlung der Wildnis über mehrere Jahrzehnte hin.[97])

Beide Siedlungsvorgänge nahmen im Aufgabenkreis des Ordensstaates mit die 1. Stelle ein und wurden nach einheitlichen Gesichtspunkten im ganzen Ordensland durchgeführt. Der verantwortliche Leiter des Siedlungswerkes war die Ordenszentrale.

Das eigentliche geschichtliche Verdienst des Deutschordens aber war die Ansiedlung von Bauern auf selbständigen Siedlerstellen, durch die erst die weitere Besiedlung des Landes ermöglicht wurde. Diese Aufgabe fiel den einzelnen Komtureien zu, deren jede wieder in eine Reihe kleinerer Verwaltungsbezirke, die Kammerämter, geteilt war.[98]) Da aber auch die Komtureien sich in allen wesentlichen Fragen an die Anweisungen der Zentrale halten mußten, war die Besiedlung Preußens aufs Ganze gesehen, mit größter Planmäßigkeit und Straffheit durchgeführt worden.

b) Im 17.—19. Jahrhundert.

Bis zu Friedrich dem Großen kann von einer einheitlichen Siedlungsform nicht gesprochen werden. Die altpreußische innere Kolonisation trägt ihr besonderes Gepräge da-

94) E. Lang a. a. O. S. 6.
95) Krollmann a. a. O. S. 297.
96) Kasiske a. a. O. S. 152.
97) Ein einheitliches Siedlungsschema über die Erschließung des Ordenslandes kann also nicht aufgestellt werden. (Kasiske.)
98) C. Krollmann a. a. O. S. 293.

durch, daß die Kolonisten in überwiegender Zahl aus außerpreußischen Ländern und Gebieten stammen, also Einwanderer sind, und zum andern, daß sie nicht nur in die Landwirtschaft strömen, sondern gleichermaßen auch Berufe des städtischen Gewerbes ergreifen.[99]) Bei der Siedlungstätigkeit der preußischen Monarchen handelt es sich in erster Linie um eine „Peuplierungspolitik", die, erwachsen aus den verheerenden Wirkungen des 30jährigen Krieges, eben eine Auffüllung aller Berufe durch Einwanderung erzielen wollte. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß ursprünglich die städtische Kolonisation überwog und erst unter Friedrich d. Gr. sich beide die Waage halten.

Den grundlegenden Bestandteil der Siedlungspolitik Friedrich d. Gr. bildete die Bauernschutzgesetzgebung, die das gesamte Bauernland staatlichem Schutz unterstellt und eine weitere Ausbreitung der Großbetriebe verhindert.[100]) Friedrich d. Gr. bezweckte grundsätzlich die Schaffung selbständiger Bauernnahrungen, da sein Volk nicht nur auf seinem Boden, sondern auch von ihm leben sollte. So waren im Königsberger Departement mindestens 46%, im litauischen 59% und in der Provinz Westpreußen 65% der Neusiedlerstellen selbständige Bauernnahrungen.[101]) Seine Bauernstellen hatten je nach Lage und Verhältnissen die Größe von 15, 20, 30, 40 und bis zu 90 Morgen. Daneben gab es allerdings, um jede Möglichkeit auszunützen, eine große Zahl kleiner und kleinster Siedlerstellen. So wechselten in den Bauerndörfern Großbauernhöfe mit Kleinbauern- und Büdnerstellen. Ueberhaupt hat Friedrich d. Gr. alle die Arten der Siedlung, von denen wir heute sprechen, in individueller und organischer Form in die Praxis umgesetzt.

Der Erfolg der friederizianischen Siedlung war aber nicht zuletzt durch ihre straffe und zentrale Organisation gewährleistet. An der Spitze der die Siedlung durchführenden Verwaltung stand Friedrich d. Gr. selbst. Die eigentlichen Träger der Siedlung waren die Kriegs- und Domänenkammern mit Präsidenten an der Spitze. Ihnen unterstanden die Landräte für die Siedlung, die innerhalb der privaten Grundherrschaft durchgeführt wurde. Bei dieser einfachen Einrichtung der Verwaltung war der König stets unterrichtet und

99) Dr. Arndt a. a. O. S. 12 ff.
100) Ders. S. 18.
101) Arndt a. a. O. S. 39.

konnte seinen Willen schnellstens durchsetzen.[102]) Während die Planung durchweg von der staatlichen Verwaltung ausgeführt wurde, blieb der Beamte beim Bau selbst im allgemeinen gänzlich ausgeschaltet. Die friederizianischen Siedler haben zum größten Teil ihre Gebäude selbst aufführen können, zum mindesten haben sie in irgend einer Weise mit Hand angelegt.[103])

Eine neue Siedlungsperiode setzte dann erst Ende des 19. Jahrhunderts ein. Das Gesetz vom 26. 4. 1886 schuf die staatliche preußische Ansiedlungskommission. Auf Grund dieses Gesetzes wurden Mittel zur Verfügung gestellt — bis zum Jahr 1913 rund 1 Milliarde —[104]) um in Posen und Westpreußen einen lebendigen Grenzwall gegen Polen bilden zu können. So erstrebte die Siedlung, die ganz unter staatlicher Lenkung vor sich ging, in erster Linie die Schaffung mittlerer und größerer Bauernstellen: die Ansiedlungskommission hat 83% der Neusiedlerstellen mit 20 Morgen und darüber ausgestattet (Arndt). Für die Gesamtheit der von ihr errichteten Stellen errechnet sich eine durchschnittliche Größe von 14,2 ha.

Die Siedlungstätigkeit in den übrigen, national nicht gefährdeten Provinzen auf Grund der Rentengutsgesetze von 1890—91 blieb der privaten Initiative überlassen. Im Anschluß an ein preußisches Gesetz vom Jahre 1850 war allmählich die Idee des Rentengutes in den Vordergrund getreten. Im Jahr 1890 wurde diese Form der Siedlung dann durch Gesetz für die ganze preußische Monarchie für zulässig erklärt. In einem Gesetz von 1891 wurden die Generalkommissionen zur Mitarbeit, und die im Jahre 1850 zur Ablösung der Reallasten eingerichteten Rentenbanken zur Finanzierung herangezogen. Im Jahr 1896 wurde den Rentengütern das Anerbenrecht vorgeschrieben und im Jahr 1907 wurden die Rentengutsgesetze auf kleinste Güter bis herunter zu 12½ a ausgedehnt. Ein starker Auftrieb trat um die Jahrhundertwende durch die Gründung privater Siedlungsgesellschaften ein, die sich besonders als Rentengutsverkäufer betätigten. Die auf Grund der Rentengutsgesetze geschaffenen Stellen hatten eine durchschnittliche Größe von 10,9 ha.[105])

102) Arndt a. a. O. S. 39.
103) Ders. S. 57.
104) E. Schmid a. a. O. S. 18.
105) E. Lang a. a. O. S. 7.

c) In der Nachkriegszeit.

Die Siedlungstätigkeit der Nachkriegszeit erfolgt auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. 8. 1919.[106]) Danach sind die Bundesstaaten verpflichtet, zum Zwecke der Ansiedlung (bis höchstens zu einer Ackernahrung) gemeinnützige Siedlungsgesellschaften zu errichten. Diesen (und den privaten Unternehmen) obliegt die geschäftliche Durchführung der Siedlung (Landbeschaffung usw.) und damit das Risiko der Siedlung. Den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sowie den früheren Besitzern sieht das Gesetz ein Wiederkaufsrecht vor.

Als Siedlungsbehörden fungieren die Landeskulturbehörden, die eine verwaltende Tätigkeit ausüben und mit Kontrollbefugnissen ausgestattet sind. Das Schwergewicht liegt aber bei der untersten Instanz, dem selbständig handelnden Kulturamtsvorsteher.[107]) Während für die Siedlungen der Rentengüter in letzter Instanz das Landwirtschaftsministerium zuständig war, wurde nach dem Kriege das Reichsarbeitsministerium oberstes Kontrollorgan für das gesamte Reich.[108])

Die Betriebsfläche sollte im Hinblick auf die erforderliche Selbständigkeit möglichst auf den Umfang einer Ackernahrung bemessen werden. Tatsächlich betrug der Anteil der Vollbauernstellen (10 ha und darüber) im Durchschnitt der Jahre 1919/26 aber nur 34% (1933 60%). Andererseits entfielen auf die nicht als eigentlich landwirtschaftliche Betriebe anzusehenden Stellen mit weniger als 2 ha 1919/26 noch durchschnittlich die Hälfte aller neuerrichteter Stellen (1933 nur noch 5,3%).[109])

Jahr	Gesamt-Zahl	unter 2 ha	2—10 ha	10 ha u. mehr
1919—30	39 329	15 134	8 096	16 099
1933	4 914	260	1 678	2 976
		Verhältniszahlen		
1919—30	100	38,5	20,6	40,9
1933	100	5,3	34,1	60,6

W. u. St. 1936, Nr. 9.

106) In diesen Zusammenhang gehört auch das Reichsheimstättengesetz vom J. 1920.

Größere Bedeutung erlangte dagegen die Anliegersiedlung, wenngleich ihr eigentlicher Zweck, vorhandene Kleinbetriebe durch Landzulage zu vollen Ackernahrungen zu gestalten, nicht erfüllt wurde. Die durchschnittliche Größe der Landzulagen zu Eigentum betrug in Preußen in den Jahren 1919/32 nur 1,5 ha (1933 = 1,9 ha).[110])

d) Im III. Reich.

Um das große Werk der Siedlung im Dritten Reich erfolgreich gestalten zu können, hat die deutsche Regierung die künftige Form der Siedlung durch eine große Zahl gesetzlicher Maßnahmen festgelegt.

Mit dem Gesetz vom 14. 7. 1933 über die Neubildung deutschen Bauerntums wurde die Errichtung von Bauernhöfen zur Reichssache gemacht und die bäuerliche Siedlung ausschließlich dem Reich als Verwaltungssache vorbehalten. Das Gesetz vom 3. 8. 1933 schuf den Reichsnährstand, dessen Haupttätigkeit die Erhaltung des Bauerngutes, die Neubildung deutschen Bauerntums sowie die Sicherung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes ist. Eine Ergänzung des Reichsnährstandsgesetzes bildet das Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933, das die Grundlage der gesamten nationalsozialistischen Agrarpolitik bildet, indem es das vorhandene Bauerntum schützt.

Durch Erlaß vom 25. 11. 1933 des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft werden die Landesbauernführer weitgehend in den Siedlungsgang eingeschaltet. Ein Runderlaß vom 26. 1. 1934 regelt die Besiedlung von Staatsdomänen und Einzelheiten der Anliegersiedlung (z. B. sollen

---

107) „Die deutsche ländliche Siedlung" a. a. O. S. 56.

108) E. Schmid a. a. O. S. 68.

109) Besondere Bedeutung hat mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Stadtrandsiedlung erhalten. Sie strebt vor allem eine Verwurzelung der deutschen Arbeiter mit der Scholle an, sucht ihnen ein zusätzliches Einkommen zu schaffen und die Arbeitslosen aus der öffentlichen Fürsorge heraus zu bringen. Die Vorzüge dieser nichtländlichen Siedlung liegen also auf sozialem Gebiet, daneben gewinnt sie besondere Bedeutung durch die in den letzten Jahren beobachtete Steigerung der Eheschließungen und den damit verbundenen Mehrbedarf an Kleinwohnungen. — Sie begegnet besonders heute wieder scharfer Kritik. Es wird hervorgehoben, daß nur die bäuerliche Siedlung allen Aufgaben gerecht wird, die von der Siedlung zu erfüllen sind.

110) Wirtschaft und Stat. 1934, S. 299, 1936 S. 349.

nur bodenständige landwirtschaftliche Arbeiter und spätere Erbhofbauern Land erhalten). Von besonderer Wichtigkeit sind die Richtlinien für die Auswahl und Vermittlung neuer Bauern, die in ihrer ersten Fassung vom 18. 1. 1934 bekannt gegeben wurden (Siedler müssen ausreichende wirtschaftliche Fähigkeiten haben, einwandfreie Erbanlagen, verheiratet oder verlobt sein, 25 Jahre alt und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen).[111])

In einem Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 8. 2. 1934 werden Angaben über die Ausstellung der Gesundheitszeugnisse für die Siedler gemacht; die weitere Ueberprüfung der Siedler unter rassehygienischen Gesichtspunkten erfolgt dann an zentraler Stelle im Reichsnährstand.

Ein Erlaß des Reichsernährungsministers vom 2. 5. 1934 wünscht weder eine starre Größe der Höfe noch eine solche über 20 ha, sondern eine gesunde Mischung der verschiedenen Betriebsgrößen. Das Gesetz zur Ergänzung des RSG. vom 4. 1. 1935 hat die Regelung von wirtschaftlichen Fragen zum Inhalt, insbesondere die hypothekarische Belastung.

Für alle Siedlungssachen nach dem 1. 1. 1935 gelten die Richtlinien für die Neubildung deutschen Bauerntums vom 1. 6. 1935. Hiernach tragen die Siedlungsbehörden innerhalb ihres Bereiches die Verantwortung für die Durchführung der bäuerlichen Siedlung, während die Siedlungsunternehmungen die Durchführung unter Aufsicht der Siedlungsbehörden zu besorgen haben.[112]) Von den Siedlungsbewerbern können nur die Besten berücksichtigt werden. Zur Erreichung einer zweckmäßigen Bevölkerungsverteilung sind im allgemeinen mindestens ¼ der östlich der Elbe zu begründenden Stellen West-Ost-Siedlern vorbehalten. Das Hauptziel jedoch bleibt die Schaffung neuer Erbhöfe und die Zulage von Land an Kleinbetriebe, besonders östlich der Elbe, in Nordwestdeutschland und der bayrischen Ostmark. Nach Möglichkeit soll hierbei die Dorfsiedlung angestrebt werden.

Die Maßnahmen, die auf eine Vergrößerung der Siedlerstellen hinzielen, wirken sich bereits in den bisherigen Ergeb-

111) Reihenfolge: 1. Angestellte und Arb. d. aufget. Gutes. 2. Nachgebor. Bauernsöhne, 3. Landarbeiter, 4. geeignete entwurzelte Landwirte, 5. sonstige Bewerber.

112) Neues Bauerntum, H. 6 1935 S. 265.

nissen aus: im Jahr 1934 wurden durchschnittlich größere Flächen ausgelegt als in den Vorjahren, nämlich 15,4 ha je Siedlerstelle (1929/32 nur 10,5 ha) und 1935 sogar 17,5 ha.[113]) Im einzelnen betrug die Größe der Stellen:

Jahr	Gesamt-Zahl	unter 2 ha	2—10 ha	10 u. mehr ha
1934	4931	239	1226	3466
1935	3780	201	642	2937
		Verhältniszahlen		
1934	100	4,8	24,9	70,3
1935	100	5,3	17,0	77,7

W. u. Stat. 1935, H. 5 S. 157.

Auch die durchschnittliche Größe der Landzulagen bei der Anliegersiedlung in Preußen stieg von 1,5 ha (1919/32) auf 2,0 ha im Jahr 1934 und auf 2,1 im Jahr 1935.[114])

IV. Verhältnis von Verstädterung und Landsiedlung.

So alt wie die Gegensätze zwischen Stadt und Land, so alt sind auch die Untersuchungen, die sich mit der Verstädterungsfrage befassen. Aber erst das 19. Jahrhundert erkannte, daß mit den Gedankenreihen der Verstädterung fast selbsttätig solche des Verfalls von staatlichen und städtischen Lebensformen einhergehen.[115]) Den unvermeidbaren Widerspruch zwischen der theoretischen Erkenntnis dieser Gefahren einerseits und den praktischen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen andererseits zu schließen, war in Deutschland aber erst der heutigen Staatsführung vorbehalten.

113) W. u. Stat. 1935 H. 5, S. 157.

114) Von größter unmittelbarer bevölkerungspolitischer Bedeutung in heutiger Zeit wird die Kleinsiedlung, besonders wenn es gelingt, die in Aussicht genommene Zahl von 5 Millionen Stellen in den nächsten 10 Jahren zu errichten. Auch die Reichsregierung erklärt in einer Verordnung vom 15. 2. 1935, daß sie in der Kleinsiedlung die beste Siedlungsform für die werktätige minderbemittelte Bevölkerung sieht, weil sie geeignet ist, den Arbeiter wieder im Heimatboden zu verwurzeln.

115) K. Haushofer i. Ztschrft. f. Geopol. 1933 S. 101.

Gewiß sind schon seit Jahrzehnten die zweifellosen Schäden einer Ueberstädterung bekämpft und zu mildern versucht worden. Es ist hierbei — ganz abgesehen von der Sozialgesetzgebung, die ja auch hierin eine ihrer Quellen hat — an die Gartenstadtbewegung zu denken, an die schon vor Jahrzehnten begonnenen modernen Arbeitersiedlungen oder an die ebenfalls schon manches Jahr zurückliegenden Anfänge der Landschaftsplanung im Zweckverband Groß-Berlin und im Ruhrsiedlungsverband.[116])

Wenn man trotzdem diese Lösungsversuche vor 1933 — ohne einseitig und ungerecht zu sein — kurz abtun kann, so deswegen, weil sie in Ausmaß und Wirkung nur sehr bescheiden waren. Man beschränkte sich darauf, gegen Symptome vorzugehen, ohne das Uebel an der Wurzel zu packen. Man sprach zwar von „Maschinenkultur" und „Kohlenzivilisation" und belegte die Großstädte mit Ausdrücken wie „Parasitopolis", „Nekropolis" u. a. — erkannte aber dabei nicht die tiefste und wertvollste Bedeutung des Siedlungsgedankens, sah vielmehr der Weisheit letzten Schluß in der Lösung des Lohnproplems, um so die Landflucht zu verhindern.[117])

Heute dagegen werden die räumlichen Beziehungen zwischen Volk und Boden, die bisher lediglich ein geschichtliches Nebeneinander waren, in Erkenntnis der großen Gefahren eines zu starken Uebergewichtes der Städte bewußt neu zu ordnen versucht. „An Stelle der unwirksam gewordenen Idee des wirtschaftlichen Fortschrittes um jeden Preis ist heute der umfassendere und tiefere Glaube an einen Neubau Deutschlands auf der Grundlage von Blut und Boden getreten.[118]) Hier steht die Beseitigung des einseitigen Uebergewichts der großen Städte über das Land als Aufgabe mit in erster Linie.

Die mit einem Schlage vorgenommene Umwandlung des größeren Teiles der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ein gebundenes Eigentum mittels des Erbhofgesetzes schuf die erforderliche Voraussetzung für eine Neuordnung. Maßnahmen, die einerseits jede weitere Ausdehnung der Großstädte planmäßig unterbinden sollten (Verbot planloser Ein-

116) „Die Stadt als Schicksal" i. Frankft. Ztg. 1936 Nr. 296.
117) Dr. K, Sachse i. Monatsh. f. NS.-Sozialpol. 1936 H. 7 S. 231.
118) A. Welte a. a. O. S. 357.

gemeindungen, Zuwanderungsverbote für einige Großstädte usw.) wechselten mit solchen, die eine Stärkung der bäuerlichen Elemente erstrebten.[119]) In der Reichsstelle für Raumordnung wurden die gesamten Interessen der Landesplanung zusammengefaßt. Ihre Bestrebungen, nämlich die gesamten wirtschaftlichen Fähigkeiten einer Landschaft zu ermitteln und planmäßig einzusetzen und ungesunde Entwicklungen rückgängig zu machen, wurden aufs stärkste gefördert. Durch Großraumplanung sollten die Massensiedlungen aufgelockert, die Citys wohnungsfrei, die Industriesiedlungen geschlossen, die Wohnstätten verkehrsnahe genug und doch natur- und landverbunden gestaltet werden.

Besonders aber wurde erkannt, daß einer wirksamen Entstädterung der Siedlungsweise eine „Entstädterung der Gesinnung" vorausgehen muß. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Einrichtungen Landjahr, Landhilfe und nicht zuletzt auch der Reichsarbeitsdienst zu verstehen. Sie sollen helfen, Menschen zu erziehen, die sich auf dem Lande wohlfühlen und nicht nach der Stadt sehnen. Hierher gehören ferner alle Maßnahmen, die das Landleben heben sollen. (Hygienische Einrichtungen, Freizeitgestaltung usw.)

Wenn auch alle in dieser Richtung bewußt durchgeführten Bemühungen bisher noch keine nennenswerten tatsächlichen Erfolge gehabt haben[120]) und insbesondere die Landflucht nicht aufhalten konnten, so darf dies nicht hindern, die Wege weiter zu verfolgen, die aus der Ueberstädterung herausführen sollen.

---

119) Von hier aus gesehen erhalten einige in neuerer Zeit entstandene Tätigkeitsbereiche auch erst ihre volle Bedeutung (z. B. die Reichsstelle für Raumordnung, der Siedlungsbeirat b. Reichsarbeitsministerium u. a.)

120) „Wir stehen lediglich am Anfang dessen was werden muß und wird". H. Roosch i. Reichsplanung 1936 H. 3 S. 65.

B. Verstädterung und Landsiedlung in ihrer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung.

I. Wirkung auf die Verteilung.

1. Die Volksdichte innerhalb Deutschlands.

Einen ersten Ueberblick über die Veränderungen, die seit der Industrialisierung und Verstädterung in der Bevölkerungsverteilung eingetreten sind, gewährt die „relative Bevölkerung" oder die Volksdichte, welche das Verhältnis der Volkszahl zum Flächeninhalt des besiedelten Gebietes angibt.

Seit Beendigung der Freiheitskriege bis zum Jahr 1933 hat sich die Bevölkerungsdichte in Deutschland verdreifacht: im heutigen Reichsgebiet wohnten im Jahr 1816 = 46,7 Einwohner je qkm, 1933 wurden durchschnittlich 140,3 Menschen je qkm ermittelt. Aber dieser mittlere Reichsdurchschnitt der Bevölkerungsdichte vermittelt kein treffendes Bild über die eigentliche Verteilung der Bevölkerung, da sich innerhalb des Reichsgebietes bedeutende Unterschiede in der Dichtigkeit zeigen.

Die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich

	Auf 1 qkm kommen Einwohner	
	1871	1933
Provinz Ostpreußen	51.3	63.1
Provinz Brandenburg	49.5	69.8
Provinz Pommern	47.3	63.5
Grenzmark Posen-Westpreußen	36.5	43.8
Provinz Niederschlesien	89.1	120.4
Provinz Oberschlesien	92.6	152.6
Provinz Sachsen	82.9	133.2
Westfalen	87.1	249.3
Preußen	72.8	136.4
Bayern	64.1	101.1
Sachsen	170.7	346.8
Württemberg	93.2	138.2
Baden	97.0	160.1
Saarland	150.1	423.9
Deutsches Reich	77.2	140.3

W. u. St. 1936. Nr. 2, S. 80 ff. (Gebietsstand vom 1. I. 36).

Seit der Reichsgründung ist die Bevölkerungsdichte, abgesehen von den vorwiegend städtischen Gebieten, vor allem in solchen Gebieten gestiegen, in denen die Industrie stärker hervortrat (Sachsen-Land, Westfalen, Rheinprovinz, Saarland). Andererseits hatten die bäuerlichen und schwachbesiedelten nordöstlichen Landesteile (Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Brandenburg, Mecklenburg) infolge der starken Abwanderung nur sehr geringe Zunahmen in der Dichtigkeit aufzuweisen.

Eine langgestreckte Zone mit äußerst dichter Bevölkerung (mit Zahlen von 150—250, ja stellenweise 700 Menschen je qkm) zieht sich heute beiderseits des deutschen Rheines hin und gipfelt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier legt sich eine zweite Zone dichterer Besiedlung an, welche bis nach dem oberschlesischen Industriegebiet führt. Der ganze große Rest des Reiches liegt unter und z. T. weit unter dem Durchschnitt von 140 Personen je qkm.[1]) Die Gefährlichkeit dieser Verteilung liegt auf der Hand: besonders der ostelbische Raum, dessen Bevölkerungsdichte tief unter dem Reichsdurchschnitt liegt, mußte in den letzten Jahrzehnten noch immerzu von seiner besten Volkskraft an Westdeutschland und zumal an die Industrie- und Großstädte abgeben, anstatt vom Westen her, vom „Volk ohne Raum", aufgefüllt zu werden.

In anderer Hinsicht sagen diese Dichtigkeitsziffern aber nicht allzuviel aus, insbesondere kann aus einer niedrigen Volksdichte nicht immer der Schluß auf einen geringen Verstädterungsgrad gezogen werden. (Australien!) Auch kann allein aus diesen Ziffern nicht auf eine Uebervölkerung einzelner Gebiete oder eines Landes geschlossen werden. Hierzu wäre vielmehr eine Untersuchung nötig, die die jeweilige Bevölkerungszahl dem vorhandenen Nahrungsspielraum gegenüberstellt. Unter dem Vorbehalt, daß eine derartige Untersuchung bei der Dehnbarkeit des Begriffs „Nahrungsspielraum" stets nur unvollkommen sein kann, läßt sich folgendes sagen:[2]) Vor dem Kriege kann weder von einer absoluten noch von einer relativen Uebervölkerung in Deutschland gesprochen werden. Während und zu Ende des Krieges jedoch, als die Blockade der Gegner die Abschnürung von dem „weiteren" Nahrungsspielraum vollendete, herrschte

1) Volz i. Ztschrft. f. Geopol. 1933 S. 369.
2) V. August a. a. O. (Zusammenfassung).

in Deutschland zweifellos eine absolute Uebervölkerung: Hunger, Elend, erhöhte Sterblichkeit und Geburtenrückgang waren die Folgen.

Nach dem Kriege war in Folge der Gebietsabtretungen und durch die Folgen des Versailler Diktates der engere Nahrungsspielraum für die deutsche Bevölkerung zu klein geworden. Deutschland stand in den Jahren nach dem Kriege inmitten einer augenfälligen Uebervölkerung. Seither aber hat die relative Uebervölkerung in dem Maße wieder abgenommen, wie es gelungen ist, unsere Wirtschaft wieder in geordneten Gang zu bringen und namentlich den engeren Nahrungsspielraum der Volkszahl anzupassen.

Von einer Uebervölkerung der Erde aber darf schon garnicht gesprochen werden, selbst wenn man die Schätzung Oppenheimers, der die Kapazität der Erde auf „stark über 200 Milliarden Menschen“[3]) annimmt, für zu großzügig hält.

2. Das Verhältnis Stadt- zu Landbevölkerung.

Unter dem Einfluß der Industrialisierung und der dadurch ausgelösten Binnenwanderung und Verstädterung hat sich seit der Reichsgründung eine grundlegende Verschiebung zwischen Land- und Stadtbevölkerung in Deutschland vollzogen.

Ländl. und städt. Bevölkerung	Gesamtbevölkg. in Mill.	Ländliche Bevölkerung		Städtische Bevölkerung	
		Mill.	%	Mill.	%
1871	41,0	26,2	63,9	14,8	36,1
1895	52,2	26,0	49,8	26,3	50,2
1933	65,2	21,5	33,0	43,6	67,0

Wohnten im Jahre 1871 von den 41 Millionen Menschen noch 26 Millionen (⅔) auf dem Lande, so ist seither der Anteil der Landbevölkerung ständig zurückgegangen, derjenige der Stadtbevölkerung hat unaufhaltsam zugenommen. Während sich im Jahre 1895 Stadt- und Landbevölkerung noch die Waage hielten, hat sich bis zum Jahre 1933 das Verhältnis völlig gewandelt: Von den 65,2 Millionen Einwohnern des Deutschen Reiches (ohne Saargebiet) wohnten ⅔ in Städten

3) Oppenheimer a. a. O. S. 157.

(Gemeinden über 2000 Einwohner) und nur ⅓ auf dem Lande (Gemeinden unter 2000 Einwohnern).

Der Grundstock der ländlichen Bevölkerung blieb zwar bis zum Kriege so gut wie unverändert: der ganze Bevölkerungszuwachs des Reiches, der zum großen Teil vom Lande stammte, kam im wesentlichen in den Städten unter. Aber durch die Gebietsabtretungen wurde die ländliche Bevölkerung zahlenmäßig von 26 Millionen auf 22¼ Millionen verringert. Diese Schmälerung konnte in der Folge nicht mehr ausgeglichen werden, da der ganze Bevölkerungszuwachs auch weiterhin den Städten zugute gekommen ist.

Die städtische Bevölkerung ist heute — abgesehen von Berlin und den 3 Stadtstaaten — am stärksten in Westfalen mit 84,8%, der Rheinprovinz mit 83,9%, dem Land Sachsen mit 77,6% und Anhalt mit 72,2% vertreten. Die Großstadtbevölkerung umfaßt in der Rheinprovinz fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung (49,5%). Auch im Land Sachsen (35,1%), in Hessen-Nassau (34,4%) und in Westfalen (31,3%) ist ihr Anteil besonders hoch. In Westfalen haben daneben wie auch in Anhalt, Thüringen, Mecklenburg und Brandenburg die Mittelstädte erhebliche zahlenmäßige Bedeutung.[4])

Die ländliche Bevölkerung überwiegt heute — zieht man die größeren Länder und Landesteile in Betracht — nur in der Grenzmark Posen-Westpreußen (59,3%), in Ostpreußen (57,0%) und in Bayern rechts des Rheins (51,0%). Aber in keinem dieser 3 Gebiete wird heute der im Jahre 1871 für das ganze Reich festgestellte Durchschnittssatz von 64% erreicht. Mehr als den jetzigen Reichsdurchschnitt von 33% nimmt die ländliche Bevölkerung in sämtlichen preußischen Provinzen östlich der Elbe — ausgenommen Berlin — und in Mecklenburg ein, ferner in Hannover, Braunschweig, der Provinz Sachsen, Thüringen, den hessischen Gebieten und im gesamten Süddeutschland.[4])

3. Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in Stadt und Land.

Mit der Umwandlung Deutschlands aus einem reinen Agrarstaat zum Industrie-Agrar-Handelsstaat vollzogen sich besonders in der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen

4) W. u. Stat. 1934 Sonderheft 12, S. 18 ff.

Struktur des Volkes bedeutsame Wandlungen: Der Anteil der selbständigen, bäuerlichen und handwerklichen Existenzen ging im Rahmen des Volksganzen zurück, das Heer der entwurzelten Besitzlosen, vermehrt durch das „Bauernlegen" des ostelbischen Großgrundbesitzes, schwoll mit fortschreitender Industrialisierung mehr und mehr an — wurde vom Land- zum Industrieproletariat.

Soziale Stellung der Erwerbspersonen.

	1882	1933
	i. 1000	
Erwerbspersonen	16885	32296
dav. Selbständige	4284	5303
dav. Arbeiter	8344	14946
	i. %	
Erwerbspersonen	42,4	49,5
dav. Selbständige	25,4	16,4
dav. Arbeiter	49,4	46,3

So entfällt die Zunahme der Erwerbspersonen von 16,8 Millionen auf 32,2 Millionen (1882—1933) hauptsächlich auf die unselbständige Arbeiterschicht, deren Zahl von 8,3 Millionen auf 14,9 Millionen zunahm, während die Selbständigen nur von 4,2 auf 5,3 Millionen anwuchsen.

Besonders schwerwiegend sind auch die Veränderungen in der beruflichen Schichtung der Bevölkerung.

Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen.

Wirtschaftsabteilung	Personenzahl i. 1000			
	1882		1933	
	Erwerbs-pers.	Berufs-zugehör.	Erwerbs-pers.	Berufs-zugehör.
Land- und Forstwirtschaft	7134	15939	9343	13568
Industrie und Handw.	5787	14080	13051	25327
Handel und Verkehr	1444	3877	5931	11043

Wirtschaft und Statistik 1934, Nr. 24.

Während von 1882—1933 die Berufsbevölkerung (d. h. die Zahl der Erwerbstätigen einschließlich ihrer nicht erwerbstätigen Angehörigen) in der Landwirtschaft

von 15,9 auf 13,6 oder um — 2,3 Millionen zurückgegangen ist, ist die Berufbevölkerung

in Industrie und Handwerk

von 14,0 auf 25,3 oder um + 11,3 Millionen,

in Handel und Verkehr

von 3,8 auf 11,0 oder um + 7,2 Millionen gestiegen.

Allein Industrie, Handel und Verkehr haben somit von dem gesamten Bevölkerungszuwachs von rund 25,5 Millionen (1882—1933) insgesamt 18,5 Millionen Menschen aufgenommen, d. h. mehr Menschen, als zu Beginn der Beobachtungsperiode auf Land- und Forstwirtschaft überhaupt entfielen, und vor allem mehr Menschen, als heute noch auf Land- und Forstwirtschaft entfallen.[5])

Insgesamt entfielen auf Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr im Jahre 1882 = 17,8 Millionen Berufszugehörige; bis 1933 hat sich diese Zahl auf 36,3 Millionen erhöht, also mehr als verdoppelt.

Die grundlegende Veränderung, die der Aufbau der deutschen Volkswirtschaft und mit ihr die berufliche Zusammensetzung der Bevölkerung erfahren hat, hatte aber nicht eine Zersetzung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Folge. Diese blieb vielmehr bis auf eine geringe Abnahme, die zudem zwangsläufig infolge der Abtretungen eintrat, erhalten. Im großen und ganzen zog die Entwicklung von Industrie und Handel somit nur den Bevölkerungsüberschuß vom Lande in die Industrie- und Großstädte.

a) Umfang der Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen.

Im Deutschen Reich wurden am 16. 6. 1933 insgesamt 32,3 Millionen Erwerbspersonen gezählt, von denen 5,8 Millionen erwerbslos waren. Sie verteilen sich auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen wie folgt:

---

5) vergl. F. Burgdörfer, „Zurück zum Agrarstaat?" S. 87 ff.

Erwerbspersonen im Deutschen Reich nach Gemeindegrößenklassen.

Gemeinden mit Einwohnern	Von je 100 Pers. der			Von je 100 Erwerbspersonen jeder Gemeindegrößenklasse waren Erwerbslose
	Gesamt-Bev.	Männl. Bev.	Weibl. Bev.	
	Jeder Gemeindegrößenklasse entf. a. Erwerbsp.			
Weniger als 10000	52,1	64,3	40,2	11,2
10000—20000	45,1	64,6	26,9	21,2
20000—50000	44,7	64,3	26,6	21,5
50000—100000	44,0	64,1	25,6	25,2
100000 und mehr	48,3	69,1	29,6	28,1

In den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung mit 52% erheblich höher als in den übrigen Gemeindegrößenklassen, was durch die mithelfende Tätigkeit der Ehefrauen und sonstiger Angehöriger verursacht wird. So ist auch der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung hier sehr hoch: über 40%, im Reichsdurchschnitt nur 34,2%. Bei den Männern ist der Unterschied nur gering.

Auf dem Lande sowohl wie in den Klein- und Mittelstädten sind etwa 64% der Männer Erwerbspersonen; erst in den Großstädten steigt dieser Anteil auf 69%. Diese Sonderstellung der Großstädte beruht in erster Linie auf der verschiedenen Alterszusammensetzung ihrer Bevölkerung: geringere Kinderzahl einerseits, größere Zahl von Erwachsenen infolge Zuwanderung andererseits.

Mit zunehmender Gemeindegröße ist ein beträchtliches Steigen des Anteils der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen festzustellen. Auf je 100 Erwerbspersonen entfielen am 16. 6. 1933 in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern rund 11 Arbeitslose, in den Großstädten dagegen 28. Die „Hochburgen" (Syrup) der Arbeitslosigkeit waren also die Großstädte und unter ihnen wieder die Industriestädte.[6])

6) So wiesen Duisburg-Hamborn (35,4 %), Gelsenkirchen (35,2 %), Oberhausen (34,3 %), Dortmund (33,3), die höchsten Erwerbslosenziffern auf. Auch in Berlin waren Mitte 1933 annähernd 3/10 (29,8 %) der Erwerbspersonen arbeitslos. (W. u. Stat. 1935, S. 271.)

b) Die Erwerbspersonen in den Gemeindegrößenklassen nach Wirtschaftsabteilungen

In den kleinen Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern ist die Landwirtschaft naturgemäß am stärksten vertreten. Von insgesamt 9,3 Millionen Arbeitskräften der deutschen Land- und Forstwirtschaft wohnen 8,9 Millionen (95%) in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Da diese Gemeindegrößenklasse aber auch die kleinen Gemeinden städtischen Charakters umfaßt, gehören hier doch nur wenig mehr als die Hälfte (51%) aller Arbeitskräfte zur Land- und Forstwirtschaft. Fast ein Drittel (32%) der Erwerbspersonen sind Handwerker und industrielle Arbeitskräfte, nicht ganz ein Zehntel entfällt auf Handel und Verkehr.

Die Erwerbspersonen in den Gemeindegrößenklassen 1933 nach Wirtschaftsabteilungen.

Gemeinden mit Einw.	Erwerbsp. insges.	Land- und Forstw.	Ind. und Handwerk	Handel und Verkehr
Von 100 Erwerbspers. entfielen auf d. einzelnen Wirtschaftsabteilungen				
bis 10000	100	51,4	32,0	9,6
10000—20000	100	7,8	55,9	20,8
20000—50000	100	4,8	53,0	23,2
50000—100000	100	4,0	49,9	26,4
100000 u. m.	100	1,9	48,2	31,4
Reich (o. Saargeb.)	100	28,9	40,4	18,4
Von 100 Erwerbspers. jeder Wirtschaftsabteilnug entfielen				
bis 10000	53,4	94,7	42,2	27,8
10000—20000	5,5	1,5	7,6	6,2
20000—50000	7,0	1,2	9,1	8,8
50000—100000	4,6	0,6	5,8	6,7
100000 u. m.	29,6	2,0	35,3	50,5
Reich (o. Saargeb.)	100	100	100	100

W. u. Stat. 1935, Nr. 8, S. 271.

In den städtischen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern ist das Wirtschaftsgefüge wesentlich anders. Das Hauptgewicht liegt hier bei Industrie und Handwerk, die in den Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern über die Hälfte der Erwerbspersonen umfassen. Bei den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern entfällt nicht mehr ganz die Hälfte der Arbeitskräfte auf den gewerblichen Produktionsapparat; da-

gegen gewinnt mit zunehmender Gemeindegröße die Beschäftigung im Verteilungsapparat der Wirtschaft an Bedeutung. Zum Handel und Verkehr gehört bei den größeren Mittelständen (mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern) mehr als ein Viertel (26%) und bei den Großstädten, den Hauptsitzen der großen Handels- und Verkehrsunternehmungen, sogar fast ein Drittel (31%) der Erwerbspersonen.

Etwa die Hälfte (51%) der im deutschen Verteilungsapparat stehenden Erwerbspersonen entfällt auf die Großstädte, obgleich ihr Anteil an der Reichsbevölkerung sich nur auf 30% stellt. Auch die im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen gezählten Erwerbspersonen sind annähernd zur Hälfte (46%) in den Großstädten wohnhaft.[7])

c) Soziale Gliederung der Erwerbspersonen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen.

Der besondere Wirtschaftsaufbau in Stadt und Land tritt auch in der sozialen Gliederung der Erwerbspersonen zu Tage.

Die Erwerbspersonen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen.

Gemeinden mit Einw.	Erwerbsp. insges.	Selbständig.	Mithelf. Fam.-Ang.	Arbeiter
Von 100 Erwerbspers. entfielen auf die einzelnen Schichten				
bis 10000	100	19,9	27,8	42,1
10000—20000	100	13,8	6,3	53,8
20000—50000	100	13,0	4,4	51,9
50000—100000	100	12,6	3,8	50,3
100000 u. m.	100	12,1	2,8	50,4
Von 100 Erwerbspers. jeder sozialen Schicht entfielen				
bis 10000	53,3	64,5	90,0	48,5
10000—20000	5,5	4,6	2,1	6,4
20000—50000	7,0	5,5	1,9	7,8
50000—100000	4,6	3,6	1,0	5,1
100000 u. m.	29,6	21,8	5,0	32,2

W. u. Stat. 1935, S. 272.

7) W. u. Stat. 1935, Nr. 8, S. 271.

In den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, in denen rund 95% aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte wohnen, entfällt fast die Hälfte der Erwerbspersonen auf die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen (47,4%), wenig niedriger ist der Anteil der Arbeiter (42,1%), während allen übrigen sozialen Schichten nur rund $^1/_{10}$ angehört. Demgegenüber zeigt sich in den Gemeinden über 10 000 Einwohner ein starkes Ueberwiegen der Arbeiterschaft; auf Arbeiter und Angestellte entfallen rund $^3/_4$ aller Arbeitskräfte dieser Gemeinden, während Selbständige und mithelfende Familienangehörige nur etwa 15—20% auf sich vereinigen.

Fast $^2/_3$ der Selbständigen — 3,4 Millionen von insgesamt 5,3 Millionen — haben ihren Wohnsitz in den vorwiegend ländlichen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern; umgekehrt haben die städtischen Gemeindegrößenklassen fast durchweg mehr Arbeitnehmer als dem Bevölkerungsanteil entsprechen würde.[8])

4. Der Altersaufbau der Bevölkerung in Stadt und Land.

Während der Altersaufbau unseres Volkes in der Zeit vor dem Kriege keinerlei grundsätzliche Veränderungen erfahren hatte, bahnte sich nach der Jahrhundertwende insofern eine Wandlung an, als die mittleren und älteren Jahrgänge zahlenmäßig zunahmen, die jüngeren dagegen eine Schwächung erfuhren.[9]) Schuld an dieser Aenderung des Gefüges der Bevölkerung war der Umstand, daß der Kreislauf der Geburten- und Sterbefälle durchgreifende Störungen erfahren hatte.

Auf 1000 unserer Bevölkerung entfielen Personen:[10])

Jahr	unter 14 Jahren	v. 14—65 Jahren	v. 65 Jahren u. darüber
1910	318	632	50
1925	237	705	57
1933	230	700	70

8) W. u. Stat. 1935, Nr. 8, S. 272 ff.
9) Burgdörfer a. a. O. S. 115.
10) W. u. Stat. 1935, Nr. 6, S. 195.

Der Gesamtanteil der Kinder ist von 19,6 Millionen (im Jahre 1910) auf 15,4 Millionen zurückgegangen. 1910 lebten noch beinahe 7 mal soviel Kinder als alte Leute; 1933 waren es nur noch 3 mal soviel. Während von 100 Einwohnern im Jahre 1910 noch 32 im Alter bis zu 14 Jahren standen, waren es Ende 1933 nur 23.

Dagegen hat die Schicht der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung überall, zum Teil recht erheblich, verstärkt. Der Anteil der Erwerbspersonen beträgt heute mehr als doppelt so viel wie im Jahre 1882.

Auch in der Gruppe der alten Leute (über 65 Jahre) ist seit der Vorkriegszeit eine ständige Zunahme festzustellen. Trotzdem steht Deutschland heute im Verhältnis zu Frankreich, Schweden, Dänemark, Belgien und England relativ günstig da: sein Anteil beträgt — prozentual — nur die Hälfte dessen von Frankreich[11]) und war in früheren Jahren (infolge der Auswanderung) schon wesentlich höher.

Auf 1000 der Bevölkerung entfielen über 60 Jahre:

im Jahre 1871	77 Personen
im Jahre 1885	81 Personen
im Jahre 1890	80 Personen

Ueberalterung kann deshalb heute nur bedeuten, daß nicht genügend Jugend in Deutschland vorhanden ist.

In der Altersstruktur der Bevölkerung von Stadt und Land bestehen aber wegen der unterschiedlichen Geburtenhäufigkeit und der Wanderungen erhebliche Unterschiede. Entsprechend den höheren Geburtenziffern auf dem Lande ist der Unterbau der Alterspyramide für die ländliche Bevölkerung erheblich breiter als für die Gesamtbevölkerung. Das Gewicht der jüngeren Altersklassen erhöht sich noch durch die Abwanderung vom Lande, die sich naturgemäß in der Hauptsache auf die im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen erstreckt. Diese (etwa 20—60jährigen) Jahrgänge sind deshalb bei der ländlichen Bevölkerung erheblich schwächer vertreten als im Reichsdurchschnitt. Die älteren Jahrgänge sind dann wieder stärker besetzt.

Das Gegenstück zum Altersaufbau der ländlichen Bevölkerung bildet die Altersstruktur der Großstadtbevölke-

11) Burgdörfer a. a. O. S. 389.

rung. Der Unterbau der Alterspyramide (Burgdörfer spricht hier von einer Urne) ist hier erheblich schmaler als im Reichsdurchschnitt. Dagegen weisen die Jahrgänge der in voller Arbeitskraft stehenden Personen in Folge der Zuwanderung vom Lande eine sehr starke Besetzung auf. Die älteren Jahrgänge sind dann wieder schwächer vertreten, z. T. deswegen, weil viele Zugewanderte im Alter wieder aufs Land zurückkehren.

In den Gemeinden mit 2000—10 000 Einwohnern weicht der Altersaufbau nicht erheblich vom Reichsdurchschnitt ab.

5. Die Geschlechtsgliederung der Bevölkerung in Stadt und Land.

Eine erhebliche Abweichung vom Reichsdurchschnitt, hervorgerufen in erster Linie durch die Abwanderung in die Städte, zeigt ferner das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter in Stadt und Land. So hat sich besonders seit der Vorkriegszeit die Verteilung des Frauenüberschusses auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen geändert. Während im Jahre 1910 der Ueberschuß in den Kleinstädten am niedrigsten war, ist er in der Nachkriegszeit in den ländlichen Gemeinden am niedrigsten und steigt mit zunehmender Größe der Gemeinden rasch an. Der Unterschied zwischen dem Lande und den größeren Städten hat sich dabei in der Zeit zwischen den beiden Nachkriegszählungen noch erheblich vergrößert, da der Rückgang des Frauenüberschusses ausschließlich den ländlichen Gemeinden und den Landstädten zugute gekommen ist. In den Großstädten dagegen ist der Frauenüberschuß in unverminderter Stärke stehen geblieben. So entfällt der im Reichsdurchschnitt (1933) gemessene Frauenüberschuß von 59 Frauen auf 1000 Männer ausschließlich auf die Städte. Es kommen auf Gemeinden:[12])

bis	500	Einwohner	auf 1000 Männer	984 Frauen
bis	2000	Einwohner	auf 1000 Männer	1002 Frauen
über	2000	Einwohner	auf 1000 Männer	1088 Frauen
über	500 000	Einwohner	auf 1000 Männer	1113 Frauen
in Berlin			auf 1000 Männer	1169 Frauen

In den Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern ist sogar ein recht beträchtlicher Männerüberschuß vorhanden. In den höheren Größenklassen setzt dann aber mit bemer-

12) W. u. Stat. 1934 Nr. 5, S. 160.

kenswerter Regelmäßigkeit ein Frauenüberschuß ein; am höchsten ist er in den Großstädten, wo er mit 114 Frauen auf 1000 Männer fast das Doppelte des Reichsdurchschnitt (59 a. T.) beträgt. Von dem insgesamt im Deutschen Reich vorhandenen Frauenüberschuß von rund 1,9 Millionen entfallen rund 1,1 Millionen (57%) auf die Großstädte. Am höchsten ist er in Berlin, wo er mit 169 a. T. fast das Dreifache des Reichsdurchschnitts erreicht. Den 1 956 015 Männern stehen hier 2 286 486 Frauen gegenüber. Diese Entwicklung in der Verteilung des Frauenüberschusses ist zum großen Teil auf die Wanderungen zurückzuführen. Aus den ländlichen Gemeinden gehen insbesondere auch junge Mädchen in erheblicher Zahl in die Städte, um dort als Hausangestellte oder Arbeiterinnen Erwerb zu suchen.

Das Verhältnis von Mädchen und Knaben ist bis zum 16. Lebensjahre in Stadt und Land etwa gleich. Von hier ab macht sich jedoch ein steigender Frauenmangel auf dem Lande und ein Frauenüberschuß in den Städten, besonders den Großstädten, bemerkbar. Das zahlenmäßige Mißverhältnis der Geschlechter in Stadt und Land ist im 21. Lebensjahr (Geburtenjahrgang 1912) am stärksten. Hier kommen auf 1000 Männer nur 862 Frauen, während in den Großstädten das Verhältnis 1000 : 1122 ist. Bedenklich ist, daß das Mißverhältnis der Geschlechter während der besten Heiratsjahre (in Folge der Abwanderung) besonders groß ist. Auf dem Lande kommen auf 1000 Männer im Alter von 17—33 Jahren nur 901 Frauen, in den Großstädten dagegen 1092. Vom 34. Jahre ab bis etwa zum 45. Jahre macht sich in den Großstädten der durch den Krieg entstandene Frauenüberschuß besonders bemerkbar.[13])

II. Wirkung auf die Wachstumskräfte.

Die grundstürzenden Wandlungen im Volksgefüge, wie sie in der Industrialisierung und Verstädterung zum Ausdruck kommen, mußten naturgemäß auch die ganze Bevölkerungsentwicklung beeinflussen. Die starke Umwälzung in der Bevölkerungsschichtung hat denn auch tiefgreifende Rückwirkungen auf das Geburtenproblem ausgeübt und eine

13) W. u. Stat. 1934 Nr. 5, S. 160 ff.

starke volksbiologische Gefährdung gebracht. Volkswirtschaft bedeutet nun einmal Schicksalsgemeinschaft, und auf die Dauer kann eine Volkswirtschaft nicht ungestraft einem Gebiet Menschen entziehen um sie an einzelnen Orten zusammenzupferchen. Das zeigt sich schon im Altertum, wo die Babylonier, das älteste Kulturvolk der Erde, durch den Geburtenrückgang, der schlimmer wütete als Kriege und Seuchen, restlos ausgetilgt wurden; ähnlich die alten Aegypter. In Griechenland begann der allgemeine Geburtenrückgang während des Peloponnesischen Krieges, in Rom setzte er zwischen dem 2. und 3. Punischen Kriege ein. Die Folge war eine Verödung des Landes, die in Griechenland begann und später auf Rom übergriff. „Das römische Volk, das einst so herrliche Waffentaten vollbracht hatte, war verschwunden, hatte sich selbst ausgetilgt. Seine früheren Sklaven, seine fremden Söldnerscharen hatten das Erbe angetreten . . ." (Korherr).

Im abendländischen Kulturkreis machten sich die ersten Anzeichen des „internationalen Geburtenstreiks" (Kahn) in Frankreich bemerkbar. Dieses war im Mittelalter bis etwa zur französischen Revolution auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht die „grande nation", das volkreichste Land Europas gewesen und umfaßte zur Zeit Ludwigs XIV. (bei einer Geburtenziffer von 40 p. T.) noch ein Drittel der Bevölkerung Europas.

Aber schon ausgangs des 18. Jahrhunderts trat in dem damals auch geistig führenden Frankreich der Geburtenrückgang seine Herrschaft an und ließ die Geburtenziffer von 38,4 p. T. (in den Jahren 1783—89) auf 32,3 p. T. bis zur Jahrhundertwende sinken. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Frankreich als einziges europäisches Land eine Geburtenziffer von unter 30 auf 1000. In den Jahren 1871—80, zu einer Zeit, wo Deutschlands Geburtenziffern noch am höchsten waren (etwa 38 p. T.), betrug die französische Geburtenziffer nur noch 25,4 p. T., und im Jahre 1913 hatte Frankreich — wiederum als einziges Land Europas — eine Geburtenziffer unter 20 p. T., die bis zum Jahr 1933 auf 16,3 p. T. absank.[14])

14) Heute hat Deutschland auf einer Fläche, die 80000 qkm kleiner ist als die Frankreichs, über 66 Mill. Einw., während Frankreich trotz der Einverleibung Elsaß-Lothringens nur etwa 41 Mill. Einw. zählt und nur 1/12 der Bevölkerung Europas umfaßt. (Korherr, Südd. Monatshefte 1927, H. 3, S. 164.)

In Deutschland setzte der Geburtenrückgang bereits um die Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ein, zu einer Zeit also, wo es wirtschaftlich und politisch auf der Höhe seiner Macht stand. Das klingt zunächst wenig glaubhaft, ist doch gerade das 19. Jahrhundert durch einen nie geahnten Bevölkerungsaufschwung gekennzeichnet und legt doch die Statistik noch Jahr für Jahr von zunehmender Bevölkerungszahl und einer immer stärkeren Volksdichte Zeugenschaft ab. Schließlich erreichte der absolute Geburtenüberschuß erst nach der Jahrhundertwende seinen höchsten Punkt (im Jahre 1906 = 910 275). Doch durch diese absoluten Zahlen darf man sich nicht über die „verhüllten Tatsachen" (Kahn) hinwegtäuschen lassen: daß nämlich die relative Geburtenziffer (Geburtenzahl auf 1000 der Bevölkerung berechnet) mit dem verschärften Einsetzen von Industrialisierung und Verstädterung, genau genommen seit dem Jahre 1876 bis in unsere jüngste Zeit hinein ständig gesunken ist, und daß die Zunahme der Bevölkerung hauptsächlich auf das gleichzeitige Sinken der Sterbeziffern zurückzuführen war.

1. Geburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß seit der Reichsgründung.

Im Jahre 1876—80 entfielen in Deutschland auf 1000 der Bevölkerung noch 39,3 Lebendgeborene, im Jahre 1913 nur noch 27,5. Demgegenüber nahmen die absoluten Zahlen sowie der Geburtenüberschuß bis zum Weltkrieg in Folge des Rückgangs der Sterblichkeit beständig zu.

Fielen Anfang der 80er Jahre von 1000 Bewohnern noch mehr als 26 jährlich dem Tod zum Opfer, so verminderte sich diese Ziffer infolge Abnahme der epidemischen Krankheiten und Besserung der hygienischen Verhältnisse bis auf 15,0 p. T. im Jahre 1913. Dann aber konnte die Sterbeziffer in dem Wettlauf mit der immer schneller fallenden Geburtenziffer nicht mehr Schritt halten. So kam es zunächst zu einem Stillstand, in den letzten Jahren vor dem Kriege zu einem Rückgang in der Höhe des Geburtenüberschusses.

Der Krieg brachte eine einschneidende Wendung. Die Gesamtzahl der Geborenen, schon kurz vor dem Kriege in steter Abnahme begriffen, ist von 1915—1919 infolge Ausfalls an Eheschließungen wegen Abwesenheit der Männer im Felde sturzartig gefallen (1917 wurden nicht halb so viel Kinder ge-

boren wie 1913). Der Geburtenausfall während des Krieges wird auf 3—4 Millionen geschätzt.

Die Sterblichkeit während des Krieges war — abgesehen von den 2 Millionen Gefallenen und Vermißten — infolge der Blockade sehr hoch. Schließt man die Gefallenen noch mit ein, so ergibt sich schon für das Jahr 1915 ein Sterbeüberschuß von 1,0 p. T., der sich bis 1918 auf 10,5 p. T. steigerte.

Der hohe Ausfall der Geburten während des Krieges war naturgemäß nur eine vorübergehende Erscheinung, und die Geburtenzahl ist auch in allen am Krieg beteiligt gewesenen Ländern danach wieder angestiegen. Jedoch gelang es bis heute keinem der Länder Mittel- und Westeuropas mehr, die frühere Höhe in der Geburtenzahl zu erreichen: der „Heiratsepidemie" nach dem Kriege war keine „Geburtenepidemie" gefolgt, und der Anstieg in den beiden Nachkriegsjahren ist nur natürlich, da nach Kriegsende rund 3 Millionen getrennter Ehepaare wieder vereinigt wurden. Seither nahm die Geburtenziffer wieder beständig ab und betrug im Jahre 1933 nur 14,7 p. T.; der Geburtenüberschuß schmolz von 1922 bis 1932 auf genau die Hälfte (8,6 p. T. : 4,3 p. T.). Damit schwand der natürliche Zusammenhang zwischen Heirats- und Geburtenziffer immer mehr.

Die Sterbeziffern in den Nachkriegsjahren halten sich im allgemeinen unter dem Stand der Vorkriegszeit. Es starben (auf 1000 der Bevölkerung) i. J. 1927 = 12,0, i. J. 1933 = 11,2 gegenüber 15,6 i. J. 1912. Diese im ganzen günstige Entwicklung ist aber neben der fortschreitenden ärztlichen Kunst und der Besserung der Ernährungsverhältnisse im wesentlichen auf den immer günstiger gewordenen Altersaufbau des deutschen Volkes: relativ wenig kleine Kinder, viele im erwerbsfähigen Alter Stehende, zurückzuführen.

Deshalb ging Burgdörfer daran, den Volkskörper von den Zufälligkeiten des Altersaufbaus zu „bereinigen", wodurch die an und für sich niedrigen Geburtenziffern sich noch verringern, die Sterbeziffern dagegen sich erhöhen. Burgdörfer legt seinen Berechnungen eine sog. „stationäre" Bevölkerung, deren Altersaufbau er an Hand der Sterbetafeln gewissermaßen genormt hat, zugrunde. Dann ergibt sich schon für das Jahr 1927 eine Sterbeziffer von 17,4 p. T. statt der bereinigten Ziffer von 12,0 p. T. Anstelle der rechnerischen Geburtenüberschüsse ergibt sich seit mehreren Jahren eine passive Lebensbilanz und zwar statt des scheinbaren Ge-

burtenüberschusses von 6,4 p. T. im Jahre 1927 errechnet Burgdörfer ein Geburtendefizit von — 1,5 p. T., statt desjenigen von 4,3 p. T. im Jahre 1932 einen Geburtenmangel von — 5,1 p. T.[15])

So war in steigendem Maße die Fortpflanzung gleichsam auf das Wirtschaftliche übertragen worden, wodurch eine „rationelle" Kindererzeugung erzielt wurde. Das geht aus folgender Gegenüberstellung hervor: nach den deutschen Sterbetafeln für die Jahre 1871—72 bis 1880—81 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen 33,58 Jahre beim männlichen und 38,45 Jahre beim weiblichen Geschlecht. Nach den allgemeinen Sterbetafeln für 1933 sind es jedoch 59,8 bezw. 62,2 Jahre. Die Zunahme der Lebensdauer beträgt mithin beim männlichen Geschlecht 78%, beim weiblichen 63%. Das bedeutet, daß allein durch die Verlängerung der Lebensdauer die deutsche Bevölkerung seit der Reichsgründung um etwa 70% gestiegen ist.

Diese für das Reich geschilderte Gesamtentwicklung — und besonders das starke Absinken der Geburtenziffern — war aber nicht in allen Teilen einheitlich, sondern wies, je nachdem mehr ländliche oder städtische Verhältnisse vorherrschten, große Unterschiede auf.

2. Geburten und Sterbefälle getrennt nach Stadt und Land.

In Deutschland ging schon vom Jahrfünft 1876/80 ab bis zur Jahrhundertwende (1896—1900) die relative Geburtenziffer der Stadtbevölkerung um rund ⅙ zurück. Im Jahrfünft 1906/10 liegt die allgemeine Geburtenziffer bereits um 13% bezw. 14% unter dem Niveau von 1896/1900.[16])

Im Gegensatz zu den Städten verhielt sich die Geburtenhäufigkeit in den Landgemeinden bis zur Jahrhundertwende sehr beständig. Dann allerdings — um das Jahr 1905 — als der Geist der Verstädterung auch auf das flache Land überzugreifen begann, setzt auch hier auf dem „einzigen Aktivposten in der Lebensbilanz unseres Volkes" (Burgdörfer) der Geburtenrückgang ein.

---

15) Die bereinigte Sterbeziff. dürfte jedoch von B. zu hoch angesetzt sein Der Untersch. zw. d. bereinigten u. d. tatsächl. Sterbeziff. hat sich von 1925—33 sehr vermindert. Denn die tatsächl. Sterbeziff. ist von 12,0 ‰ (1921) auf 11,0 ‰ (1931—34) gesunken, obwohl die Zahl der über 65jähr. um 27,5 % höher war als 1925 (Dt. Wirtsch. Ztg. 1935 S. 846).

16) Burgdörfer a. a. O. S. 13.

Die Sterblichkeit vor 100 Jahren war in den damaligen Städten und besonders in den Großstädten eine ungleich höhere als auf dem Lande.[17]) Aber im Laufe des letzten Jahrhunderts sank die Sterblichkeit — besonders mit dem Einsetzen der Ortshygiene — in den Städten schneller als auf dem Lande, so daß der Unterschied immer geringer wurde.[18]) In den letzten Vorkriegsjahren war die Sterblichkeit der Landbevölkerung in Preußen sogar größer als die der Stadtbevölkerung.

Da eine Statistik über den deutschen Geburtenverlauf getrennt nach Stadt und Land nicht besteht, ist man auf die Erhebungen der einzelnen Länder angewiesen, die allerdings weitgehende Rückschlüsse für den Verlauf im Reich zulassen. Die vom Preuß. Stat.-Landesamt[19]) angestellten Erhebungen lassen deutlich erkennen, wie die höheren ländlichen Geburtenziffern sich im Laufe der Jahre an das niedrige Niveau der in der Abwärtsentwicklung stark vorausgeeilten städtischen Geburtenziffern angeglichen haben.

Vergleichende Fruchtbarkeit der Stadt- und Landbevölkerung in Preußen.

Auf 1000 der Bevölkerung entfielen:

Jahr	Geborene einschl. Totgeborene		Gestorbene ohne Totgeborene	
	Stadt	Land	Stadt	Land
1912	26,2	33,0	15,2	15,7
1931	15,1	18,3	12,1	9,7

Bei der Stadtbevölkerung hat von 1912—1931 ein Rückgang der Geborenen (einschl. der Totgeborenen) von 26,2 auf 15,1 p. T. stattgefunden, bei der Landbevölkerung von 33,0 p. T. auf 18,3 p. T. Die Differenz zwischen Stadt und Land, die früher 7 betrug, ist bis zum Jahre 1931 auf 3 abgesunken.[20])

17) Man denke nur an die schlechten Wohn- und Straßenverhältnisse in den damaligen Städten, die nicht gereinigten Kloaken, das schlechte Brunnenwasser u. a. m.

18) In Berlin ist z. B. mit der im Jahr 1876 beginnenden Kanalisation ein auffälliger Rückgang der Todesfälle an Brechdurchfall, Ruhr und Typhus zu beobachten. (Grimm.)

19) Ztschrft. d. Preuß. Stat. Landesamtes 1933 S. 408b.

20) Vor allem im Land Sachsen haben sich d. ländl. Geb.-Ziff. den niedr. städt. Geb.-Ziff. weitgehend angeglichen. (Burgdörfer a. a. O. S. 17.)

Die Sterbeziffern der Landbevölkerung in Preußen liegen in den Nachkriegsjahren etwas unter denen der Stadtbevölkerung, ohne daß ein nennenswerter Unterschied besteht. Heute ist die Säuglingssterblichkeit in den Städten und besonders den Großstädten zwar geringer als auf dem Lande. Vom 4. Lebensjahr ab aber ist die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts in den Städten und besonders den Großstädten erheblich größer als auf dem Lande und bleibt dauernd höher, während das weibliche Geschlecht in den Städten besser abschneidet. Die auf dem Land geborenen Knaben leben heute (nach den allgemeinen Sterbetafeln) rund ein Jahr länger als die in den Großstädten geborenen und auch die 60jährigen Männer auf dem Lande leben immer noch ein Jahr länger als die gleichaltrigen Männer in der Großstadt.[21]) So wird die günstige Sterblichkeit der Neugeborenen und der kleinen Kinder in den Großstädten durch die höhere Sterbenswahrscheinlichkeit der männlichen Bevölkerung in den folgenden Lebensjahren wieder mehr als ausgeglichen. Trotzdem schneidet das Land bei einer statistischen Gegenüberstellung mit der Stadt zu ungünstig ab. Denn man darf nicht übersehen, daß infolge der höheren Geburtenziffer die vielgefährdeten jüngeren Jahrgänge auf dem Lande besonders zahlreich vertreten sind, so daß die Sterblichkeit der ländlichen Bevölkerung dadurch erhöht wird. Auch wandern in der Regel gerade die im gesundesten Alter stehenden Jahrgänge in die Städte ab. Gerade diese beiden Tatsachen sind auch bei der heute etwas höher liegenden ländlichen Sterbeziffer im Reich zu berücksichtigen.

Schließlich wurden bisher die Geburten und Sterbefälle denjenigen Gemeinden zugeteilt, in denen sie vorgekommen und demgemäß standesamtlich registriert sind und nicht den Wohnorten der Verstorbenen und der Eltern der Geborenen. So wurden bei der ständig zunehmenden Inanspruchnahme der städtischen Krankenhäuser und Entbindungsanstalten durch die Landbevölkerung zahlreiche Geburten und Sterbefälle der Landbevölkerung den Städten zugezählt.[22]) Dadurch wurden die Geburten und Sterbefälle der Landbevölkerung

21) zit. n. Soz. Praxis 1936 H. 17, S. 491 ff.

22) In welchem Maße dies der Fall war, erhellt, wenn man bedenkt, daß i. J. 1933 i. Pr. 16,1 % d. Geb. Anstaltsgeb. waren, in den Großstädten (o. Berlin) 36,1 %. (Dr. K. Pohlen i. Reichsgesdbl. 1935 Nr. 117.)

vermindert, die entsprechenden Zahlen für die Städte aber unberechtigt erhöht.[23])

Um diese Fehler weitgehend auszuschließen, hat das Stat. Reichsamt deshalb erstmalig im Jahre 1933 die Gliederung der Bevölkerungsvorgänge in Stadt und Land auf Grund des Wohnortsprinzips durchgeführt.

3. Geburten und Sterbefälle im Jahre 1933 getrennt nach Gemeindegrößenklassen.

Für die Gliederung nach Stadt und Land sind 3 Gemeindegruppen gebildet worden. Die Gruppe des flachen Landes ist wie bisher auf die Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern beschränkt. Die Großstädte auf Orte über 100 000 Einwohner. Die Zwischengruppe der Gemeinden mit 2000—100 000 E. ist nicht weiter aufgegliedert worden, weil eine reinliche Trennung nach Gemeinden mit ländlichem und städtischem Charakter nicht zu erzielen ist. Für das Jahr 1933 ergibt die Auszählung folgendes:

Gemeinden mit Einw.	Wohnbevölk. i. % am 16. 6. 1933	Lebendgeb. i. %	Sterbefälle i. %	Geb.-Übersch. i. %
unter 2000	33,3	40,9	34,6	61,4
2000—100000	36,3	36,0	35,6	37,0
100000 u. darüb.	30,4	23,1	29,8	1,6

Der Bevölkerungszahl nach sind die 3 Gruppen fast gleich groß. Auf jede Gruppe entfällt annähernd ⅓ der Wohnbevölkerung. Diesem Verhältnis entsprechen die Anteile der einzelnen Gemeindegruppen an der Gesamtzahl der Sterbefälle ziemlich genau. Lediglich die ländliche Bevölkerung hat eine etwas höhere Sterbeziffer als die Bevölkerung der übrigen Gemeinden (11,6 a. T. gegenüber 11,0 in den Gemeinden mit 2000—100 000 Einwohnern und in den Großstädten). Dies ist auf die stärkere Besetzung der gefährdeten Altersklassen (mehr Kinder, relativ mehr alte Leute) zurückzuführen.

23) Aber auch die Sonderstat. d. Großstädte u. d. Gemeinden mit über 15000 Einw. gibt — wegen ihrer einseit. Aufbereitung — kein genaues Bild. (W. u. Stat. 1935 H. 2.)

Von den i. J. 1933 Geborenen kamen 40,9% in den Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern, 36% in den Gemeinden mit 2000—100 000 Einwohnern und 23,1% in den Großstädten zur Welt. In den Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern wurden also bei etwa gleicher Bevölkerungszahl fast doppelt soviel Kinder wie in den Großstädten geboren. Die auf 1000 der Bevölkerung berechnete Geburtenziffer betrug demnach in den Gemeinden

mit	2 000—100 000	Einwohnern	14,5
unter	2 000	Einwohnern	18,0
über	100 000	Einwohnern	11,2[24])

Man erkennt aber auch, wie der Geburtenstreik schon die kleinsten Dörfer befallen haben muß, wenn selbst die Gemeinden von unter 2000 Einwohnern i. J. 1933 nur noch eine Geburtenziffer von 18,0 p. T. aufwiesen, während um die Jahrhundertwende im gesamten Reichsdurchschnitt noch 36 p. T. gemessen wurden.

Wichtig ist noch die Frage, wie weit die Fortpflanzungshäufigkeit der Bevölkerung in Stadt und Land und der verschiedenen Gegenden des Reiches noch zur Erhaltung ihres eigenen Bevölkerungsstandes ausreicht. Man hat hier zu berücksichtigen, daß die rohen Geburtenziffern durch den gegenwärtig sehr günstigen Altersaufbau der Bevölkerung über ihren Wirklichkeitswert beträchtlich erhöht werden. Auf Grund früherer Berechnungen kann man ungefähr angeben, daß eine rohe Geburtenziffer von 21 a. T. zur Erhaltung des Volksbestandes ausreichen würde.[25]) Danach lag i. J. 1933 bei einer rohen Geburtenziffer von 14,7 a. T. im Reichsdurchschnitt ein Geburtenfehlbetrag von 30% vor, bei der Großstadtbevölkerung von 50% und den Gemeinden von 2000—100 000 Einwohnern ein solcher von 31%.[26]) Aber auch bei der Landbevölkerung mit einer Geburtenziffer von 18 p. T. war ein Fehlbetrag von 10% vorhanden. Das war die biologische Abschlußbilanz des Zwischenreiches: auch das Land stellte im Jahre 1933 keinen „Aktivposten in der Lebensbilanz unseres Volkes" mehr dar.

---

24) W. u. Stat. 1935 Nr. 2, S. 77.

25) F. d. ländl. Bev. kann man diese Ziff. mit ca. 20 festsetzen, f. d. Großstädte mit 22—23 (W. u. Stat)

26) Ledigl. i. Oberschl. erreichte d. Fortpflanzungshäufigkeit dieser Gemeinden das Geburtensoll (21,3 ‰).

Auch eine nähere geographische Untersuchung zeigt, daß die Geburtenziffer um so höher ist, je mehr noch ländliche Verhältnisse vorherrschen. Eine ausreichende und zum Teil noch darüber hinausgehende Fortpflanzungshäufigkeit wurde im Jahre 1933 noch in allen ostpreußischen Gemeinden unter 2000 Einwohnern, ferner im Osten Deutschands in den Bezirken Köslin, Schneidemühl, Breslau und Oberschlesien, im Nordwesten des Reiches in den Bezirken Aurich und Osnabrück und im Landesteil Oldenburg, sowie in den bayrischen Bezirken Niederbayern und Oberpfalz festgestellt. In weiten Gebieten Mittel- und Westdeutschlands war dagegen auch die Fortpflanzung der Landbevölkerung im Jahre 1933 sehr unzureichend (weniger als 16 Lebendgeborene auf Tausend der Bevölkerung).

4. Kinderzahl der verheirateten Frauen im Jahre 1933 in drei Gemeindegrößenklassen.

Den Mangel, daß bisher keine Statistik über den Geburtenverlauf im Reich getrennt nach Stadt und Land vorlag, hat das Stat. Reichsamt durch eine Sonderermittlung zu beheben gewußt, welche die Gesamtheit der Ehefrauen nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder in 3 verschiedenen Gemeindegrößenklassen aufteilt. Auch aus dieser Untersuchung geht deutlich hervor, wie mit steigendem Verstädterungsgrad die Kinderzahl abnimmt.

Bei der Volkszählung am 16. 6. 1933 hatten von 100 Ehefrauen:[27])

In den Gemeind. mit Einw.	in der jetzigen Ehe geborene Kinder					
	0	1	2	3	4	5 u. mehr
unter 2000	13,4	19,3	19,5	14,2	9,9	23,7
2000—100000	18,7	23,4	20,4	12,9	8,0	16,6
100000 u. mehr	27,5	26,4	19,4	10,6	5,0	10,2
überhaupt	19,9	23,2	19,8	12,5	7,9	16,7

In den Großstädten war demnach der Anteil der kinderlosen Frauen mehr als doppelt so hoch wie in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern. Der Anteil der kinderreichen Ehen war aber auf dem Lande erheblich höher als in den Groß-

27) W. u. Stat. Sonderhft. 15, S. 9 ff.

städten. Nur der Anteil der Ehen mit 2 Kindern ist in sämtlichen 3 Gemeindegrößenklassen fast der gleiche gewesen.

Der Unterschied in der Geburtenhäufigkeit zwischen Stadt und Land, insbesondere zwischen den Großstädten und den ländlichen Gemeinden ist noch klarer erkennbar, wenn die einzelnen Eheschließungsjahrgänge zum Vergleich herangezogen werden.

Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren und Kinderzahl (1933).

Eheschließungsjahre	In den Gemeinden mit Einwohnerzahlen											
	Weniger als 2000						100000 u. mehr					
	hatten von je 100 Frauen . . . Kinder geboren											
	0	1	2	3	4	5u.m.	0	1	2	3	4	5u.m.
1933	78,3	19,8	1,8	0,1	0,0	0,0	85,7	13,2	1,0	0,1	0,0	0,0
1930	22,0	47,6	24,5	4,9	0,8	0,2	48,5	38,8	13,8	1,7	0,3	0,1
1926	12,8	26,0	30,6	17,5	8,3	4,8	34,5	34,4	18,6	7,1	2,5	1,3
1925	12,4	23,3	29,8	18,2	9,5	6,8	33,5	33,4	20,4	7,6	2,8	1,9
1913	8,0	11,0	18,7	18,3	14,1	29,9	16,9	24,0	26,5	15,6	7,9	9,1
1908 –12	7,3	10,1	16,9	17,0	14,0	34,7	15,0	22,2	25,2	16,4	9,1	12,1
1907 u. früher	6,7	8,3	11,5	12,6	12,1	48,8	11,8	13,5	18,2	15,8	11,7	29,0
	13,4	19,3	19,5	14,2	9,9	23,7	27,5	26,4	19,4	10,6	5,9	10,2

W. u. Stat. S. H. 15, S. 9 ff.

Wie aus der Uebersicht zu entnehmen ist, erstreckt sich der stärkere Kinderreichtum in den ländlichen Gemeinden auf alle Ehedauergruppen. Bereits von den Ehen, die erst im Jahre 1933 selbst geschlossen worden sind und die im Höchstfall 5½ Monate bestanden haben, hatten auf dem Lande fast 22% Kinder aufzuweisen, in den Großstädten dagegen nur knapp 15%. Bis zum Eheschließungsjahr 1930 (also nach 3jähriger Ehedauer) ist der Anteilssatz der Frauen, die bereits mindestens ein Kind geboren haben, in den ländlichen Gemeinden auf 78% gestiegen; in den Großstädten war dagegen noch fast die Hälfte ohne Kinder geblieben. Etwa vom Eheschließungsjahr 1925/26 ab, d. h. nach 7- bis 8jähriger Ehedauer, steigt der Anteil der fruchtbaren Ehen auf dem Lande auf fast 90%; in der Vorkriegszeit betrug er sogar 93%.

In den Großstädten haben dagegen bei der Volkszählung von den Frauen, die 1925/26 geheiratet hatten, erst ⅔ Nach-

kommen gehabt. Dieser Anteilsatz verstärkt sich zwar weiterhin bei den früheren Eheschließungsjahren, erreicht jedoch niemals den der ländlichen Gemeinden. Auch bei den Ehen, die vor dem Kriege geschlossen worden sind, betrug der Anteil der fruchtbaren Ehen stets weniger als 90%, bei den Heiratsjahrgängen 1908—13 sogar nur 85%.

Von einer gewollten Kinderlosigkeit ist das Land demnach noch ziemlich verschont. In den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern hatten von den Frauen, die 1907 oder früher geheiratet hatten, noch fast die Hälfte 5 oder mehr Kinder; bei den Ehen, die kurz vor dem Kriege geschlossen worden sind, machte der Anteil der Ehen mit 4 und mehr Kindern nur 44% aus, bei den im Jahre 1923 geschlossenen nur noch 20%. Dem gegenüber ist der Anteil der kinderarmen Frauen auch in den kleinen Gemeinden beträchtlich gestiegen.

In den Großstädten dagegen machte bereits bei den Ehen des Jahres 1907 (und früher) der Prozentsatz der kinderreichen Ehen nur $^2/_5$ aus. Bis zum Kriege hatte sich der Anteil der Ehen mit mindestens 4 Kindern auf 17% vermindert; von den Ehen des Jahres 1923 hatten nur noch 5% 4 und mehr Kinder aufzuweisen. Der Anteil der kinderreichen Familien machte 1923 nur $^1/_4$ von dem der ländlichen Orte aus.

Die Geburtenentwicklung in den Orten mit 2000—100 000 Einwohnern stellt ungefähr den Mittelweg zwischen den ländlichen Gemeinden und den Großstädten dar und entspricht dem Reichsdurchschnitt ziemlich genau.

Daß die große Unterschiedlichkeit der Geburtenhäufigkeit in den einzelnen Gebietsteilen durch die Gliederung nach „Stadt und Land" aber nicht nur eine „örtliche" Erklärung findet, m. a. W. daß es nicht „die Stadt" oder „das Land" ist, was die Kinderzahl bestimmt, geht aus 2 Sonderuntersuchungen des Stat. Reichsamtes hervor, welche einmal die soziale Stellung des Familienoberhauptes und zum andern den Besitz von Grund und Boden hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Kinderzahl untersuchen.

5. Kinderzahl und soziale Stellung.

Beachtliche Abweichungen vom allgemeinen Durchschnitt hinsichtlich der Kinderzahl ergeben sich, wenn man die zusammenlebenden Ehepaare nach der sozialen und beruflichen Stellung des Familienoberhauptes gliedert.

Kinderzahl und soziale Stellung.

Von je 100 der untenbezeichneten Ehepaare hatten . . . Kinder 1913 und früher:

	1933		1913 u. früher	
	0	4 u. m.	0	4 u. m.
Bauern u. Landwirte	10,7	40,2	5,3	59,6
Landwirtsch. Arbeiter	13,5	34,4	5,5	66,1
Selbst. i. Handw., Ind. u. Handel	21,0	20,9	10,1	37,6
Arb. i. Ind., Handel u. öff. Dienst	20,2	20,3	8,3	46,6
Angest. i. Ind., Handel u öff. Dienst	28,8	10,6	11,9	27,4
Beamte	19,8	16,0	8,9	29,7
Ehepaare insgesamt	19,5	24,9	9,2	46,5

Während im gesamten Reichsdurchschnitt von je 100 Ehen rund 19%, also fast ⅕ kinderlos war, beziffert sich bei den Bauern und Landwirten der Anteil der kinderlosen Ehen nur auf rund 10%, der Anteil der Ehen mit 4 Kindern und mehr dagegen auf 40%. Vollständige Kinderlosigkeit ist unter den Bauernfamilien nur halb so häufig wie unter den Familien im Volksdurchschnitt.[28]) Nicht viel niedriger waren die Anteilsätze der landwirtschaftlichen Arbeiter, während sie vor einigen Jahren in Preußen sogar noch erheblich über denen der Landwirte lagen.[29])

Eine wesentlich geringere Kinderzahl als die Angehörigen der Landwirtschaft weisen dagegen die Selbständigen in Handwerk, Industrie und Handel, sowie die Arbeiter in Industrie, Handel und öffentlichem Dienst auf. In diesen beiden Gruppen macht der Anteil der kinderlosen Ehepaare etwa ein Fünftel des Gesamtbestandes aus, ist also ungefähr doppelt so groß wie bei den Bauern und Landwirten. Bei den nicht-landwirtschaftlichen Selbständigen und Arbeitern sind rund ⅔ der Ehen kinderlos oder kinderarm. Noch ungünstiger ist das Verhältnis bei den Beamten, von denen ebenfalls ⅕ ohne Kinder geblieben ist, während mehr als die Hälfte nur ein oder zwei Kinder haben. Nur knapp 16% der Beamtenfamilien hatten im Laufe ihrer Ehe 4 oder mehr Kinder bekommen.

28) Der Prozentsatz unfruchtbarer bäuerlicher Ehen würde demnach dem Erfahrungssatz ungewollter Fruchtbarkeit (etwa 10% aller Ehen werden als steril angenommen) entsprechen. (Burgdörfer i Z. f. Rassenkunde 1935 H. 2, S. 113).

29) E. Kahn i. „Die Wirtschaftskurve" H. 1, 1931 S. 80 ff.

Am weitesten verbreitet sind Kinderlosigkeit und Kinderarmut bei den Angestellten in Industrie, Handel und öffentlichem Dienst. Von den Ehen dieser Gruppe hatten 28,3% überhaupt keine Kinder, 41% nur 1 oder 2 Kinder, während auf nur 10% 4 oder mehr Kinder entfielen.

Die große Unterschiedlichkeit in der Kinderzahl gilt schon für Ehen, die bereits vor dem Kriege geschlossen worden sind. So waren von den Paaren die 1913 und früher geheiratet haben (die also bei der Volkszählung 1933 bereits einen gemeinsamen Lebensweg von mindestens 20 Jahren hinter sich hatten), bei den Angehörigen der Landwirtschaft nur etwas über 5% ohne Kinder; dagegen betrug der Anteil der kinderlosen Ehen bei den gewerblichen Arbeitern und den Beamten zu jener Zeit bereits mehr als 8%, bei den Selbständigen in Handwerk, Industrie und Handel über 10% und bei den Angestellten fast 12%.

Umgekehrt hatten im Lauf ihrer Ehe bei den selbständigen Landwirten etwa 60%, bei den landwirtschaftlichen Arbeitern sogar 66% 4 und mehr Kinder bekommen, während der Anteil bei den Angestellten nur knapp 27,5% ausmachte.[30])

6. Kinderzahl und Bodenbesitz.

Auch die Gliederung der Ehen nach Kinderzahl und Bodenbesitz ist in diesem Zusammenhang besonders aufschlußreich.

Kinderzahl und Bodenbesitz.

Von je 100 der nebenbez. Ehepaare hatten . . . Kinder

	1933		1913 u. früher	
	0	4 u. m.	0	4 u. m.
Arbeiter i. Ind. usw. ohne Boden	25,9	14,3	11,6	38,6
„ „ „ „ mit „	13,0	27,8	5,4	53,4
Landarbeiter ohne	19,2	25,1	9,6	58,0
„ mit „	10,9	38,9	4,3	68,5
Bauern od. Landarb. m. e. Fläche v. ha				
bis 0,5	16,5	32,8	10,0	50,8
0,5—2	14,4	38,5	9,2	55,9
2—5	11,0	41,3	6,3	59,5
5—20	9,4	40,8	4,0	60,9
20—50	10,4	40,5	4,1	61,7
50—100	11,0	37,4	4,4	57,8
100 u. m. ha	13,0	32,9	6,5	49,6

W. u. St. 1935. S. H. 15.

30) W. u. Stat. 1935 Sonderheft 15, S. 16.

Unter den bodenbesitzenden Familien ist der Anteil der kinderlosen und kinderarmen Ehen erheblich geringer, der von kinderreichen dagegen erheblich größer als unter den Familien, die kein Land besitzen. Nicht eindeutig läßt sich diese Tatsache allerdings für die Industriearbeiter nachweisen. Der Grund und Boden der Industriearbeiter wird in der Regel nur ein Schrebergarten sein, und es entsteht die Frage, ob der Schrebergarten die Ursache des Kinderreichtums oder umgekehrt der größere Kinderreichtum Veranlassung zum Erwerb eines Schrebergartens ist. Beide Deutungen haben Berechtigung.[31])

Aber bei den Landarbeitern mit Bodenbesitz ist der Anteil der kinderlosen Ehen ebenso gering und der Anteil der kinderreichen Familien fast ebenso groß wie bei den Bauern und Landwirten. Gliedert man ferner die Bauernfamilien noch besonders nach der Größe ihres Betriebes und der Kinderzahl, so zeigt sich, daß bei den Klein- und Mittelbetrieben mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der kinderlosen Ehen zurückgeht und der Anteil der kinderreichen Familien steigt, daß aber bei Betrieben von über 20 ha mit weitersteigender Betriebsgröße die umgekehrte Entwicklung zu beobachten ist. Die kinderreichsten Familien sind jedenfalls diejenigen Bauernfamilien, deren Hof noch eine Bewirtschaftung mit eigenen Familienangehörigen zuläßt. Die größeren Betriebe, bei denen auf alle Fälle fremde Arbeitskräfte mit herangezogen werden müssen, sind nicht mehr so kinderreich wie die mittelbäuerlichen Betriebe. Diese Tatsache bestätigt die alte Erfahrung, daß die bäuerliche Familienwirtschaft von entscheidender Bedeutung auch für den Kinderreichtum der bäuerlichen Familie ist.

Diese Tatsache bleibt auch bestehen, wenn man die Ehedauer mit berücksichtigt. So war bei den Ehepaaren, die 1913 oder früher geheiratet hatten und die bei der Volkszählung keinen Boden bewirtschafteten, in sämtlichen sozialen Gruppen der Anteil der Kinderlosen ungefähr doppelt so hoch wie bei den Bodenbesitzenden.[32]) Umgekehrt ist der Anteil der Familien mit 4 und mehr Kindern bei den Nichtlandwirten ohne Boden um etwa ⅓, bei den landwirtschaftlichen Arbeitern ohne Deputatland um etwa ⅙ kleiner als bei denen mit Bodenbesitz.

---

31) Burgdörfer in Ztschrft. f. Rassenkunde 1935 H. 2 S. 118.

32) W. u. Stat. 1935 Sonderheft 15 S. 16.

7. Kinderzahl bei den deutschen Juden.

Der Einfluß der Verstädterung auf die Zahl der Nachkommenschaft läßt sich auch besonders augenscheinlich bei den Juden in Deutschland nachweisen.

Auch die Juden waren wahrscheinlich zunächst in Palästina Ackerbauern, offenbar Jahrtausende lang. Der Handel in Palästina lag damals ausschließlich in den Händen der Phönizier, welche die agrarischen Landesprodukte ausführten.[33]) Später fand aber ein großes Abströmen des Bevölkerungsüberschusses ins Ausland statt. Als man die Juden wiederfindet, sind sie meist von der Landwirtschaft völlig entfernt. Da die verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten, namentlich die von Ullmann, keine Degeneration der Juden ergeben, muß man vielmehr die eigentümliche gesellschaftliche Schichtung — nur 1,7% der Juden in Deutschland sind in der Land- und Forstwirtschaft tätig, in Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr dagegen 84,4%[34]) — für ihren geringen Nachwuchs verantwortlich machen.

Handel und Industrie lockten die Juden in die Städte, namentlich in die Großstädte. Allein in Berlin lebten im Jahre 1933 ⅓ aller Juden des Reiches, in den 5 Großstädten Frankfurt, Breslau, Hamburg, Köln und Leipzig zusammen rund ⅕ aller Juden des Reiches.[35]) Der prozentuale Anteil der Großstädter war

	bei den deutschen Juden	bei der deutschen Gesamtbevölkerung
1871	19,5%	4,8%
1933	70,6%	30,2%

So zeigt auch dieses Beispiel, wie die Verstädterung hemmend auf die Kinderzahl wirkt: die Geburtenzahl bei den Juden ist in den letzten 50 Jahren auf ⅓ ihrer früheren Höhe zurückgegangen und beträgt heute nur etwa die Hälfte derjenigen der Nichtjuden.

8. Bevölkerungsstatistische Auswirkungen der Siedlung.

Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, liegen die Geburtenzahlen umso höher, je mehr noch ländliche Ver-

33) Grimm a. a. O. S. 79. (Bestritten!)
34) W. u. Stat. 1935 Nr. 22 S. 824.
35) W. u. Stat. 1935 Nr. 4 S. 149.

hältnisse vorherrschen. Eine Erweiterung der bäuerlichen Grundlage unseres Volkes durch die Siedlung müßte daher das Geburtenproblem einer Lösung sehr viel näher bringen. In welchem Maße dies aber möglich ist, das hängt einmal von dem Ausmaß der bäuerlichen Siedlung ab und zum anderen von der Frage, mit welcher bedingt regelmäßigen Vermehrung der Bevölkerung durch die bäuerliche Siedlung gerechnet werden kann.

Diese Frage nach der bevölkerungsstatistischen Auswirkung der Siedlung ist trotz ihrer großen Wichtigkeit in der Siedlungsliteratur bisher wenig behandelt worden. Der Hauptgrund ist — abgesehen von den großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten — darin zu suchen, daß die Wirkungen eindeutig auch schwer erfaßbar sind.[36]) So weichen denn auch die bisherigen Einzeldarstellungen über die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der bäuerlichen Siedlung oft ganz erheblich von einander ab.

Auch in der Reichssiedlungsstatistik bis zum Jahre 1929 wurden die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der Siedlung nicht erfragt. Erst die Neuformulierung derselben vom Jahre 1929 bedeutet hier einen Fortschritt, der sich jedoch erst nach Jahren voll auswirken wird. Denn nicht so sehr auf die unmittelbare Verdichtung der Bevölkerung durch den Vorgang „Siedlung" kommt es an — diese Tatsache ist in den Diskussionen der letzten Jahre auch kaum ernsthaft bestritten worden — sondern darauf, ob die durch die Siedlung einmal erreichte Verdichtung im Laufe der Jahre auch anhält bezw. sich noch verstärkt.

Was zunächst den Nachweis der unmittelbaren Bevölkerungsverdichtung durch den Vorgang „Siedlung" betrifft, so liegen hierüber zwar verschiedene Untersuchungen vor, die aber nicht ausnahmslos auch den Anspruch der Gültigkeit im Sinne einer erheblichen Regelmäßigkeit machen können.

Daß die Siedlung nicht nur eine Umschichtung (Dezentralisation) der Bevölkerung, sondern eine wirkliche Auffüllung von Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte bewirkt, zeigen schon die Berichte der preußischen Ansiedlungs-

36) So stößt z. B. schon der Nachweis eines größeren Geburtenüberschusses der bäuerlichen Betriebe gegenüber den Großbetrieben auf Schwierigkeiten. Bes. i. Ostpr. steht in einer ganzen Reihe ausgespr. Großbetriebskreise der Geb.-Ueberschuß demj. d. bäuerl. Betriebe nicht nach. (Lang S. 699).

kommission aus den Jahren 1887—1905.[37]) Demnach wurde auf einer Fläche von 98 304 ha eine unmittelbare Bevölkerungsvermehrung von 29 769 auf 44 865 Menschen oder von 30 auf 46 je 100 ha (rund 53%) erreicht. Diese Zahlen würden noch höher liegen, so geht aus dem Bericht hervor, wenn die auf den aufgeteilten Gütern vorher ansässig gewesenen polnischen Landarbeiterfamilien nicht so außerordentlich kinderreich gewesen wären.

Zu auffallend hohen unmittelbaren Verdichtungsergebnissen gelangt eine Untersuchung von Dr. E. Keupp, der 23 Siedlungskolonien in Pommern dahingehend untersuchte.[38]) Bei gleichbleibender Fläche belief sich die Seelenzahl vor der Aufteilung auf 5576, nach der Aufteilung auf 9750, sodaß also durch den Vorgang „Siedlung" nahezu eine Verdoppelung der Bevölkerung eingetreten wäre.

Eine jüngere Ermittlung von Graf v. d. Goltz bestätigt diese zahlenmäßig hohen bevölkerungsstatistischen Auswirkungen an verschiedenen ostpreußischen Siedlungen.[39]) Das Ergebnis seiner Untersuchung aus den Jahren 1931/32 war, daß durch die Aufteilung sich sogleich eine Vermehrung der selbständigen Haushalte um mindestens 66% bis über 100% ergab.[40])

Auch Dr. Schroeter betont in seiner Untersuchung über Mecklenburg aus dem letzten Jahre, daß „das durchschnittliche Ergebnis eine prozentuale Bevölkerungsverdichtung von annähernd 80% ergäbe".[41])

Diese Ergebnisse finden aber in den Untersuchungen, die sich auf ein weit umfangreicheres Material stützen können, in dieser Höhe keine Bestätigung, sodaß ihnen wohl kaum „das Gesetz der großen Zahl" innewohnt. Trotzdem zeigt auch eine neuere, im Rahmen der Reichssiedlungsstatistik durchgeführte Sonderermittlung aus den Jahren 1929/34, anhand deren sich die auf den Siedlungsflächen untergebrachten Haushaltungen und die dazu gehörigen Personen vor und

37) Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 24 H. 8 S. 351.

38) Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 14 H. 4—6 S. 232 ff.

39) Ebenda Bd. 25 H. 1 S. 149 ff.

40) Daneben erwähnt er die durch die Aufsiedlung eingetretene Verjüngung des Familienbestandes, da infolge der Abwanderung sehr viel ältere Leute bei dem Gutsarbeiterstamm vorhanden waren.

41) Dr. Schroeter a. a. O. S. 4. Er weist allerdings darauf hin, daß diese aus wenigen Beispielen genommene Stichzahl etwas hoch sei.

nach der Besiedlung vergleichen lassen, daß die unmittelbaren bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der Siedlung heute günstiger liegen als ausgangs des vorigen Jahrhunderts.

Die Ermittlung des statistischen Reichsamtes, die sich auf Ostdeutschland erstreckt, umfaßt insgesamt 148 besiedelte Güter in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, der Grenzmark Posen-Westpreußen, Brandenburg und Schlesien. Davon wurden 28 besiedelte Güter im Jahre 1934, 33 im Jahre 1933 und 87 in den Jahren 1929/32 abgeschlossen. Die Gesamtfläche dieser Güter betrug 62 533 ha, das sind etwa 13% der in den Jahren 1929/34 in Ostdeutschland besiedelten Fläche.

Auf den Gütern waren vor der Besiedlung im ganzen 2692 Haushaltungen mit 12 181 Personen untergebracht. Nach Abschluß der Besiedlung betrug die Zahl der selbständigen Haushaltungen (Neusiedlerstellen) insgesamt 4283 und die Zahl der dazugehörigen Personen 20 006. Die Zahl der Haushaltungen hat somit um 1591 oder um 59,1% und die Personenzahl um 7825 oder 64,2% zugenommen. Darunter waren vor der Besiedlung 3966 Kinder unter 14 Jahren; nach der Besiedlung betrug die Zahl der Kinder 6178; sie hatte um 2212 oder 55,8% zugenommen.

Die Bevölkerungsdichte auf 1 qkm berechnet, betrug vor der Besiedlung 19,5 Personen, nach der Besiedlung 32 Personen. „Unter ostdeutschen Verhältnissen läßt sich somit die unmittelbare Bevölkerungsverdichtung durch den Vorgang „Siedlung" bei den z. Zt. geltenden Siedlungsrichtlinien etwa mit 50—60% angeben."[42])

Es pflegt überdies noch eine „zusätzliche" Verdichtung hinzuzukommen; zur Befriedigung des Bedarfs der stark vermehrten selbständigen Haushalte machen sich bald weitere Handwerker, Kleingewerbetreibende, Kaufleute usw. in den Bauerndörfern seßhaft, sodaß die sofort durch die Besiedlung eintretende Vermehrung und Verjüngung der landwirtschaftlichen Bevölkerung im weiteren Verlauf der Entwicklung eine noch viel weitergehende Auswirkung erfährt. Besonders die dem Siedlungsgebiet benachbarten Städte werden in der Regel eine Bevölkerungszunahme erfahren.[43])

Eine derartige Tendenz läßt sich schon aus einer Denkschrift der Ansiedlungskommission, worin die Bevölkerungs-

42) W. u. Stat. 1935 S. 571.

43) v. d. Goltz in A. f. Inn. Kolonis. Bd. 25 H. 1 S. 149 ff

entwicklung in einer Reihe ausgewählter kleiner Landstädte während der Jahre 1885/1905 dargestellt wird, herauslesen. Danach weisen die Landstädte, die innerhalb der Ansiedlungsgebiete liegen, im Beobachtungszeitraum eine ganz beträchtliche Zunahme auf, die Landstädte dagegen, die innerhalb der Gebiete des Großgrundbesitzes lagen, zeigten in der gleichen Zeit ein Stagnieren oder gar Zurückgehen der Bevölkerung.[44])

Bei den bisherigen Untersuchungen ist aber zu berücksichtigen, daß sie unmittelbar nach der Ansiedlung vorgenommen wurden, sodaß namentlich bei den jüngeren Siedlerfamilien noch mit einem erheblichen Zuwachs an Kindern gerechnet werden kann. Diese Frage nach der weiteren Entwicklung im Siedlungsgebiet, also, ob die durch die Siedlung unmittelbar erreichte Bevölkerungsverdichtung auch anhält bezw. sich noch verstärkt, oder ob Landflucht und Geburtenrückgang auch auf die besiedelten Gebiete übergreifen und die günstige unmittelbare Auswirkung der Siedlung dadurch im Laufe der Jahre wieder abgeschwächt wird, ist aber unweit wichtiger.

Eine umfangreiche Untersuchung in dieser Richtung liegt von Dr. Wollenweber[45]) vor, der die besonders stark besiedelten Gebiete Pommern und Mecklenburg berücksichtigt. Daneben liegen seiner Arbeit 2 ältere, von amtlichen Stellen — und zwar vom Landeskulturamt bezw. den damaligen Generalkommissionen Frankfurt a. O. — in den Jahren 1906/07 und 1912 durchgeführte Erhebungen zugrunde, die Brandenburg und Pommern umfassen. In allen 3 Fällen ist also Pommern Objekt der Erhebung gewesen.[46])

Von dem Untersuchungsgebiet 1906/07 sind 126 Aufteilungsgüter mit 2242 Rentengutsbauern untersucht worden. Für das Gesamtgebiet Pommern ergibt sich eine Bevölkerungsverdichtung durch die Besiedlung von 54,4%, welche das Verhältnis der Zahlen 8674 : 13 394 widerspiegelt.

---

44) Quante weist hier allerdings darauf hin, daß ein großer Teil der „Ansiedlungsstädte" bezw. der „Nichtansiedlungsstädte" diese Entwicklung schon vor dem Untersuchten Zeitraum aufweist. (S. 847).

45) Dr. Wollenweber, Ländl. Siedl. u. Bev. (Berichte über Landwirtschaft Sonderh. 44 Berlin 1931).

46) Da sich die beiden amtlichen Erhebungen grundsätzlich einander anlehnen und auch die Untersuchung d. J. 1928 die Erhebungsmerkmale in ähnlicher Weise übernommen hat, können die 3 verschiedenen Ermittlungen miteinander verglichen werden.

Die zweite Auszählung vom Jahre 1912 berücksichtigt ebenfalls Pommern und umfaßt rund 4000 Siedlerstellen, von denen 3322 ausgezählt wurden. Wenn es sich auch in der Gesamtheit um ein relativ junges Siedlungsgebiet handelt, so liegt doch für wenige älteste Objekte die Gründung annähernd 20 Jahre zurück. Durch die Besiedlung wurde hier fast dieselbe Vermehrung der Bevölkerung festgestellt wie bei der ersten Auszählung, nämlich eine Verdichtung von (bereinigt) 52,6% bei einem Zahlenverhältnis von 20 949 Personen vor und 32 335 Personen nach der Besiedlung. Für den Durchschnitt ergibt sich im Besiedlungsgebiet eine Bevölkerungsdichte (bereinigt) von

27,80 Einwohnern pro qkm vor der Besiedlung und
42,44 Einwohnern pro qkm nach der Besiedlung.

Im gewogenen Mittel aller Fälle ergab sich im entsprechenden Gebiet durch die Besiedlung eine Zunahme der Bevölkerungsdichte von 14,6 Einwohnern je qkm.

Eine Sonderauszählung untersucht von den 3322 Neusiedlerstellen 1382, die zum größten Teil über 10 ha groß sind. Im Gesamtergebnis macht sich bei den höheren Größenklassen ein geringerer Steigerungssatz der Bevölkerungsverdichtung geltend (37%). Bei Bevorzugung der höheren Größenklassen ist also die bevölkerungsstatistische Auswirkung der Siedlung weniger günstig.[47])

Eine zweite Sonderauszählung berücksichtigt jene Objekte, die infolge ihres Alters schon im Jahre 1907 untersucht werden konnten. Dabei kommt Dr. Wollenweber zu folgender Feststellung: Der bereits mehrfach bekannte Steigerungsdurchschnittssatz von etwas über 50% errechnet sich für das Jahr 1907. Für das Jahr 1912 ist der Steigerungssatz höher, nämlich 70%. Die Auswirkungen der Siedlung erreichen also erst nach geraumer Zeit — bei diesen ältesten Objekten handelt es sich um einen Zeitraum von etwa 12 bis 15 Jahren — ihren Höhepunkt.[48])

Die dritte, von Dr. Wollenweber selbst eingeleitete Untersuchung, stammt aus dem Jahre 1928 und umfaßt Pommern und Mecklenburg. Die Arbeit unterscheidet zwischen

47) Auch das Stat. Reichsamt stellt fest, daß die Betriebe mit 5—20 ha und mit 20 bis unter 50 ha am günstigsten dastehen. (W. u. Stat. Nr. 6, 1935, S. 198).

48) Wollenweber a. a. O. S. 70.

Siedlung der Vor- und Nachkriegszeit und berücksichtigt insgesamt 441 Kolonien mit 6562 Neusiedlerstellen. Hiervon liegen 219 Objekte mit 3922 Rentengütern im Siedlungsgebiet Pommern und gehören zur Vorkriegsperiode, 222 Kolonien mit 2640 Neusiedlerstellen verteilen sich auf das gesamte Siedlungsuntersuchungsgebiet Pommern und Mecklenburg und werden zur Nachkriegsperiode gerechnet.

Zuerst wird das Siedlungsgebiet Pommern der Vorkriegsperiode untersucht und die im Jahre 1928 festgestellte Bevölkerungsdichte derjenigen vom Jahre 1912 gegenübergestellt. Im allgemeinen Durchschnitt gelangt Dr. Wollenweber zu einem Ergebnis von 40,19 Einwohnern pro qkm im Gegensatz zu 43,44 Einwohnern im Jahre 1912. Das bedeutet einen Rückgang von etwa 5%.

Die Tendenz eines im Jahre 1928 feststellbaren Bevölkerungsschwundes läßt sich bei den ältesten Kolonien, welche in einer Sonderauszählung ausgezählt wurden, noch deutlicher feststellen. Der Bevölkerungsschwund beträgt hier sogar 18%. Daraus wird folgendes geschlossen: „Die Bevölkerungsdichtezunahme, welche bald nach der Besiedlung die Tendenz hat, sich unter Umständen — u. a. sofern nicht die höheren Größenklassen bevorzugt sind — recht weit über den Satz einer Steigerung von 50% hinauszubewegen, läßt von einem Zeitraum ab, der auf etwa 12—15 Jahre zu beziffern ist, nach. In weiteren 15—20 Jahren nimmt die einmal erreichte Bevölkerungsdichte etwa um 5% ab. Eine annähernd doch noch 50%ige Steigerung gegenüber dem Zeitpunkt vor der Besiedlung bleibt hinsichtlich der Bevölkerungsdichte erhalten. Um jenen Steigerungssatz scheint die Bevölkerungsdichteziffer zu oszillieren".

Durch diese Zahlen wird bestätigt, daß die positiven demographischen Auswirkungen der Siedlung im Laufe einer längeren Zeitperiode — sei es durch Landflucht oder Geburtenrückgang — abgeschwächt werden.

In der Siedlungsperiode der Nachkriegszeit gilt für Pommern, daß der durchschnittliche Steigerungssatz der Vorkriegssiedlung von ca. 50% im gewogenen Mittel des Gesamtuntersuchungsgebietes sich für die neuere Siedlungsperiode auf 74,92% erhöht. Diese bevölkerungsmäßig günstigere Auswirkung führt Dr. Wollenweber einmal auf die verstärkte Aufteilung der schwachbevölkerten Großgrundbesitzgebiete in der Nachkriegszeit zurück. Dann aber ist diese günstigere

Wirkung der Nachkriegszeit durch die Handhabung des Siedlungsverfahrens in den letzten Jahren bedingt.[49])

Eine andere Untersuchung, die sich mit der Bevölkerungsentwicklung im Siedlungsgebiet befaßt und besonders wegen ihrer vielseitigen und genauen Fragestellung wertvoll erscheint, liegt von Dr. Warnack vor.[50]) Hier werden von rund 19 000 während der Jahre 1929/31 in Preußen angesetzten Neusiedlerhaushaltungen 1543 untersucht mit einer Gesamtfläche von 194,13 qkm. Davon wurden besiedelt: 1929 = 48,3 qkm, 1930 = 81,9 qkm, 1931 = 63,9 qkm. Zunächst wird über die Veränderungen, die durch die Aufteilung der untersuchten Güter in der Anzahl der auf dieser Fläche lebenden Haushaltungen eingetreten sind, berichtet:

Auf 61 restlos aufgeteilten Gütern mit einer Gesamtfläche von 19 413 ha befanden sich beim Erwerb der Güter durch die Siedlungsträger 938, unmittelbar nach der Besiedlung 1543 Haushaltungen, was einer Zunahme um 605 Haushaltungen (64,5%) entspricht.

Was die eigentliche Bevölkerungsverdichtung — gemessen an den Veränderungen des Personenbestandes anbetrifft, so ist aus dieser Untersuchung folgendes zu entnehmen: auf den 61 restlos aufgeteilten Gütern mit einer Gesamtfläche von 19 413 ha, die in den 3 Jahren 1929/31 mit Neusiedlern besetzt wurden, lebten beim Erwerb durch die Siedlungsträger 4792, unmittelbar nach Abschluß der Besiedlung 7172 Personen. Das bedeutet eine unmittelbare Vermehrung des Personenbestandes infolge der Besiedlung um 2875 oder 66,9%. Vom Zeitpunkt des Stellenbezuges an bis zum Frühjahr 1933 — also in einem Zeitraum von 1½—4 Jahren — hat sich der Personenbestand weiterhin auf 7676, d. h. um 505 Köpfe oder um 7% vermehrt, wodurch der Personenzuwachs gegenüber dem Zustand bei Erwerb der Siedlungsgüter auf 3380 oder 78,7%, d. h. um reichlich ¾ des ursprünglichen Bestandes anstieg.

Der Zuwachs um 505 Köpfe seit dem Stellenbezug stellt den Reinzugang dar, also die Differenz aus Menschengewinn (durch natürliche Vermehrung und Zuzug) einerseits und

49) Wollenweber erwähnt Gutachten der Pommer'schen Landges. und der schleswig-holsteinischen Höfebank, deren Siedlungsergebnisse weitgehend mit den obigen übereinstimmen.

50) Dr. Warnack, „Ländliche Siedlung und Bevölkerungsverdichtung". (Schrift. z. Förder. d. Inn. Kolonisat. H. 51.)

Menschenverlust (durch Tod und Abwanderung) andererseits.

Auf 307 von 1543 Siedlerstellen waren — davon bei 30 infolge Neubesetzung mit schwächeren Haushaltungen — im Frühjahr 1933 insgesamt 533 Köpfe weniger als beim Stellenbezug vorhanden. „Da sich aber auf dem besiedelten Gebiet im ganzen eine Bevölkerungsvermehrung ergab, so hat diese zunächst diesen Verlust decken müssen, ehe sie einen Reingewinn an Einwohnern hervorbringen konnte. Sie muß also zum mindesten 505 + 533 = 1038 Köpfe betragen haben. Da aber auch in denjenigen Haushaltungen, die im Endergebnis 1933 keinen geringeren Personenbestand aufzuweisen hatten, Abgänge vorgekommen sein werden, die durch Zugänge überdeckt wurden — z. B. ein Todesfall oder eine Abwanderung durch zwei Geburten — so wird man mit der Annahme nicht zu hoch greifen, daß die positive jener beiden Bewegungen, die auf Vermehrung gerichtete, in der Beobachtungszeit mindestens 1200 Menschen = rund ⅙ des nach Stellenbezug auf der Siedlungsstelle vorhandenen Menschenbestandes geliefert haben muß.“[51])

Die Zunahme der Bevölkerungsverdichtung nach Abschluß der Aufteilung war aber nicht bei allen Siedlungen gleichmäßig stark. Bei 34 ostpreußischen Siedlungen, die mehr als die Hälfte der hier untersuchten ausmachen, betrug der Bevölkerungszuwachs auf der besiedelten Fläche gegenüber dem Zustand vor der Aufteilung nach Bezug sämtlicher Stellen 66,5%, im Frühjahr 1933 = 80,6%; der Reinzugang in der Zeit vom Stellenbezug bis zum Frühjahr 1933 stellte sich auf 8,5%. Bei 17 pommerschen Siedlungen lauten die entsprechenden Zahlen 72,6% und 79,2% bezw. 3,9%. „Die Richtung der Bevölkerungsbewegung nach der Aufteilung wird aber auch aus diesen Ziffern erkennbar: Zunahme der Verdichtung auf den besiedelten Flächen.“

Auch auf die Frage, inwieweit die Zunahme auf verstärkten Zuzug bezw. erhöhte Geburtenzahl zurückgeht, gibt die Untersuchung eine günstige Antwort.

Es zeigt sich nämlich, daß der rechnungsmäßige Gesamtreinzugang an Menschen in Höhe von 505 Köpfen zum ganz überwiegenden Teil aus Kindern (unter 14 Jahren) bestand. Die hierfür errechnete Zahl von 393 stellt jedoch keineswegs

51) Dr. Warnack a. a. O. S. 485.

den tatsächlichen Kinderzuwachs dar; denn von den 1929, 1930 und 1931 in den Siedlungshaushalten gezählten 546 + 882 + 756 = 2184 Kindern hat bis zum Jahre 1933 ein erheblicher Teil diese Altersgrenze überschritten, ist also im Jahre 1933 unter die Erwachsenen eingerechnet worden. Nach den Altersangaben trifft das für 476 der beim Stellenbezug noch nicht 14jährigen zu. Durch Neubesetzung von Stellen ist ein weiterer Verlust von 11 Kindern zu verzeichnen.

Die Zunahme an Kindern hatte also, ehe sie 1932 einen Mehrbestand ergeben konnte, zunächst diese Ausfälle zu decken. Die 1543 Siedlerhaushaltungen müssen somit in der Zeit vom Stellenbezug bis zum Frühjahr 1933 mindestens 476 + 11 + 393 = 880 überlebende Kinder — also nach Deckung durch die Verluste durch Kindersterblichkeit — hervorgebracht haben. Wenn früher berechnet wurde, daß die auf Vermehrung gerichtete Bewegung der Bevölkerung rund 1200 Köpfe geliefert haben muß, so zeigt sich jetzt, daß davon der weitaus größte Teil aus auf der Siedlung geborenen Kindern bestand und nur etwa 170 Personen sonstwie zugezogene Erwachsene wären.[52])

Bevölkerungsmäßige Auswirkungen der Kleinsiedlung.

Ueber die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der Kleinsiedlung haben wir naturgemäß noch keine Erfahrung. Die Siedlungen, aus denen wir solche Erfahrung hätten ziehen können, waren im wesentlichen bisher Stadtrandsiedlungen, die meistens zugleich Erwerbslosensiedlungen waren. So stammten die Klein-Siedler in der Regel also aus ärmlichsten Verhältnissen. Schlußfolgerungen dagegen lassen sich aus den verschiedenen Veröffentlichungen des Stat. Reichsamtes ziehen: Während die Industriearbeiter ohne Bodenbesitz (1933) zu mehr als 74% kinderarm waren, waren die Arbeiter mit Bodenbesitz nur zu 57% kinderarm. Dafür sind von den Industriearbeitern mit Bodenbesitz 28% kinderreich, während unter den Arbeitern ohne Bodenbesitz nur die Hälfte, 14,8%, kinderreiche Familien gezählt wurden. Allerdings bleibt hier wieder die Frage offen, ob die Schrebergärten, um die es sich hier meistens handeln wird, Ursache des Kinderreichtums waren oder umgekehrt der größere Kinderreichtum Veranlassung zum Erwerb eines Schrebergartens war.

52) Dr. Warnack a. a. O. S. 491.

Wie dem auch sei, daß diese Art der Siedlung niemals Ersatz für die bäuerliche Siedlung besonders im Osten Deutschlands sein kann, daß also auch eine „Industrialisierung" Ostpreußens mit dem vorgeschlagenen „Fabrikdorf" in bevölkerungspolitischer Hinsicht nicht den Stein der Weisen bedeutet, lassen die stark gesunkenen Geburtenzahlen in Württemberg vermuten, wo die Industrie in besonders glücklicher Weise über das ganze Land verteilt ist und wo deshalb eine räumliche und personelle Verflechtung zwischen Landwirtschaft und Industrie gegeben ist wie sonst kaum im Reich.[53]) In Württemberg setzte eine erste rückläufige Bewegung der Geburtenziffern bereits Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ein. Stark gefördert durch die Wirtschaftskrisen der 70er und 80er Jahre sank die Zahl bis Ende der 80er Jahre von 47 p. T. auf rund 35 p. T., 1914 stand sie bereits auf 27,2 p. T. In der Nachkriegszeit setzte sich die rückläufige Bewegung fort. Die neue Wirtschaftskrise drückte die Geburtenziffer für 1931 auf 16,6 p. T., 1933 betrug diese bereits 15,3 p. T. Der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1900 = 10,9 p. T. betragen hatte, ist im Jahre 1933 auf 4,4 p. T. abgesunken.

Auch in Württemberg läßt sich in den Industriegebieten ein stärkerer Rückgang der Geburtenziffern feststellen als in den vorwiegend ländlichen Gebieten. Der ehemalige Neckarkreis mit der Großstadt Stuttgart und mit seinem umfassenden Industriegebiet hatte vor dem Kriege zumeist höhere Geburtenziffern als der ehemalige vorwiegend ländliche Jagstkreis. Noch im ganzen Jahrzehnt 1900—1910 steht der Neckarkreis mit 32,6 p. T. etwas vor dem Jagstkreis mit 32,4 p. T. In der Nachkriegszeit ist die Ziffer des Neckarkreises dann aber mehr und mehr gesunken, sodaß sie bereits i. J. 1932 mit 14,4 p. T. ziemlich weit unter der Ziffer des Jagstkreises liegt (16,8 p. T.). Der Geburtenrückgang betrug i. J. 1932 im Vergleich zu den Jahren 1834—40 für den industriellen Neckarkreis rund 67%, für den Jagstkreis nur 59%. Der Geburtenüberschuß betrug im Jahre 1932 im Neckarkreis 3,72 p. T. gegenüber 11,44 p. T. in den Jahren 1911/13. Der Geburtenüberschuß im Jagstkreis 4,94 p. T. gegenüber 11,22 p. T. in den Jahren 1911/13.

Ein noch deutlicheres Bild geben die sog. Fruchtbarkeitsziffern. Auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter (von 15—45

53) Dr. J. Griesheimer i. Reichsplanung 1936 H. 5 S. 138.

Jahren) trafen im industriellen Neckarkreis im Jahre 1932 nur 51,3 Lebendgeborene gegenüber 72,1 im vorwiegend ländlichen Jagstkreis, während Mitte der 70er Jahre innerhalb der Kreise kaum ein Unterschied gegeben war (1875 im Neckarkreis 200,1, im Jagstkreis 200,7 Lebendgeborene).[54])

Wenn sich also auch von der Kleinsiedlung in bevölkerungsstatistischer Hinsicht nicht allzuviel erwarten läßt, so wird sie doch, besonders wenn das Ziel, in den nächsten 10 Jahren 5 Millionen Stellen neu zu schaffen sich verwirklichen läßt, eine unmittelbar wirksame Ergänzung der rein bäuerlichen Siedlung sein, indem sie die Menschen im Boden verwurzelt, ihnen eine Existenzgrundlage schafft, die „Vermassung" auflockert und Landreich und Stadtreich wieder zusammen bringt. So liegen in der Kleinsiedlung bereits „die Keime einer zukünftigen Lebensform und Lebensgemeinschaft, die sich von dem bisherigen Begriff des speziell bürgerlich und bäuerlichen, städtischen und ländlichen Daseins grundlegend unterscheidet: Stadt und Land schmelzen so zu einer neuen Daseinsform zusammen, bei der Stadt und Land nur eine äußere und innere Grenzsphäre bilden" (Schulze).

III. Zusammenhang zwischen Siedlungsform und Geburtenentwicklung.

Wenn man die Geschichte des untergehenden Rom ansieht, aus welchen Gründen der Kindermangel entstand, so wird man finden, daß er nicht auf physische Ursachen zurückgeht (Grimm). Auch eine große allgemeine Armut hat damals nicht bestanden, wurden doch infolge des Menschenmangels die Aecker sogar unentgeltlich abgegeben und die Siedler beträchtlich unterstützt. Besonders die Kinderreichen genossen unter den römischen Kaisern bedeutende Vorteile.[55]) Aber hier schon zeigte es sich, daß gesetzliche Maßnahmen, mögen sie nun den Charakter von Belohnungen oder Strafen haben, nichts frommen, wenn der Mensch einfach keine Kinder mehr will. Denn die Tatsache, daß der Ge-

54) Württembg. Stat. Jahrb. 1933—34.

55) So gewährte Cäsar u. a. gesetzl. Prämien für die Kindererzeugung. Augustus setzte dagegen das Nichtverheiraten unter Strafe und ließ die Ehelosen nicht erben. (Grimm a. a. O. S. 80).

burtenrückgang hier schon lange vor jeder Wirtschaftsstockung eingesetzt hat, belegt zwingend, daß es sich schon damals nicht um eine Auswirkung eines wirtschaftlichen, sondern eines geistigen Vorgangs handelte, um eine kulturpsychologische Erscheinung: Verstädterung.

Die Römer waren von Haus aus Bauern. Als dann allmählich die Sklavenwirtschaft einsetzte, legte der römische Eingesessene den Pflug weg und ließ die Kriegsgefangenen für sich arbeiten. Nun trat allerdings auch immer mehr die wirtschaftliche Seite in den Vordergrund. Mit den zunehmenden Getreideeinfuhren Roms aus Spanien, Nordafrika, Kleinasien und anderen Kolonialgebieten, durch die fortwährenden Kriegslasten und das Latifundienwesen verarmte der kleine Bauer immer mehr. Und die Folge war, daß der Blutstrom des Landes in die steinerne Weltstadt Rom strömte, wo er ständig weiter verbraucht wurde und bald gänzlich versickerte.[56])

In Deutschland strömte das Volk schon im Mittelalter in der gleichen Weise von der Scholle hinweg hinter den Mauerring der damaligen Großstädte — um hier schon nach wenigen Generationen dahinzusterben, dann nämlich, wenn die „mitgebrachte Heimaterde" verbraucht war, wenn die Geschlechter zu „verstädtern" begannen. In welchem Maße schon damals die Abkehr vom ländlichen Leben einen „Verschleiß der Geschlechter" (Darré) bewirkte, geht recht anschaulich aus einer alten Statistik der Stadt Augsburg hervor, die mit ihren 18 300 Einwohnern um das Jahr 1475 als eine mittelalterliche Großstadt angesehen werden muß. Im Jahre 1368 wies diese Stadt 51 „ehrbare Geschlechter" auf. 100 Jahre später wurden davon nurmehr 13, und weitere 70 Jahre später nur noch 8 Familien gezählt. Im Jahre 1538 wurden 42 neue Geschlechter aufgenommen mit dem Erfolg, daß abermals 100 Jahre später wiederum nur noch 12 übrig waren.[57])

Heute ist es die abendländische Menschheit, die, zusammengedrängt in einigen wenigen Weltstädten, größte Gefahr läuft, ihre Rolle zu verspielen (Burgdörfer). Jedenfalls mah-

56) Schon unter Marc Aurel begann der Abstieg der Bev. im ewigen Rom. Am Ende des 2. Jahrhundts. hatte Rom nurmehr knapp 1 Mill. Einw., und beim Einzug Totilas i. J. 546 fand man schließlich noch 500000 Einw. vor. (Korherr).

57) zit. n. G. G. Hansen a. a. O. S. 174.

nen die niedrigen Geburtenzahlen der heutigen Weltstädte an die vergangenen Städte des Altertums, deren Bevölkerung ja weniger „ausgestorben ist", als vielmehr „ausgeboren wurde" (Burgdörfer). In New York kamen im Jahre 1933 auf 1000 Einwohner 14,1 Geburten, in Paris 12,6, in Wien 6,5 und in Berlin 8,7. Hier wurden in den letzten Jahren vor 1933 nicht nur mehr Särge als Wiegen gebraucht, sondern es wurden auch mehr Eheschließungen als Geburten gezählt, m. a. W. in Berlin traf schon nicht mehr das Einkindersystem zu.[58])

Trotzdem darf die Tatsache, daß mit zunehmender Bevölkerungsagglomeration die Geburtenziffern regelmäßig sinken, nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Verstädterung und Geburtenrückgang kein Kausalzusammenhang besteht, so etwa, daß der Geburtenrückgang eine Folge der Verstädterung ist. Nicht nur die Stadt und nicht jede Stadt schlechthin ist Sitz der „Verstädterung". Die Entwurzelung ergreift Stadt und Land, ja, sie geht von der Stadt wie vom Lande aus. So kennen wir Land, das weitgehend „verstädtert" ist (große Teile der ländlichen Departements in Frankreich weisen schon seit Jahrzehnten noch niedrigere Geburtenzahlen auf als die Städte)[59]) und wir können eine Stadtbildung feststellen, die bodengebunden ist und keinerlei Merkmale einer Entwurzelung zeigt (Japan, Niederlande).[60]) Gerade an diesen Beispielen zeigt sich, daß das Verhältnis zwischen Verstädterung und Geburtenrückgang ein funktionelles ist, daß beide in gegenseitiger und gleichzeitiger Abhängigkeit von einander bestehen. Und der gemeinsame Grund, auf dem der Geburtenrückgang wie das Hinströmen zur Großstadt erstehen, ist demnach nicht in Symptomen, sondern in der geistigen und moralischen Wandlung zu suchen, wobei wirtschaftliche und soziale Verhältnisse allerdings maßgebend eingreifen.[61])

58) I. J. 1932 überrraf in Bln. die Zahl der Hunde diejenigen der Kinder. „Ein Dackel ist mir lieber als ein Kind", dieser Ausspruch ist tatsächlich gefallen und kennzeichnend für die damalige Einstellung des Großstädters. (v. Ungern - Sternberg a. a. O. S. 41).

59) E. Pfeil i. Z. f. Geopol. 1933 S. 133.)

60) Während d. kapital. Denken beim franz. Bauern sehr ausgebildet ist, ist das Wesen des Jap. Volkes hiervon noch kaum berührt. Die Geburtenfrage ist hier noch keine Frage, sondern eine Pflicht. (v. Ungern - Sternberg).

61) E. Pfeil i. Ztschrft. f. Geopol. 1933 S. 169.

An sich sind Stadt und Land ja auch keine Gegensätze. In allen Geschichtsepochen der deutschen Kultur gehörten ihre Träger einer der beiden soziologischen Daseinsformen an: der bäuerlichen oder der städtischen. Die Stadt war kein notwendiges Uebel, sondern war, ebenso wie das Dorf, Ausdruck eines Kultur- und Rassegefühls und stellte ein organisch gewachsenes Gebilde dar.

Aber das organische Wachstum der Stadt starb immer mehr ab, da „ihr Lebensraum nicht mehr den Gesetzen einer schöpferisch zeugenden Lebensordnung entsprach, sondern in die tote Mechanik eines häufenden, rechnenden und nur noch ‚ökonomisch-rational' arbeitenden Massenbetriebes führte".[62]) Charakteristisch für die Entwicklung der modernen Stadt wurde ihre zunehmende Emanzipierung vom Lande.[63]) Besonders der Uebergang zur Großstadt hatte eine Scheidung von Grundbesitz und Kapital zur Folge, wie nie zuvor und damit eine Vermaterialisierung und Rationalisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern des ganzen Lebens. „Das wirkliche städtische Leben strotzt heute von lauter Zweckmäßigkeiten, die in vielen Einrichtungen tausendfach zu fester, steinerner, eiserner oder sonst handhafter Gestalt geworden sind."[64]) Und wie das ganze äußere Leben in der Stadt eine ungeheure Rationalisierung erfahren hat, so ist diese auch zur Losung für den Stadtmenschen selbst geworden. Schon der ganze städtische Altersaufbau mit den relativ stark vertretenen älteren Jahrgängen wirkt dahin, daß Rationalismus, Vorsorglichkeit, Bedenklichkeit und Resignation stark verbreitet sind.

Einseitig wird das Leben in der Stadt von Wirtschaftsfragen und Erwerbschancen bestimmt, alles steht unter der Not des Verdienens. Beim Mann drückt sich das in seiner ganzen Einstellung zum Beruf aus, der zum Selbstzweck herabgewürdigt ist, zum Mittel, Geld zu verdienen; bei der Frau in der sog. „Rentenhysterie", d. h. der Einstellung, nur pensionsberechtigte Männer zu heiraten.[65]) Und gerade diese „streberische Gesinnung", d. h. den Willen, die einmal erreichte Lebenshaltung unter allen Umständen aufrecht zu er-

62) K. W. Schulze a. a. O. S. 14.
63) K. W. Schulze a. a. O. S. 18.
64) H. Waag i. „Volksspiegel" 1936 H. 2, S. 71.
65) Harmsen i. Ztschrft. f. Geopol. 1933 S. 121.

halten oder noch zu verbessern, hält v. Ungern-Sternberg für die Hauptursache des Geburtenrückganges, auf die sich letztenendes alle Ursachen zurückführen lassen. „Der Städter will keine Einschränkung seiner Lebenshaltung zu Gunsten einer größeren Kinderzahl vornehmen, denn die gehobene Lebensstellung ist sein ganzer Stolz.“[66]) In sich selbst sieht der Stadtmensch das letzte und einzige Ziel. Mit seiner Vernunft, der ratio, fragt er nur danach, was zweckmäßig ist, und alles, was sich nicht verstandesmäßig als nützlich nachweisen läßt, ist für ihn ohne Belang. Diese „Rechenhaftigkeit“ (Sombart), die der ganzen kapitalistischen Wirtschaft das Gepräge gibt, nimmt die Entschlußkraft zu Handlungen, die keinen sicheren Erfolg in Aussicht stellen.

Die Natur aber kennt keine Gründe. „Wo Gründe für Lebensfragen ins Bewußtsein treten, da ist das Leben schon fragwürdig geworden. Da beginnt eine weise Beschränkung der Geburtenzahl, die zuerst mit materieller Not und bald überhaupt nicht mehr begründet wird“ (Korherr).

Nirgends aber ist die Gesinnung der Menschen so einseitig auf das Vorwärtskommen gerichtet, wie in den Großstädten, wo der einzelne Mensch zu einem wunderbaren Gehirn geworden ist, für das die Glieder nur Anhängsel und die Sinne nur Diener sind. Was aber lag da näher, als auch die Fortpflanzung selbst zu regeln, das „Geschlechtsleben zu rationalisieren?“

Jedes Kind bedeutet ja in der Stadt eine große Mehrarbeit, hohe Mehrausgaben und wird deshalb vom Standpunkt der Kostenrechnung betrachtet, während auf dem Lande umgekehrt jedes Kind bald vermehrte Arbeitskraft und höhere Einnahmen bedeutet. Diese Erfahrungstatsache, daß der kinderreiche Familienvater in der Stadt gegenüber dem kinderarmen im Nachteil ist und zwar in jeder Bevölkerungsschicht, hat vielen Städtern allerdings die Lust an einer größeren Kinderzahl genommen. So wird man die Notstandstheorie (besonders bei dem dehnbaren Begriff „Not“) auf den Geburtenrückgang nicht ganz leugnen können, wenngleich wirtschaftliche Verhältnisse wohl nicht den letzten Ausschlag geben.[67])

---

66) v. Ungern-Sternberg a. a. O. S. 24.

67) Z. B. setzte in Deutschland und Frankreich der Geburtenrückgang zur Zeit der wirtschaftlichen Blüte ein und das reiche Schweden hat heute in Europa die niedrigste Geburtenzahl, während das arme Japan in bevölkerungspolit. Hinsicht sehr günstig dasteht.

Hinzu kommt ein verstärktes Verantwortungsbewußtsein beim Stadtmenschen, nicht mehr Kinder in die Welt zu setzen, als er auch wirklich erhalten kann, während der gläubig vertrauende Landmann oft sagt: „sie werden mit Gottes Hilfe schon durchkommen".[68]) „Diese durchaus positive Einstellung des Städters führt aber zu den bekannten Folgen: aus der Lebenssorge des Stadtmenschen wird die Lebensangst des verstädterten Menschen. Ratio kann man so auch ansehen als eine Lebenserscheinung, eine spezifisch menschliche Art, zu reagieren, sich anzupassen und — abzusterben."[69])

In der Ansicht, daß die „streberische Gesinnung" der Städter und ihre „Rechenhaftigkeit" (beides nur Stichworte für eine Geisteshaltung) in erster Linie für ihre geringe Nachwuchsgestaltung verantwortlich zu machen sind, wird man noch verstärkt, wenn man sich die hohen Geburtenzahlen der Niederlande vor Augen hält. Hier betrug die Geburtenziffer im Jahre 1933 = 20,8 p. T., der Geburtenüberschuß 12,0 p. T. gegenüber 14,7 p. T. bezw. 3,5 p. T. in Deutschland. Und doch sind die Niederlande weit mehr verstädtert als Deutschland.[70]) Außerdem besteht hier in der Regel gar keine eigentliche Trennung zwischen Stadt und Land, und auch die Lebensverhältnisse der auf dem Lande Wohnenden haben weithin städtischen Charakter.

Als Erklärung dafür, daß hier die tatsächliche Verstädterung nicht auch die „geistige" im Gefolge hatte, führt v. Ungern-Sternberg an, daß die Weltanschauung des typischen Holländers noch sehr stark religiös ist und ihre kirchliche Zugehörigkeit (rund ¾ aller Holländer gehören der katholischen Kirche bezw. der Nederlandsche Hervormde Kerk an) starke Hemmungen gegen die künstlichen Vorbeugungsmittel gibt.[71]) Dann aber, und hierin stimmt ihm Harmsen bei, sieht er in der Eigenart der Siedlungsform, nämlich dem Einfamilienhaus, das auch in den dichtestbesiedelten Gebieten vorherrscht, die volksbiologische Kraftquelle der Niederlande. „Jene trostlosen Mietskasernen fehlen in Holland so

68) E. Pfeil i. Ztschrft. f. Geopol. S. 172. — „Givt de leeve God Jungs, dann givt he ok Büxen" sagt der oldenburgische Bauer. (Zit. n. Hartnacke.)

69) E. Pfeil, a. a. O. S. 172.

70) Hier lebten im Jahre 1934 je qkm durchschnittl. 242 Menschen gegenüber 141 in Deutschland. Auf dem Lande (Gem. u. 5000 Einw.) lebten (1930) nur 21,2 %, dageg. 27,2 % in Großstädten und 48,4 % in Klein- und Mittelstädten.

71) v. Ungern-Sternberg a. a. O. S. 105.

gut wie völlig. In fester Bindung an die Tradition hat sich ganz überwiegend das Einfamilienhaus bewahrt. Dieser Typus ist bis weit in das Kleinbürgertum und die modernen Arbeitersiedlungen hinein herrschend."[72])

Diese Erklärung gewinnt noch, wenn man sich andererseits die Verhältnisse in Schweden vergegenwärtigt. Hier sind einmal die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht und unzureichend und andererseits hatte das Geburtennieveau i. J. 1933 den tiefsten Stand von allen europäischen Staaten aufzuweisen.[73])

Die Parallele zwischen schlechten Wohnverhältnissen einerseits und niedrigen Geburtenziffern andererseits läßt sich schon recht anschaulich im Altertum ziehen. Schon im alten Rom erreichten die Mietskasernen bereits die Höhe nordamerikanischer Häuser. 6—10stöckige Häuser waren in allen Stadtteilen zu finden.[74]) „Hier hauste das ruhmbedeckte römische Volk, während im Zentrum der Riesenstadt die luxuriösen Paläste der Nachkommen freigelassener Sklaven sich dehnte" (Korherr). Das war aber in den Weltstädten aller anderen Zivilisationen nicht anders. Großstadtschilderungen, die dem Abendland damals phantastisch erschienen, erreichten es über Indien bereits durch Megasthenes (300 v. Chr.), über das China Kublai Khans durch die Brüder Polo.[75])

In Babylon wohnte der städtische Pöbel in unbeschreiblichem Elend in vierstöckigen Mietskasernen und so in Karthago und im ägyptischen Theben. Im Byzanz waren 8—10 Stockwerke nicht selten und auch die arabische Märchenstadt Bagdad kannte die Not drückender Mietskasernen.[76]) Und doch fand die Wohnungsfrage immer eine tragische Lösung: es fehlten schließlich die Menschen, um die leerstehenden Häuser, ja die Städte und Länder zu bewohnen.[77])

---

72) Büdel i. Ztschrft. f. Geopol. 1934 S. 749.

73) Das schwed. Wohnungskomitee „sociala bostasutredningen" hat z. B. festgestellt, daß in den schwed. Städten weit mehr als 20000 Fam. und somit mehr als 60 % aller schwed. Stadtkinder in schlechten Wohnungen leben müssen.

74) Korherr a. a. O. S. 21.

75) Haushofer, i. Z. f. Rassenkunde. 1935, Bd. II, S. 133 ff.

76) Korherr, a. a. O. S. 21.

77) Während die gesamte römische Bevölkerung nach dem ersten Punischen Krieg im Jahre 220 v. Chr. noch etwa 22 Mill. zählte, war es schon zu Zeiten des Augustus nicht mehr möglich, 45000 Soldaten auszuheben. Im

Auch die Wohnverhältnisse hinter dem Mauerring der mittelalterlichen Städte waren — zumindest für die ärmeren Schichten — keineswegs günstig.[78]) Die Sterblichkeit und besonders die Säuglingssterblichkeit in den licht- und luftlosen Wohnungen im Zeitalter endemischer und epidemischer Seuchen war so groß, daß kein organisches Wachstum der Städte zustande kam: Schon diese Städte lebten ausschließlich von dem, was vom Lande hereinkam: von den Lebensmitteln, die der Bauer zum Markte brachte und den Menschen, die vom Lande aus zuwanderten.

Heute sind die Wohnverhältnisse — ganz abgesehen von dem großen Fehlbedarf von rund 1½ Millionen Wohnungen in Deutschand — besonders in den Städten längst nicht hygienisch einwandfrei.[79]) Keine Großstadt aber kann sich mit Berlin bezüglich der trostlosen und stumpfsinnigen Anhäufung von Mietskasernen vergleichen, keine Großstadtbevölkerung lebt so eng zusammengedrängt wie in der Weltstadt Berlin, wo auf dem Raum etwa des Kantons Schwyz eine Bevölkerung lebt, die zahlreicher ist als die der gesamten Schweiz.[80]) Hier wohnten bei der Machtübernahme durchschnittlich noch 75 Menschen in einem Haus gegenüber 38 in Paris, 20 in New York und nur etwa 6—8 in London.[81])

Und noch verständlicher wird, daß diese Weltstadt — identisch mit einer Vertausendfachung der 4- und 5stöckigen Mietskasernen — die geburtenärmste Stadt der Welt war, wenn man sich andere Rekordziffern vor Augen hält: 48% der Berliner Bevölkerung lebt in Hinterhäusern (in Nürnberg nur 10%, in Halle 16%, in Köln 20%).[82]) Im Jahre 1935 wurden noch über 35 000 Kellerwohnungen gezählt, in denen bei der Machtübernahme noch über 50 000 Menschen hausen mußten.[81])

---

2. Jahrhundert n. Chr. betrug die Gesamtzahl der Bewohner noch 10 Mill. im 4. Jahrhundert nur noch 5 Mill. Diesen Bevölkerungsrückgang vermochten auch die bekannten Gesetze des Kaisers Augustus nicht aufzuhalten. (Grimm a. a. O. S. 82).

78) So lautet ein Bericht aus dem 15. Jahrhundert: „Die Stadt Nürnberg ist so volkreich, daß sie obeinander darin stecken, etliche unter den Stiegen wohnen und etliche der Herberg halber wieder haben herausziehen müssen." (Dr. S. W. Salloch, „Deutsche Städte um 1500.")

79) Das gilt auch besonders von vielen Landarbeiterwohnungen und Bauernhöfen in den ländl. Notstandsgebieten.

80) Leyden, i. Z. f. Geopol. 1933 S. 181.

81) „Reichsplanung" 1935 S. 257; Ullmann a. a. O. S. 340.

82) Wagenbach a. a. O. S. 21.

Im Winter 1933—34 zählte man in Berlin 42 839 Laubenparzellen, die dauernd bewohnt waren; davon waren 39 755 Wohnlauben aus Holz. In diesen Laubenparzellen wohnten 132 772 Personen, darunter 29 155 Kinder unter 14 Jahren.[83]) Ferner wirken die sog. „wilden Siedler" — rund 50 000 Familien — ebenfalls hemmend auf die Geburtenzahl.

Burgdörfer kam auf Grund der i. J. 1933 in Berlin erreichten Geburtenziffer zu der Berechnung, daß von der Vermillionenstadt Berlin in 150 Jahren noch 100 000 Einwohner übrigbleiben, wenn die Zuwanderung aufhört oder unterbunden wird.

Sterbende Städte — heute dasselbe Bild wie damals. Und Berlin ist ja nicht ein Einzelfall, sondern lediglich der „Prototyp" dieser Erscheinung, der Schrittmacher auf dem Wege der Geburtenbeschränkung. Berlin zeigte den Weg, und die andern Groß- und Mittelstädte folgten nach. Hatte i. J. 1926 von den Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern nur Berlin einen Sterbefallüberschuß, so waren es i. J. 1932 schon 49 Gemeinden, darunter 11 Großstädte und 1933 zählten bereits 70 Gemeinden, darunter 14 Großstädte, zu den „sterbenden Städten".[84]) Im Jahre 1933 hatten Berlin, Dresden, Leipzig, Bielefeld, Frankfurt, Solingen, Wuppertal und München Geburtenziffern von unter 10 p. T.[85]) „Bereinigt" man diese Ziffern noch, dann war schon i. J. 1927 keine der damaligen 50 Großstädte mehr in der Lage, auch nur ihren Bevölkerungsstand aus eigener Kraft zu erhalten. Für die Gesamtheit der deutschen Großstädte ergab sich ein bereinigtes Geburtendefizit von 40% (Berlin 60%), für die deutschen Mittel- und Kleinstädte ein solches von 31%.[86])

So müssen die Städte von innen her absterben, wenn der Blutstrom vom Lande her geringer wird oder gänzlich aufhört. Bisher war das Land in der Lage, aus seinem Bevölkerungsüberschuß Menschen an die Stadt abzugeben. Mit dem Rückgang des natürlichen Bevölkerungswachstums der Landbevölkerung aber kann das Geburtendefizit der Stadtbevöl-

83) „Siedlung und Wirtschaft" 1935 S. 328.

84) W. u. Stat. 1934 SH. 12 S. 16.

85) Innerhalb der Großstädte selbst zeigen sich heute keine nennenswerte Unterscsiede in der Nachwuchsgestaltung, wie sie sich früher nach sozialer Stellung und Wohlstund ergaben. Die Geburtenrationalisierung ist immer mehr „Gemeingut" sämtlicher Schichten geworden.

86) Burgdörfer a. a. O. S. 35.

kerung nicht mehr vom Lande gedeckt werden, ohne daß auch das Bauerntum an dieser Entwicklung zugrunde geht. Es stirbt wie die Bevölkerung der Weltstadt, aber nicht von innen heraus wie diese, sondern durch die Weltstadt. Das zeigt so recht deutlich eine Untersuchung im Archiv für Bevölkerungswissenschaft, die vom Sterben eines einst blühenden, jetzt gänzlich „verstädterten" main-fränkischen Dorfes erzählt.[87])

Hier waren es neben den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen besonders der Einfluß des städtischen Geistes, der die Jugend dieses Dorfes erfaßte und die Zerstörung der alten bäuerlichen Haltung auslöste. Obwohl bei den meisten dieser „ländlichen Asphaltmenschen" die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden waren, konnten sie sich doch nicht entschließen, eine eigene Familie zu gründen, und die weibliche Jugend, die schon aus Gründen der Versorgung die Heirat sucht, war mehr und mehr gezwungen, in Dörfer der Umgegend zu heiraten. Der Geburtenrückgang bewegt sich in diesem Dorf in einer Tiefe, die nicht einmal von unseren Städten erreicht wird. „Rückblickend", so schließt der Bericht, „sehen wir unser Dorf im Zeichen des Verfalls, des Niedergangs. Die Tragik, das Gefahrvolle liegt nun nicht darin, daß dieses einzelne Dorf von diesem Niedergang erfaßt ist, sondern daß das Bauerndorf in unserer näheren und weiteren Umgebung, daß großen Teils auch das Bauerndorf der gesamten deutschen Landschaft solche Verfallserscheinungen aufweist."[88])

So schützt auch das Landleben allein heute nicht mehr vor der Sitte der Geburtenverhütung. Jede planmäßige Politik, die eine nachhaltige Steigerung der Geburtenfreudigkeit anstrebt, muß daher auch daraufhin wirken, „daß die ganze, durch den Kapitalismus eingeprägte Weltanschauung abgebaut wird".[89]) Gelingt dies nicht, so wird auch der Erfolg der

87) Arch. f. Bevölkerungswis. 1935 Heft 2, S. 79 ff.

88) Dieser Feststellung kommt leider eine große Allgemeingültigkeit zu. Um nur noch die Verhältnisse in der Bauerngemeinde Handschuhsheim zu nennen: diese wurde während des Krieges der Stadt Heidelberg aus Gründen der Bodenspekulation eingemeindet, blieb aber doch bäuerlich. Hier werden in höchstens 2 Generationen die alten Handschuhsheimer Bauernfamilien ausgestorben sein, wenn nicht die geplanten Hilfsmaßnahmen eine völlige Aenderung in der Einstellung zum Geburtenproblem herbeiführen. (Arch. f. Bevölkerungswiss. 1935 H. 2, S. 139.)

89) v. Ungern-Steinberg a. a. O. S. 89.

Siedlung in demographischer Hinsicht auf die Dauer keine Rettung bringen können.

IV. Wirkung auf die Beschaffenheit der Bevölkerung.

1. Auswirkung der Verstädterung.

a) In qualitativer Hinsicht.

Bei der Betrachtung der Verstädterungsfrage darf man sich jedoch nicht einseitig allein auf die quantitative Seite des Bevölkerungsproblems verlegen — wie hätte sonst unser Volk 4½ Jahre einer Welt von Feinden widerstehen können! Nur Quantität und Qualität zusammen verbürgen einem Volk über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg Dauer und Bestand. Aber auch von diesem Blickfeld aus betrachtet wirkt sich die Stadt und besonders die Großstadt nicht günstig aus.

Daß in früheren Zeiten die Landbevölkerung durchschnittlich infolge der gesünderen Lebensweise in konstitutioneller Hinsicht der Stadtbevölkerung überlegen war, steht eindeutig fest. Der beste Prüfstein dafür war naturgemäß von jeher der Militärdienst. Bei ihm stellte es sich heraus, daß das Land die besten Leute lieferte. So schrieb schon Cato: Vom Bauern stammen die tapfersten Männer und strammsten Soldaten. Und Plinius der Aeltere: Die tapfersten Soldaten entstehen auf dem Lande.

Dieses Urteil der beiden römischen Heerführer wurde in Deutschland erhärtet durch die Daten der Rekrutierungsstatistik, wonach die kleinsten Gemeinden relativ viel mehr wehrfähige Personen stellten als die Städte oder gar Großstädte. Während Berlin vor dem Kriege statt 100 Rekruten, die es liefern sollte, deren nur 37 stellte, haben die ländlichen Gemeinden Ostpreußens 142 dem Heer gestellt.[90])

Durch bessere Ernährung, Sport usw. hat sich in der Nachkriegszeit und besonders in den letzten Jahren in den Städten jedoch vieles gebessert. Nach den Ergebnissen der militärischen Musterungen 1935 und denjenigen des Pflicht-

90) Dr. Keupp i. Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 14, S. 131.

arbeitsdienstes scheint die Grenze zwischen Stadt und Land daher verwischt, wenn nicht sogar gewisse Landbezirke hinter den Städten zurückstehen.[91]) Eine genaue Auswertung der Zahlen in dieser Richtung ist jedoch noch nicht möglich, und ob aus ihnen überhaupt gültige Schlüsse auf die körperliche und vor allem psychische Verfassung der Gesamtbevölkerung in Stadt und Land, also auch der älteren Jahrgänge, gezogen werden können, ist fraglich. (Man denke nur an die dauernde Blutauffrischung in den Städten durch die Zuwanderung gerade der jüngsten und besten Kräfte vom Lande. Landflucht war ja von jeher eine Landflucht der Jugend.)[92])

In medizinischen Kreisen überwiegen jedenfalls die Stimmen, welche Großstadt und Fabrik in gesundheitlicher Hinsicht für überaus schädlich halten. Diese Tatsache darf nun aber nicht dazu führen, als einzige Möglichkeit zur Veredelung und Verbesserung der Qualität eines Volkes eine möglichst starke Vermehrung aller Landbewohner im Rahmen des Volksganzen anzustreben. Denn so vorbehaltlos läßt sich die Qualität des Stadt- und Landbewohners keineswegs abgrenzen; auch auf dem Lande gibt es große Unterschiede in der Wertigkeit der Menschen, wofür sich wieder die Rekrutierungsstatistik heranziehen ließe: Nach Oppenheimers Feststellung auf Grund der Rekrutierungsstatistik vom Jahre 1908 stellten die ländlichen Selbständigen 186% ihres Solls, während die ländlichen Unselbständigen nur 75% des Solls aufzubringen vermochten.[93]) Andererseits stellt z. B. die Oberschicht der Arbeiterschaft in allen Ländern des germanischen Kulturkreises ein Reservoir sozialbiologisch tüchtiger Erbstämme dar. Um so bedauerlicher ist die Feststellung, daß es leider die im biologischen Sinne Minderwertigen waren, die sich in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich vermehrt haben.

---

91) So berichtet „Der Arbeitsmann" 1935 1. Jahrgg., 2. F. daß die früher zahlreichen Großstadterscheinungen äußerst selten gewesen seien und daß vielmehr verschiedene Landbezirke — was die Heerestauglichkeit anbetrifft — zu wünschen übrig ließen. (Allerdings wurden vor dem Krieg zweifellos strengere Maßstäbe bei den Musterungen angelegt, da der Heeresbedarf genau bekannt war. W. Dohnle i. A. f. Bev.-Wiss. u. Bev.-Pol. 1936 H. 3, S. 131.)

92) Davon abgesehen liegen die Verhältnisse in England umgekehrt. Der dortige Rekrutenmangel entspringt — namentlich bei den Stadtsöhnen — einem schlechten Körperzustand.

93) zit. n. Dr. Keupp, in Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 14 S. 131.

Auf dem Lande z. B. waren die kleineren Landwirte, Häusler und Tagelöhner, die zumeist anderen sozialen Schichten entstammen als der Bauernstand und rassisch oft nicht so hochwertig wie die Bauernschicht sind, geburtenfreudiger als die bäuerlichen Schichten. Die selbständigen Landwirte hatten — nach der amtlichen preußischen Statistik von 1925/27[94]) — mit 9,4 Kindern auf 100 stehende Ehepaare nur wenig mehr als der Landesdurchschnitt betrug (8,95 je 100 Ehen), ja, sie lagen sogar hinter einer Reihe von typisch städtischen Berufen (Rechtsanwälte 10,2, Arbeiter 10,9 Kinder je 100 Ehen). So muß man Professor Lundborg beipflichten, der die Meinung vertritt, daß die rassenhygienischen Verhältnisse auf dem Lande keineswegs so günstig liegen wie allgemein angenommen wird.[95])

Eine Untersuchung von Prof. Lange[96]) in einem Elendsquartier einer Großstadt ergab z. B., daß auf die 26 gezählten Frauen 138 Kinder (= 5,3 auf die einzelne Frau) entfielen. Hiervon waren 32 unehelich, 17 sind sehr jung gestorben, und von den verbliebenen 121 ließ sich wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht allzuviel aussagen, jedoch waren mindestens 29 als geistig oder körperlich abnorm zu bezeichnen.

Andererseits haben die wertvollen Bevölkerungsteile durchweg eine sehr geringe Kinderzahl aufzuweisen. Eine Untersuchung von Muckermann stellte fest, daß beispielsweise die Kinderzahl in den Familien der deutschen Professoren schon seit dem Jahre 1895 nicht mehr zur zahlenmäßigen Erhaltung ausreicht. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine bevölkerungspolitische Bilanz der sog. gebildeten Berufe Hessens.[97]) Die wenigsten Kinder (1,05 im Durchschnitt je Ehe) hatten die Zahnärzte, dann folgen aufwärts die Lehrer (1,2), Juristen (1,3), Apotheker (1,3), Tierärzte (1,35), Aerzte (1,4) und Justizbeamte (1,4). Die meisten Kinder kamen in den Pfarrerfamilien vor (1,95) je Ehe. Im Durchschnitt kann man also bei diesen Berufsgruppen in Hessen mit 1,4 Kindern je Ehe rechnen, eine Zahl, die nicht ausreicht, um auch nur beide Eltern zu ersetzen.

---

94) Kahn i. „Die Wirtschaftskurve" Heft 1, 1931, S. 80 ff.

95) Lundborg a. a. O. S. 17.

96) Arch. f. Rassen- u. Gesellschaftsbiologie Bd. 24 1930, S. 301 ff.

97) Dr. H. W. Kranz i. Arch. f. Rassen- u. Gesellschaftsbiologie 1935, Heft 1, S. 63 ff.

So muß der Geburtenrückgang rasseverschlechternd wirken, da das in der Führerschicht verkörperte Erbgut an geistigen Werten dem Gesamtvolk verloren geht, während andererseits der Anteil der kranken, erbkranken, minderwertigen und asozialen Menschen am Volksganzen steigt. Damit bringt aber die Verstädterung nicht nur die biologischen Grundlagen überhaupt ins Wanken, sondern sie bedingt darüber hinaus eine Umschichtung der Gesellschaft im Sinne der Gegenauslese, „der Herrschaft der Minderwertigen". Sir Chambers schildert diese Entwicklung treffend, wenn er sagt, daß die Großstadt von heute eine Auswahl der Tüchtigsten trifft — um sie dann zu vernichten.[98])

Wie das Land also durch die Abwanderung seiner Besten rassisch degeneriert wird, so die Stadt durch das Aussterben der dort ansässigen Führerschicht. Diese letztere Tatsache wird oft mit dem Hinweis zu erklären versucht, daß eine starke Beanspruchung der Intelligenz sich im allgemeinen schlecht mit der Fortpflanzung vertrage. So weist Grimm daraufhin, „wie merkwürdig viel geistig bedeutende Männer kinderlos gestorben sind". Auch H. Spencer sucht die geringe Fortpflanzung der führenden Schichten mit der Vermutung zu erklären, daß jede höhere Gehirntätigkeit geeignet sei, die Potenz zu schwächen, und der Leipziger Hygieniker Kruse glaubt feststellen zu können, daß die sog. „Langköpfe", die in besonderem Maße das städtische Leben erzeugt, in ihrer Fruchtbarkeit gegenüber den „Kurzköpfen" zurückstehen.[99]) Noch weiter geht Graßl. Er behauptet, daß die geistigen Arbeiter etwa 10 Jahre früher ihre Fähigkeit, sich fortzupflanzen, verlören als die Körperarbeiter.[100])

Wenn auch die Dinge keineswegs so einfach liegen, wie man besonders zuerst glaubte, als Bebel, Marx und Kautsky den Geburtenrückgang als ein Symptom der Entartung auffaßten und an das Nachlassen der potentia generandi glaubten, so findet doch dieser Umstand in neuerer Zeit wieder stärkere Beachtung.[101]) Soviel steht fest, daß die moderne

98) zit. n. Grimm a. a. O. S. 93.

99) zit. n. Zeiss, a. a. O. S. 318.

100) zit. n. Korherr, a. a. O. S. 33.

101) So behauptete Welsmann auf dem Bevölkerungspolitischen Kongress 1935 in Berlin, es handle sich nicht um einen Geburtenrückgang, sondern um einen Zeugungs- und Empfängnisrückgang. — Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß über 3/5 aller deutschen Ehepaare gegen ihren Wunsch kinderlos oder kinderarm sein sollen. Hiergegen spricht auch die Tatsache

Stadt die Lebenskraft ihrer Bewohner in gefährlicher Weise überlastet und ein Maß an Nervenkraft verlangt, das von früheren Generationen nicht gefordert wurde. Die völlige Aufhebung und Umkehrung der göttlichen Naturgesetze in dem Häusermeer der Großstädte bringt es mit sich, daß der Stadtmensch, schon seelisch zerrissen durch weitgehende Arbeitsteilung im Beruf, auch seiner physischen Aufbau- und Erneuerungskräfte weitgehend verlustig geht. „Während auf den Landmann Strahlung, Wärme, Kälte, Regen und Wind meist ungeschwächt einwirken, hat der moderne Mensch seine Zentralheizung und vermeidet ängstlich jeden Zug. Vom durchwärmten Hausflur schlüpft er in das erwärmte Automobil. Durch raffinierte Auswahl der Kleidung weiß er sich jede Temperaturdifferenz fernzuhalten" (Grimm). Wer glaubt, daß sich daran heute im Zeitalter des Sportes Grundsätzliches geändert hätte, mache nur einmal den Versuch, im Winter in einem der in der Regel überheizten Züge, Cafés, Hörsäle, Bibliotheken usw. ein Fenster zu öffnen. Es ist nicht nur der Protest eines Einzelnen, der „den Sünder" daran erinnert, daß eine „Abkühlung" auf 18° C zumindest in Berlin keineswegs erwünscht ist.[102])

Gefördert wird die Verweichlichung in den Städten besonders dadurch, daß jede körperliche Bewegung in der Großstadt durch die Fülle der Verkehrsmöglichkeiten ausgeschaltet wird. Durch diese Verschiebung vieler wichtiger körperlicher Funktionen kommt aber nicht nur der Leib in Unordnung, sondern auch die Seele. Grimm zeigt an Beispielen aus dem Tierreich, daß manche Tiere in der Gefangenschaft bezw. Domestikation zwar länger leben als in der Freiheit, aber oft nur stumpfsinnig dahinvegetieren und ihre früher gezeigte Energie völlig einbüßen. „Während man lange Zeit in zoologischen Gärten usw. glaubte, daß der Grund des Ausbleibens von Nachwuchs bei den gefangenen Tieren in dem veränderten Klima läge, mußte man später feststellen, daß hinter jener Schwäche des Fortpflanzungstriebes weiter nichts als eine seelische Komponente steckte,

---

daß die Geburt des 1. Kindes nicht nachgelassen hat, auch nicht das System der „Ersatzkinder", (wenn ein Kind gestorben ist, erscheint bald wieder ein anderes Kind) zit. n. v. Ungern-Sternberg a. a. O. S. 43.

102) Auf diesem merkwürdigen Standpunkt steht auch leider das Berliner Kammergericht, das einem Geistesarbeiter das Recht zusprach, seine Wohnung fristlos zu kündigen, wenn die Temperatur nicht „mindestens 20° C betrage." (Kammergericht — 17 U — 3244/35 — 12. IX. 1935).

die unmittelbar mit der Freiheitsberaubung zusammenhing."[103]) Selbst bei unseren Hühnern, deren Freiheitsdrang zum größten Teil längst gebrochen ist, konnte Stieve, indem er die Tiere noch mehr isolierte, eine erschreckende Wirkung auf den Keimdrüsenapparat herbeiführen.[104])

Da es auch beim Menschen Erfahrungen mancherlei Art gibt, die beweisen, wie eine anormale Lebensweise schädigend auf die Keimdrüsen wirken kann (Grimm), so ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die sehr niedrige Kinderzahl der Angestellten und Beamten teilweise hiermit zusammenhängt.[105]) „Von jeher hat ja der Bürokrat wegen seiner körperlichen und geistigen Lebensweise als typischer Hypochonder gegolten. Die großen Aemter mit ihren nichtendenwollenden Büros und ihrem schleppenden Instanzenweg schädigen ihre Insassen hinter dem Schreibpult oft leider nicht nur gesundheitlich, sondern auch psychisch."[106])

Jedenfalls wird der Einzelne unter dem Zwang des Stadtlebens in biologisch und psychologisch faßbarer Weise umgestaltet: Neben der Verweichlichung des Mannes spricht die Vermännlichung der Frau hierfür. Besonders die Frauenemanzipation und der Sport lenken die Frau von ihren biologisch-generativen Aufgaben ab oder schädigen sie sogar in biologischer Hinsicht. Auf die Gefahr dieses letzteren Umstandes weist u. a. Dr. D. Skerlj hin, indem er den Sport, wenn er als Höchstleistung und Kampftraining anstatt als Stilübung und Gymnastik gedacht sei, für sehr bedenklich hält. „Die Frau kann und soll", so führt er aus, „Leibesübungen treiben; aber gerade hier hat der Sport Mittel zu sein und nicht Selbstzweck."[107]) Auf alle Fälle läßt durch die zunehmende Angleichung der Geschlechter, die besonders in der Großstadt zu beobachten ist, die Spannkraft in der Ehe nach und mit ihr auch der Wille, seinem eigenen Ich durch eine genügende Zahl von Kindern Dauer zu verleihen. „Der letzte Mensch der Weltstädte", schreibt Spengler, „will nicht

103) Grimm a. a. O. Seite 73 ff.

104) Ders. S. 76.

105) v. Ungern-Sternberg macht hier jedoch geltend, daß unmöglich 70% der Beamten gegen ihren Willen kinderlos oder kinderarm sein können. Viel näher liege die Frage, warum 70% der Beamten keine Kinder wolle?

106) zit. n. Grimm, a. a. O. S. 145.

107) Die bish. Untersuchungen v. Dr. Skerlj an aktiven tschechischen Sportlerinnen mögen noch nicht endgültig sein, jedenfalls geben sie zu Bedenken Anlaß und mahnen zur Vorsicht. (Z. f. Rassenkunde 1935, Bd. 2, S. 176.)

mehr leben, wohl als Einzelner, aber nicht als Typus, als Menge. Das, was den echten Bauern mit einer tiefen und unerklärlichen Angst erfüllt, der Gedanke an das Aussterben der Familie und des Namens, hat seinen Sinn verloren, das Los, der Letzte zu sein, wird nicht mehr als Verhängnis empfunden.

Und so ist man bei der Erklärung für die Gründe des Geburtenrückganges doch wieder da angelangt, von wo man ausging: daß der Geburtenrückgang letztenendes keine Sache des Körpers ist, sondern der Seele, und daß der Geist, der im Menschen wohnt, entscheidend für die Kinderzahl ist.[108]) „Diese Gefahr, sich durch Geist zu zersetzen . . . ist aber die größte der Gefahren der Verstädterung. Sie bewirkt eben durch die Zersetzung schließlich auch das Aussterben derjenigen Familien, die sonst vielleicht städtischer Lebensweise auf längere Dauer gewachsen wären."[109])

Besonders auch das Familienleben ist in der Großstadt der Erschütterung und Auflockerung ausgesetzt und wird in seinem tiefsten Wesen entwurzelt. Der Zerfall der Familie aber, das sehen wir am Beispiel Roms, ist das erste Anzeichen für den Niedergang eines Volkes.[110]) Stark und fest stand einst die römische Familie unter der Herrschaft des pater familias. Als aber die Frau immer selbständiger und die „freie" Ehe die einzig bestehende Eheform der Römer wurde, setzten Sittenverfall und Geburtenrückgang schnell ein (Grimm).

Auch das moderne Bevölkerungsproblem ist in seinem tiefsten Grunde ein Familienproblem. Nicht die einzelnen Individuen in ihrer Isolierung, sondern die Familien sind Träger und Mehrer der lebendigen Volkskraft, sind in biologi-

108) Diese geistige Einstellung scheint auch stärker zu sein als jede religiöse Anschauung: das katholische München hat die gleiche niedrige Geburtenzahl wie das vorwiegend evangelische Stuttgart. Auch innerhalb der bäuerlichen Gemeinden in Baden ist kein Unterschied in der Geburtenzahl zwischen katholischen und protestantischen Gebieten festzustellen. Bei etwa gleicher Einwohnerzahl hatten die Katholiken 30,0 ‰ Geburten im Durchschnitt der Jahre 1852—1926, die Protestanten 30,9 ‰. Lediglich bei einer Untersuchung des Stat. Reichsamtes über die Regierungsbezirke Breslau, Düsseldorf und Pfalz waren die katholischen Ehefrauen durchweg etwas kinderreicher als die evangelischen und die Frauen der übrigen Religionsgruppen. (W. u. Stat. S. H. 15, S. 3.)

109) Günther a. a. O. S. 34.

110) Dagegen konnte Confucius das schwankende Chinesische Reich durch Befestigung der Ehe Jahrtausende hindurch bis heute erhalten.

scher Hinsicht die Zellen des Volkskörpers.[111]) Sind diese Zellen gesund und kräftig, so ist auch der Volkskörper und der Staat gesund. Umso bedenklicher ist es, daß auch bei uns der Auflösungsprozeß der Familie sehr weit fortgeschritten ist. Die Statistik der Ehescheidungen kann hierüber nur bedingt Auskunft geben, da die große Zahl der getrennt lebenden Ehepaare nicht erfaßt wird. Die Ehescheidungen in Deutschland sind von 16 657 im Jahre 1913 auf 42 485 i. J. 1933 gestiegen. Und wieder sind es die Städte, deren Ehemoral so tief gesunken ist. Von 27 000 Ehescheidungen in Preußen im Jahre 1932 entfielen allein rund 9000 auf Berlin.[112])

Auf 1000 Einwohner kamen Ehescheidungen:

	1933	1913
Hamburg	193,4	93,4
Berlin	190,1	110,3
Provinz Ostpreußen	44,3	18,1
Provinz Pommern	48,6	19,6
Grenzmark Posen-Westpreußen	22,8	15,3[113])

Auch diese hohe Zahl der Ehescheidungen in den Großstädten ist erklärlich. Nach der Körper und Geist in hohem Maße abtötenden Tätigkeit in der Fabrik und im Büro sehnt sich der Städter nach Abwechslung und ergreift mit beiden Händen jede Gelegenheit, die sich ihm darbietet. Aber gerade die auf Beschaulichkeit und ruhiger Freude eingestellte Familie kommt dem Wunsch, endlich einmal von allen Bindungen und Fesseln frei zu sein, nicht entgegen. So sucht man andere Gelegenheit, sich zu zerstreuen und gibt sich allen möglichen aufpeitschenden Genüssen hin.

Aber nicht nur soziologisch betrachtet ist die Verstädterung eine große Gefahr, indem sie die Menschen mit den besten Erbanlagen der Gefahr einer Entwurzlung aussetzt, sondern auch in gesundheitlicher Hinsicht bestehen manche Bedenken. Wegen der ausgeglichenen Mortalitätsstatistik zwischen Stadt und Land, die sogar in letzter Zeit die ländlichen Sterbeziffern höher erscheinen läßt, herrscht zwar vielfach die Meinung vor, als entwickeln sich die Verhältnisse in der Großstadt in einem für die menschliche Gesundheit günstigem Sinne (Grimm). Hinzu kommt noch, daß die moderne

111) Burgdörfer i. Ztft. f. Rassenkunde 1935 Heft 2 S. 113 ff.
112) Stat. Jahrbuch f. Preußen 1934, S. 51.
113) W. u. Stat. 1935 Nr. 10 S. 376.

Entwicklung viele Krankheiten ganz oder nahezu ausgelöscht hat.

Aber dafür sind mit der Verstädterung, die infolge des Milieuwechsels die Menschen seelisch und physisch verändert hat, andere Krankheiten erstanden oder zumindest pflegen sie in Großstädten besonders häufig aufzutreten.[114])

Zu den Krankheiten, deren Zunahme seit der Industrialisierung und Verstädterung besonders auffällig ist, gehören als erste die Herzkrankheiten. Gerade hier ist auch die unterschiedliche Sterblichkeit in vorwiegend ländlichen und überwiegend städtischen und besonders großstädtischen Gebieten zu erwähnen. Da man von einer Zunahme der körperlichen Arbeit in der Stadt nicht wohl sprechen kann, ist es offenbar das Nervensystem, insbesondere das vegetative, welches durch das Hetzen und Ueberangebot von Nervenreizen leidet.[115])

Eine andere Krankheit, welche zwar schon eine vieltausendjährige Geschichte hat, durch das neuzeitliche Industriesystem aber besonders gefördert wurde, ist die Tuberkulose (ihr fallen jährlich noch etwa 50 000 Menschen in Deutschland zum Opfer). Es handelt sich hier um eine Umweltskrankheit, die sich in bestimmten Berufen gar nicht vermeiden ließ und von der gerade die lebenskräftigsten Altersstufen heimgesucht wurden. Die Zusammenarbeit vieler Menschen in engen geschlossenen Fabrikräumen begünstigt die Ansteckung. Besonders bedenklich ist die Tatsache, daß für diese Krankheit eine gewisse Empfänglichkeit vererbt werden kann.[116])

Eine doppelt so starke Zunahme wie auf dem Lande haben die Nierenleiden in den Städten erfahren und die

---

114) Da eine einwandfreie stat. Erhärtung dieser Tatsachen infolge verschied. stat. Fehlerquellen jedoch nicht möglich ist, so ist — nach Rücksprache mit dem betr. Referenten im Reichsgesundheitsamt bezw. Stat. Reichsamt — auf die vorhandene Statistik nicht zurückgegriffen worden. (Die Zunahme einzelner Krankheiten und Todesfälle an diesen Krankheiten seit der Verstädterung beruht einmal auf der Ueberalterung des deutschen Volkes. Sodann hat sich auch die Diagnostik im Laufe der Jahre gebessert. Als Hauptursache für ein Versagen der Statistik hinsichtl. der geograph. Verbreitung der Krankheiten muß aber angeführt werden, daß bis zum Jahre 1933 das Wohnortsprinzip nicht auf die einzelnen Todesursachen angewandt worden ist. Von ihm dürften erste wichtige Aufschlüsse über die geogr. Pathologie erwartet werden.)

115) Grimm.

116) Südd. Monatsh. 1936 H. 6, S. 321 ff.

Neigung zu Thrombosen soll heute viermal so stark zu beobachten sein wie früher.[117])

Eine bedeutende Verbreitung haben ferner die Krebskrankheiten im Verhältnis zur Vorkriegszeit erfahren. Da Krebs aber in besonderem Maße eine Krankheit des alternden Menschen ist, so muß hier die Scheinzunahme (bevölkerungspolitische Zunahme) wegen der Ueberalterung des Volkes besonders betont werden. Neuerdings zeigt sich keine (biologische) Zunahme der Krebssterblichkeit mehr, wenn man die Sterbefälle sinngemäß auf die entsprechenden Lebenden bezieht, sondern sogar eine geringe Abnahme.[118]) Dagegen soll nach einer englischen Statistik eine Zunahme der Krebskrankheiten mit der Größe des Wohnorts festzustellen sein.[119])

Auch die Sterblichkeit an Zuckerkrankheit (1933 starben noch über 11 000 Menschen in Deutschland daran) hat in den Kulturländern zweifellos stark zugenommen. Im Gegensatz zur deutschen Reichsstatistik reichen die Angaben hierüber in Preußen bis aufs Jahr 1877 zurück. Diese Zahlen weisen eine derartige Zunahme auf, daß diese sich keineswegs aus dem veränderten Altersaufbau allein erklären läßt. (Die auf 10 000 der Bevölkerung bezogene Sterbeziffer war im Jahr 1932 rund 20 mal so hoch wie ein halbes Jahrhundert vorher.)[120]) Und besonders in den Städten ist die Sterblichkeit an Zuckerkrankheit sehr hoch. Ullmann[121]) konnte zeigen, „daß die Zuckerkrankheit immer da steigt, wo Ansammlungen in großen industriellen Städten stattfanden, daß bestimmte Berufe vermehrt an Zucker erkrankten, und daß die westeuropäischen Industrieländer und die Vereinigten Staaten besonders stark an der Vermehrung der Zuckerkrankheiten teilhaben". In Preußen betrug die Sterbefallhäufigkeit auf dem Lande bis zum Kriege nur etwas über ein Drittel derjenigen in den Städten. In den Nachkriegsjahren lautete das Verhältnis 2 : 1. Der Abstand ist aber in den letzten Jahren wieder größer geworden.[120])

Eine Krankheit, von der merkwürdig viele Städter und Großstädter betroffen werden, ist ferner die Blinddarment-

117) Grimm a. a. O. S. 114.
118) Soz. Praxis 1936 Nr. 14, S. 427.
119) Grimm a. a. O. S. 114 ff.
120) Dr. K. Pohlen i. Reichsgesundheitsbl. 1934 H. 43, S. 902.
121) zit. n. Grimm a. a. O. S. 117.

zündung, der im Jahre 1933 noch über 5000 Menschen zum Opfer fielen. Wenn auch hier eine Gegenüberstellung von Stadt und Land besonders willkürlich erscheinen mag, so gibt doch die hohe Zahl der Operationen in den Großstädten zu denken und sie wird kaum ausschließlich durch die so hoch bezahlte chirurgische Tätigkeit in den Großstädten zu erklären sein. Allerdings spielt hier die bessere Diagnosestellung eine ausschlaggebende Rolle. Jedenfalls weist Grimm darauf hin, daß man beim Neger der Unkultur geradezu von einer Immunität gegen die Appendizitis spricht.

Tauchen schon bei der statistischen Erfassung der Todesursachen in Stadt und Land große Schwierigkeiten auf, so ist ein zahlenmäßiger Nachweis der bloßen Erkrankungen, aus dem sich einwandfreie Schlüsse auf den allgemeinen Gesundheitszustand in Stadt und Land ziehen lassen, gar nicht möglich. Eine starke Zunahme seit der Verstädterung haben aber nach Ansicht vieler Nervenärzte besonders die Neurasthenie und die Hysterie erfahren, ebenso alle Krankheiten, die mit der Nervosität direkt oder indirekt zusammenhängen.[122]) Diese Annahme wird auch durch den reichlichen Gebrauch der Nervengifte in unserer Zeit voll bestätigt. Nicht nur Kaffee, Tee, Nikotin und Alkohol, sondern auch Schlaf- und Beruhigungsmittel haben besonders in den Großstädten ihren ständigen Verbraucherkreis.[123]) Man hofft so, das Bewußtsein der gerade in den Städten oft jämmerlichen Existenz wenigstens vorübergehend auszulöschen und über seelische Verstimmungen hinwegzukommen. Gerade die Melancholie und alles, was in dieser Stimmungsrichtung liegt, ist aber nach der Meinung Grimms die Hauptursache für den Untergang eines Hochkulturvolkes. Aus dem Fehlen des Lebenswillens entspringen jene 2 Erscheinungen, die beide in gleich furchtbarer Weise das Ende bedeuten: Selbstmord und Kinderlosigkeit.[124]) Denn in beiden Handlungen liegt ein

122) Hierher gehören auch 2 Krankheitssymptome, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zugenommen haben und bes. in den Großstädten zu einem Schreckgespenst geworden sind: Die Erhöhung des Blutdrucks und die Schlaflosigkeit. (Grimm a. a. O. S. 113.)

123) Dem Rauschgiftmißbrauch scheint heute allerdings im allgem. keine ernstliche Bedeutung mehr zuzukommen, da die scharfen Bestimmungen der diesbezügl. Gesetzgebung die mißbräuchliche Verwendung dieser Gifte nahezu unmöglich machen. (Veröff. a. d. Geb. d. Medizinalverwaltung 1936 S. 31.)

124) Wie die Geburtenbeschränkung, so waren auch schon im alten Rom nach den Schilderungen der römischen Historiker Selbstmorde an der Tagesordnung. „Die meisten Kaiser endeten durch Selbstmord, so Nero, Otho

Verlöschen des Lebenswillens, einer unbedingt nötigen Eigenschaft jedes Lebewesens. Und es ist kein Zufall, daß gerade dort, wo die Geburtenziffern sehr niedrig sind — in den Großstädten — auch die Zahl der Selbstmorde eine erschreckende Höhe erreicht hat. So betrug die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1932 in[125])

Berlin	2262	=	52	auf 100 000	Einwohner
Hamburg	510	=	45	„ „	„
Leipzig	329	=	46	„ „	„
Dagegen in					
Ostpreußen	470	=	20	„ „	„
Württemberg	664	=	25	„ „	„

Neben der Zahl der Ehescheidungen bildet die große Zahl der Geschlechtskrankheiten und deren Zunahme seit und mit dem Anwachsen der Großstädte einen Maßstab für die Zerrüttung des gegenwärtigen Familienlebens. Vieles freilich hat sich hier in den letzten Jahren gebessert, manches sich aber auch „in der Provinz" verschlechtert, denn der Zugang an Geschlechtskrankheiten in Preußen betrug i. J. 1934 immerhin noch über 225 000 Personen.[126]) Und die Quelle der Ansteckung und Ausbreitung ist fast stets die Großstadt. (Von den Geschlechtskrankheiten wurden 1934 in den Großstädten 53%, in den Gemeinden von 20 000 bis 100 000 Einwohnern = 18% und in den Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern = 24% ermittelt.)[127])

Nicht nur die Zahl der Todesfälle ist in der Großstadt bedeutend höher: schlimmer ist die ungeheure Zahl der körperlich und geistig Kranken und Minderwertigen, die z. B. auf elterliche Syphilis zurückzuführen ist.[128]) Ohne Zweifel könn-

---

und Elagabal. Besonders nach Othos Selbstmord wurde es unter seinen Soldaten zum Sport dies Beispiel nachzuäffen. Und wenn nicht noch mehr Menschen damals Selbstmord begingen, so lag es an ihrer Feigheit allein." (Korherr).

125) W. u. Stat. 1935 Nr. 23, S. 891.

126) Reichsgesundheitsbl. 1936 Nr. 2, S. 22.

127) 1. Beih. zum Reichsgesundheitsbl. 1935 S. 7.

128) Rd. 30% der Insassen eines Berl. Erziehungsheimes für schwachsinnige Kinder waren mit angeborener Syphilis behaftet. (Reichsgesbl. 1935 Nr. 36 S. 792. — Während bei der Syphilis das Schwergewicht in den Fehlgeburten, Totgeburten und Geb. syphilit. Kinder liegt, sind Trippererkrankungen oft gänzlich unfruchtbar. (Gottschalk i. Volk u. Rasse 1936 H. 3, S. 105.)

ten Hunderttausende von Kindern mehr aufgezogen werden, deren Entstehen durch die Geschlechtskrankheiten unmöglich gemacht ist. Besonders die Gonorrhoe steht unter den Erkrankungen, die der Quantität der Nachkommenschaft im Wege stehen, obenan. Nach medizinischen Urteilen sollen Gonorrhoe und Syphilis ⅕ aller Ehen in Deutschland in ihrer Fruchtbarkeit beeinträchtigen und jährlich die Geburt von etwa 1,5 Millionen Kindern verhindern.[129])

Daß gerade in den Großstädten (besonders Hafen- und Fremdenstädten) die venerischen Erkrankungen weit mehr verbreitet sind als in den anderen Städten oder gar auf dem Lande, ist nur natürlich. Schon der in solchen Städten oder in der Großstadt Heranwachsende befindet sich ja in einer besonders schwierigen Atmosphäre, die ihm die sexuelle Befriedigung im Verkehr mit der Prostitution oft als Selbstverständlichkeit erscheinen lassen mag, umsomehr, als sich Gelegenheit hier auf Schritt und Tritt bietet.[130]) Infolge des starken Frauenüberschusses in den Städten sowie mit dem Eintritt der Frauen in den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sind für viele derselben die Chancen einer Ehe sehr gesunken, andererseits ist aber auch bei ihnen das Bedürfnis, als Frau zu leben, nicht weniger vorherrschend. So werden viele in eine Situation gedrängt, in der sie die Vorteile des Ehelebens genießen, andererseits dessen Belastungen und Sorgen vermeiden können. Die Reihe dieser Frauen, die weder zur ausgesprochenen Prostitution noch in die Zahl der bürgerlichen Ehen gehören, bildet heute eine durchgehende breite Bevölkerungsschicht in den Großstädten (Rossée). Hier tauchen aber wieder andere Probleme auf, denn die Annahme, daß chemische Vorbeugungsmittel, jahrelang angewandt, die Konzeptionsfähigkeit beeinträchtigen können, ist nicht von der Hand zu weisen. Auch auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen vieler pfuscherhafter Abtreibungen wäre hinzuweisen.[131])

---

129) Der Geb.-Ausfall durch Tripper wird in Deutschland auf jährlich 200000 (Prinzing, Bumm) bis zu ½ Mill. (Lenz) geschätzt. (Rchgesbl. Nr. 36 S. 729.)

130) Rossée, a. a. O. S. 79 ff. — Diese Gefahr besteht besonders bei Akademikern (wegen ihres hohen Heiratsalters), reisenden Kaufleuten, Künstlern u. a. So wurde i. J. 1891 festgestellt, daß bei Berliner Studenten die jährliche Erkrankungsziffer sich auf 25 % belief. Dr. J. Preger i. Rchsgesbl. 1935 Nr. 36 S. 792.)

131) v. Ungern-Steinberg a. a. O. S. 47.

Neben den Geschlechtskrankheiten ist es besonders der Alkohol, der eine außerordentliche Qualitätsverminderung des Volksganzen ausübt und Anlaß zur Entstehung typischer Geisteskrankheiten ist.[132])

Schwachsinn, Epilepsie, Idiotismus und andere Zeichen geistiger Minderwertigkeit sind in Trinkerfamilien häufig. Und gerade die Großstadt ist es, die einen hohen Prozentsatz der Insassen der Irren- und Zuchthäuser stellt. Fischer[133]) stellte fest, daß der Alkohol in den Großstädten die bei weitem häufigste Form der Seelenstörungen bedingt und zwar seien 42—49% der in den Pflegeanstalten aufgenommenen Männer aus der städtischen Bevölkerung durch Alkoholmißbrauch aufnahmebedürftig geworden. Kraepelin[133]) hält den Alkohol bei einem Drittel der in München aufgenommenen Männer für die unmittelbare Ursache der Geisteskrankheit. Trunksucht und Geisteskrankheit laufen so als parallele Erscheinungen nebeneinander her wie Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten. Aus derselben Statistik geht hervor, daß zwischen 76% und 29%, mindestens aber 43% der Fälle von Geschlechtskrankheit durch Alkoholwirkung bedingt waren. Wieviel Selbstmorde, Verkehrsunfälle, Sittlichkeitsverbrechen und andere Straftaten auf Alkoholmißbrauch zurückzuführen sein mögen, läßt sich aus einer Untersuchung von Bär folgern, der feststellte, daß in deutschen Strafanstalten 41,7% aller Gefangenen ehemalige Trinker waren.[134])

Besonders bedenklich aber ist es, daß durch den Alkoholmißbrauch nicht nur die Betreffenden selbst geschädigt werden, sondern daß dem ganzen Volk der Ballast Hunderttausender epileptischer, idiotischer und mit verbrecherischen Anlagen behafteter Nachkommen aufgebürdet wird. Legrains gibt an, daß von 761 untersuchten Trinkerkindern 72,6% entartet gewesen wären. Bei vierhunderttausend Trinkern in Deutschland, von denen etwa dreihunderttausend verheiratet sind, ist mit einer Zahl von einer Million sittlich gefährdeten Kindern zu rechnen.[134])

Schließlich spricht aber auch die wirtschaftliche Seite mit. Die Ausgaben für Alkohol beliefen sich 1933/34 auf 4,2 Mil-

---

132) Allerdings scheint der Alkoholmißbrauch dank einer verschärften Trinkerfürsorge, infolge sportlicher Betätigung, stellenweise auch wegen Geldknappheit oder aus Furcht vor der Sterilisierung abgenommen zu haben. (V. a. d. Geb. d. Med. Verwaltung 1936 H. 5 S. 31.)

133) Soziale Praxis 1935, H. 40, S. 1146.

134) H. Wessel i. Soz. Praxis 1935 H. 40, S. 1146 ff.

liarden RM., also rund 65 RM. je Kopf der Bevölkerung. Hinzu kommen die Kosten für die Unterbringung der Trinker. Die Stadt Düsseldorf mußte z. B. für einen Trinker und seine Familie seit 1924 rund 25 000 RM. aufwenden, mit dem Erfolg, daß heute die ganze Familie asyliert werden muß. Die sozialen Lasten der Trunksucht in Hamburg vor dem Kriege wurden auf die volle Hälfte aller Armenlasten geschätzt.[135]) Freilich treffen die geschilderten Tatsachen nicht ausschließlich auf die Städte zu. Aber schon daraus, daß von rund 25 000 wegen Geistesschwachheit und sonstiger Gebrechen i. J. 1932 in Preußen untergebrachten Personen allein 22 000 auf die Fürsorgeverbände in Berlin entfallen, läßt sich doch ersehen, daß die Großstadtbevölkerung einen besonders hohen Anteil der in Irren- und Zuchthäusern und sonstigen sozialen Anstalten untergebrachten Menschen stellt.

All dem wird die neue Gesetzgebung zukünftig einen Riegel vorschieben: die Qualität des Nachwuchses wird gewinnen und jenes Millionenheer der Minderwertigen wird abnehmen und somit wird eine ungeheuere Last und Quelle sozialer Uebelstände beseitigt werden. Aus den „Veröff. a. d. Gebiet der Medizinalverwaltung" über den allgemeinen Gesundheitszustand seit 1933 läßt sich jedenfalls ersehen, daß sich den bisherigen günstigen bevölkerungspolitischen Tatsachen ebensolche auf rein gesundheitlichem Gebiet zur Seite stellen lassen. Auch die Zahl der Abtreibungen, der Alkoholismus und schließlich die Zahl der Selbstmorde haben abgenommen. Das ist der Erfolg einer bewußten Gesundheitspolitik und einer weitschauenden Erziehungsarbeit des Staates.

b) In sozialer Hinsicht.

Als wichtigste soziale Folge der Verstädterung aber ist die Entstehung eines breiten Lohnarbeiterstandes zu betrachten. Da im Rahmen der modernen Gesellschaftsordnung nur Leistung und Erfolg den Ausschlag gaben, löste „die zweckorientierte Vernunft das moderne Gemeinschaftsleben in eine schicksalslose Arbeits-Maschinerie auf und bahnte so die Proletarisierung der Großstadtbevölkerung an. Wo an Stelle des qualitativ-unersetzlichen das Prinzip des mechanischen Funktionswechsels trat, blieb der gesellschaftliche Nivellierungsprozeß, die Proletarisierung der Gesellschaft, nur

135) Münch. Med. Wochenschr. 1935 S. 2051.

eine Frage der Zeit" (Schulze). Bis zu 70% der Einwohner umfaßt heute z. B. die Lohnarbeiterschaft in den Ruhrstädten. Diese Massenanhäufung wirtschaftlich abhängiger, zum Teil arbeitsloser Personen gibt in sozialer Hinsicht zu schweren Bedenken Anlaß. Denn alles, was bisher für die Großstädte allgemein gekennzeichnet wurde, trifft in verstärktem Maße für ihre Arbeiterviertel zu. Das zeigt ein Vergleich der Zahlen von 8 Berliner Arbeiterbezirken (in denen die Arbeiterbevölkerung rund 50% ausmacht) mit den Zahlen für Gesamtberlin (20 Bezirke). Selbstmorde, Fürsorgefälle, Schutzaufsicht und Jugendgerichtsfälle fallen zu 50% auf diese 8 Bezirke.[136])

Auch der „Wissenschaftliche Arbeitsdienst" des Soziologischen Seminars an der Hamburger Universität ist der Frage nachgegangen: Wo wohnen die Fürsorgezöglinge, die Verwahrlosten und die jugendlichen Kriminellen? Als Antwort schälten sich alsbald einige deutlich abgrenzbare Hamburger Mietskasernen-Quartiere heraus. Es wurden z. B. die Wohnungen von 1400 Hilfsschulkindern (körperlich und geistig zurückgebliebene Kinder) festgestellt — erwartungsgemäß befanden sie sich in den gleichen Elendsvierteln. Eine Reihe polizeilicher Delikte, die als Anzeichen besonderer Asozialität gelten können: Trunksucht, Familienzwiste, Schlägereien, Prostitution, kleine Diebstähle wurden nach den Akten der Revierpolizei im Hinblick auf ihre Häufigkeit in den verschiedenen Quartieren zusammengestellt. Die Lehrer führten für diese Untersuchung eine Sondererhebung über die Wohnung der sog. C-Kinder durch, das sind die von den Schulärzten als in besonders schlechtem Gesundheitszustand befundenen Kinder: auch sie stammen überwiegend aus den gleichen Bezirken.

Dann sah die Fürsorgebehörde ihre sämtlichen z. Zt. laufenden Fälle, 14 500 Bogen, in Zusammenarbeit mit dieser Untersuchung auf ihre Personalien hin durch. Auf jedem tritt deutlich immer wieder an den gleichen Stellen des großen Stadtkörpers die soziale Wunde der Elendsquartiere hervor. Innerhalb dieser Gebiete zeigten sich dann als physisch und moralisch besonders gefährdete Bezirke die Hinterhauswohnungen (30—40% der Hilfsschüler) aus.[137])

136) Dr. Uebler i. Siedlung u. Wirtsch. 1936, H. 8, S. 328 ff.
137) zit. nach Frankf. Ztg. 1935.

Auch auf den Bildungsstand wirkten sich die Wohnverhältnisse in der Großstadt in denkbar schlechter Weise aus. Aus einer Umfrage bei Schulkindern in Berlin z. B. geht hervor, daß die meisten Großstadtkinder kaum ihre Heimat richtig kennen, kaum etwas wissen von Wald und Feld, von Bach und See, von Busch und Baum . . .[138])

So sind die Großstädte auch in qualitativer Hinsicht zu Sammelbecken aller negativen Tendenzen geworden.

Damit ist freilich nicht das Volksproblem der heutigen 20 Millionen Großstädter abgetan. Denn die Großstadt und ihre Bevölkerung — ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung — sind ein gewaltiges Phänomen und Problem deutschen Volkstums, seiner Gegenwart und seiner Zukunft.[139]) Aber auch ohne daß man die Großstadtbevölkerung als unterwertig hinstellt — ein Fehler der häufig begangen wird — wird man eine Wiedereingliederung der Großstadtbevölkerung in den Rahmen der deutschen Landschaft aus den aufgezeigten Gründen als eine der wichtigsten Aufgaben ansehen müssen. „Hinterhof und Nationalsozialismus sind Dinge, die sich nie mit einander vertragen werden. Vermassung führt zur Anarchie, wir aber wollen den Aufbau."[140])

2. Auswirkung der Landsiedlung.

a) In qualitativer Hinsicht.

Auch im Hinblick auf die bevölkerungspolitische Aufgabe der ländlichen Siedlung sind die rein zahlenmäßigen Siedlungsergebnisse durch eine in die Zukunft blickende qualitative Bewertung zu ergänzen. Dies umsomehr, als bei dem engen Raum, in den das deutsche Volk eingepreßt ist, der Bevölkerungsvermehrung ohnehin gewisse Grenzen gezogen sind, und Deutschland an eine Außenkolonisation wohl vorerst nicht denken darf. „Selbst im ostdeutschen Raum ist nicht die rein zahlenmäßige Verdichtung der Bevölkerung als solche das Entscheidende, sondern die Tatsache, daß es

138) 70 % von ihnen hatten z. B. keine Vorstellung von einem Sonnenaufgang, 54 % hatten noch keinen Sonnenuntergang gesehen; 62 % hatten noch nie eine Lerche gehört, 49 % noch nie einen Frosch, 53 % noch nie eine Schnecke gesehen, 66 % wußten nicht was ein Dorf, 59 % nicht was ein Aehrenfeld ist. (zit. nach „Bauen, Siedeln, Wohnen" 1935 Nr. 21).

139) Hellpach, i. Z. f. Geopol. S. 234.

140) H. Roosch i. „Reichsplanung" 1936.

Bauerngut ist, verwurzelte Menschen, deren Kinder bereit sein werden, für die ererbte Scholle mit ihrem ganzen Sein einzutreten" (Seraphim).[141])

Was die qualitativen Auswirkungen der ländlichen Siedlung anbetrifft, so kann es natürlich nicht Sinn der Siedlung sein, Krankheiten, Kriminalität, Prostitution, Alkoholismus und andere Uebel, die in bestimmten Großstadtbezirken gehäuft aufzutreten pflegen, durch bloße räumliche Umgruppierung der Bewohner aus der Welt schaffen zu wollen. Derartige „Gesundungsmaßnahmen" müssen von vornherein scheitern, höchstens werden die „Umgesiedelten" auch noch auf ihre neue Umgebung ansteckend wirken.

Die qualitativen Folgen der ländlichen Siedlung werden sich vielmehr nur mittelbar und im Laufe von Generationen auswirken, indem nämlich durch die Siedlung die wertvollen bäuerlichen Bevölkerungselemente erhalten und verstärkt werden und so eine innere Gesundung des ganzen Volkes herbeigeführt wird. Zwar ist das gegenwärtige deutsche Bauerntum — wie Günther betont — heute noch nicht der Grund von Erbanlagen, dessen es zur Neuschöpfung des Gesamtvolkes bedarf. Aber richtunggebend für die Zukunft kann allein die Gestalt des deutschen Bauern sein.[142]) Im gleichen Sinn schrieb schon E. M. Arndt: „Im Bauernstand wohnt mehr als in anderen Klassen des Volkes ursprüngliche und gediegene Naturkraft, die Reinheit der Sitten, die Treue und Redlichkeit der Gesinnung." Zu diesen „anderen Klassen" gehören aber nicht nur der Großstädter, sondern auch der ehemalige Instmann, und so bleibt „der Bauernhof diejenige Umwelt, die der erblichen Veranlagung der meisten Menschen am angemessensten ist. Eine Volkserneuerung kann sich daher allein unter dem Sinnbild der ländlichen und wuchshaften Welt des Bauern vollziehen".[143])

Ohne eigentliche Begeisterung, aber doch mit ruhiger Selbstverständlichkeit geht der Landmann seinem schweren Berufe nach, der noch vorwiegend an die Natur gebunden ist. Und da es die ganze Arbeit ist, bleibt es auch der Mensch selber. „Hierin liegt gerade das Geheimnis aller gesunden und lebenfördernden Arbeit, daß ihr Rhythmus auf den menschlichen Organismus nicht zersetzend wirkt, sondern

141) zit. n. Schroeter a. a. O. S. 5.
142) Günther a. a. O. S. 35.
143) Derselbe S. 47.

aufbauend und erlebend."[144]) Der Fluch der Arbeitsteilung ist dem Landmann genau so fremd, wie das gehetzte Arbeitstempo in den Städten. Das Ziel seiner Arbeit ist der Hof, damit die Familie und die Erhaltung der Art — in der Stadt nur Gelderwerb. Gegenstand der Arbeit auf dem Lande ist stets etwas Natürliches, „Gewachsenes" — beim Städter nur tote Sachwerte, „Fabriziertes" (Günther). Auch von der Schärfe des Wettbewerbes, die den Städter kaum jemals richtig zur Ruhe kommen läßt und besonders Verheiratete und Aeltere oft benachteiligt, ist auf dem Lande kaum etwas zu spüren. Das Bewußtsein, daß nur ein Teil des Erfolges der Arbeit beim Menschen liegt, während der andere einer höheren Macht überlassen bleiben muß, gibt dem Landmann jene innere Ruhe und Abwartung, die so oft fälschlich als Beschränktheit aufgefaßt werden. Es wird dabei ganz übersehen, daß gerade die Anfänge aller Kultur in ländlicher Einsamkeit entstanden sind und die Städte — heute zwar unbestritten Sitze der Hochkultur — oft mehr repräsentativ als initiativ hervorgetreten sind. „Schon in der antiken Weltstadt Rom wird man in der langen Reihe römischer Literaten der Kaiserzeit — Horaz, Vergil, Ovid. Livius, Seneca und hundert anderen — kaum einen geborenen Stadtrömer finden" (Korherr).

Eine Statistik aus unserer Zeit, die Prof. Giese[145]) aufgestellt hat, beweist das Gleiche. Sie bezieht sich auf 10 000 lebende Zeitgenossen, die sämtlich sich durch besondere Leistungen irgendwelcher Art aus der Masse hervorgehoben haben, also einen gehobenen Querschnitt geistiger Veranlagung darstellen. Addiert man alle Prozentzahlen für die 3 Abteilungen: Großstädte, Kleinstädte, Land, die etwa je ein Drittel umfassen, so betragen für die

Großstädte (über 100 000 Einw.) d. Gesamtprozente 422,2

Kleinstädte (hier 2000—100 000) d. Gesamtproz. jedoch 1402,9

das Land (unter 2000 Einw.) d. Gesamtprozente 1472,7

So bedingt auch der Wert einer derartigen Statistik sein mag, soviel läßt sich jedenfalls herauslesen, daß das Land die meisten geistigen Führer erzeugt und daß die Großstädte am

144) Schulze a. a. O. S. 44.
145) Ztschrft. f. Geopol. 1934 S. 659.

schlechtesten dastehen.[146]) Diese Tatsache, die kaum anzuzweifeln ist — man denke nur an das kleine Württemberg, das eine unverhältnismäßig große Zahl geistig hervorragender Menschen hervorgebracht hat — ist wohl nicht zuletzt auf die Charaktereigenschaften des Bauernvolkes zurückzuführen, „die Beharrlichkeit, Treue, Ehrfurcht und das Selbstbewußtsein, den aufrechten, stolzen, biederen Charakter, die herrliche Steifnackigkeit, wie man sie am Schreibpult und in der Beamtenlaufbahn so überaus selten finden kann, wo die Elastizität des Rückgrates immer mehr zur Kardinaltugend geworden ist."[147])

So war und bleibt das Bauerntum die Urform völkischen Lebens und der Bauernhof die ewige, natürliche und lebensnotwendige Grundlage, „weil sich an ihm das Gesetz, die Sitte, die Ehre, die Liebe befestigt" (E. M. Arndt).

b) In sozialer Hinsicht.

Nach Sering ist es die soziale Aufgabe der Siedlung, „die Verfassung der Großbauern- und Großgüterdistrikte in demokratischem Sinne umzugestalten, die Klassengegensätze zu überbrücken und die Grundbesitzverteilung gleichmäßiger zu machen, neben den großen und mittleren viele kleine, selbständige Stellen zu begründen".[148])

Darüber hinaus steht die Siedlung aber vor der gewaltigen Aufgabe, aus besitzlosen Massen wieder ein bodenverbundenes Volk zu machen, aus städtischem Massenbetrieb wieder individuelle natürliche Tätigkeit, gegen die Maschine in der Großstadt wieder den Menschen auf eigenen Grund und Boden zu stellen. Ein stärkstmöglicher Ausgleich zwischen den bisher so verschiedenartigen Schichten der Landbevölkerung durch die Siedlung wäre besonders zu begrüßen. Denn die Landarbeiterflucht — 80% des Gesamtverlustes der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen sind Landarbeiter und Gutshandwerker — ist ja vor allem durch ihre soziale Stellung bedingt.

---

146) „Dafür gibt es in den Städten viele Halbgebildete, ‚Zivilisationsliteraten', die sich als Volksführer aufspielen. Für ein Volk ist solche Begabung aber nur schädlich." (Günther a. a. O. S. 43.)

147) Grimm, a. a. O. S. 99 ff.

148) zit. n. Maxion S. 77.

Das bisherige Siedlungsergebnis zeigt, „daß an Stelle von 100 Großgrundbesitzern auf derselben Bodenfläche 2850 neue Bauern ansässig werden, mit dem Unterschied, daß der Großagrarier durchschnittlich je 422 ha besaß, während der Bauer je 14,6 ha besitzt. An Stelle von je rund 7000 abhängigen Existenzen treten damit, auf die Gesamtbevölkerung von 100 früheren Großgütern gezählt, 13 500 unabhängige Existenzen“.[149]) Daß die neuen Siedler kein neues Landproletariat darstellen sondern erhebliche Vermögenswerte verwalten, zeigt die Tatsache, daß ein normaler Siedlungshof einen Wert von rund 20 000 RM. darstellt, mit einem Jahresumsatz von 7000 RM. unter einigermaßen günstigen Verhältnissen.[149])

Auch die Landzulagen an die Anliegersiedler sind von großer sozialer Bedeutung. Wenn durch sie praktisch bisher auch keine Vollbauernstellen erreicht werden konnten — bei Zulagen von durchschnittlich 1—2 ha Größe — so sind sie doch für die soziale Aufstiegsmöglichkeit wichtig und bringen eine soziale Erleichterung durch die Besserung der Lebensbedingungen. Darüber hinaus aber strahlen die sozialen Wirkungen der Siedlung auch auf die Städte aus, die sich zu einem erheblichen Teil aus dem Nachwuchs der ländlichen Bevölkerung ergänzen. Das gilt natürlich auch in hervorragendem Maße von der Kleinsiedlung, deren besondere Stärke in ihren günstigen sozialen Auswirkungen liegt.

149) Die Deutsche Volkswirtschaft 1935, S. 758.

C. Grenzen der Verstädterung und Landsiedlung.

1. Grenzen der Verstädterung.

Mit dem Nachlassen des stürmischen Bevölkerungswachstums in Deutschland hatte auch die Periode der hypertrophischen Städtebildung und Städteentwicklung ihr Ende gefunden. Denn die wichtigste Voraussetzung für eine ungehemmte Verstädterung war ja entfallen. Hinzu kam, daß der Fortschritt im rein Wirtschaftlichen und Materiellen, der für ein Jahrhundert der Inhalt unserer Zivilisation gewesen war, seine werbende Kraft eingebüßt hat. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die große Arbeitslosigkeit in den Städten und verbunden damit eine grundsätzliche Wandlung in der Einstellung weiter Bevölkerungskreise zur Stadt ließen den Zustrom dahin merklich abflauen. In neuerer Zeit waren es ferner Eingemeindungs- und Zuwanderungsverbote, die bewußt auf eine Auflockerung der Großstädte hingezielt haben.

Trotz allem ist aber der Verstädterungsprozeß in Deutschland nicht zum Stillstand gekommen, sondern er hat sogar bis heute weitere Fortschritte gemacht und er wird sie auch weiterhin machen, selbst wenn die Zuwanderung in die Städte nachlassen sollte.

Die Geburtsjahrgänge 1900/1914, die jetzt das Hauptkontingent der Ehefähigen stellen, sind ja trotz dem starken Geburtenrückgang in den Vorkriegsjahren unter der Stadtbevölkerung noch immer zahlreicher vertreten als die jetzt allmählich aus dem Heiratsalter herausgewachsene „Kriegsgeneration."[1]) Von einer bevölkerungs-strukturell bedingten Abnahme der Eheschließungen darf demnach im Augenblick noch nicht gesprochen werden. Andererseits bedeutet aber auch der Geburtenrückgang auf dem Lande noch nicht, daß dadurch die Zuwanderung in die Städte im bisherigen Um-

1) Burgdörfer, i. Deutsche Wirtschaftszeitung 1932 S. 741.

fang jetzt schon zurückgehen müßte, denn der erste Jahrgang der „Kriegskinder" hat heute gerade erst das 22. Lebensjahr erreicht. Aber auch in dem unwahrscheinlichen Falle völliger Abdrosselung der Binnenwanderung würde sich die Großstadtbevölkerung aus sich selbst heraus noch bis zum Jahre 1945 zahlenmäßig auf der gleichen Höhe halten.[2]) Viel näher liegt jedoch die Annahme, daß durch die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, die Auswirkungen des Reichserbhofgesetzes, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht u. a. die Abwanderung vom Lande durch Hinzutreten jüngerer und älterer Jahrgänge so lange auf ihrer jetzigen Höhe erhalten bleibt, bis die starke Bevölkerungszunahme der letzten Jahre wieder zu einer stärkeren Abwanderung in die Städte und dortselbst zu einer stärkeren Besetzung der heiratsfähigen Altersklassen führen wird. Es ist jedenfalls seit den letzten Jahren ein erneuter Zustrom in die Städte feststellbar, sodaß die früheren Abgänge — besonders bei den sächsischen Großstädten — mehr als ausgeglichen wurden. Bei einem Verlauf der Binnenwanderung wie in den Jahren 1925/30 würde die Großstadtbevölkerung aber — nach Burgdörfers Berechnung — noch bis zum Jahre 1960 um rund 3 Millionen anwachsen. Hierbei ist die starke Geburtenzunahme der letzten Jahre — die zum großen Teil auf das Konto der Städte kommt — noch nicht mit berücksichtigt. Bezieht man alle diese Tatsachen in die Rechnung mit hinein, so wird man kaum von einer natürlichen Grenze der Verstädterung in absehbarer Zeit sprechen können, wenngleich die Periode der stürmischen Großstadtentwicklung auch vorbei zu sein scheint. Besonders „von einer bevölkerungs-strukturell bedingten Stagnation der großstädtischen Haushaltbildung kann für die nächsten 2 Jahrzehnte keine Rede sein".[2])

Deshalb erscheint es notwendig, auch den Menschenmassen, die nun einmal in der Stadt leben und leben müssen, die Möglichkeit einer gesunden, naturgemäßen Lebensführung zu geben.

Selbstverständlich aber bleibt es ein Gebot völkischer Selbsterhaltung — und das ist oberstes Gebot — keinerlei

2) Burgdörfer in Deutsche Wirtschaftszeitung S. 741. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird unterstrichen durch den großen Wohnungsfehlbedarf der letzten Jahre, der vom Inst. f. Konjunkturforschung Ende 1935 auf 1,5 Mill. beziffert wird und der bes. in den Großstädten (und zwar in Kleinwohnungen) besteht. So wird allein in Berlin der Fehlbedarf mit 100 000 Kleinwohnungen angegeben.

Maßnahmen, die zur Entstädterung führen können, unversucht zu lassen. In gleicher Richtung drängen noch andere Rücksichten hygienischer, sozialer, städtebaulicher und verkehrstechnischer Art und nicht zuletzt die Forderung des Luftschutzes. „Hierzu sind Maßnahmen nötig, die den Einzelnen fester machen gegen die anziehenden Kräfte, gegen den sozialen Sog der größeren Stadt, also Hebung des Bauerntums in wirtschaftlicher Beziehung, der ländlichen Kultur und des Reizes und Ansehens des ländlichen Lebens".[3]) Daran müssen dann durchgreifende Maßnahmen zur tatsächlichen Entstädterung, zur Entstädterung der Siedlungsweise, zur Umlagerung der Industrie, zur Auflockerung der Großstädte und Sanierung der Elendsquartiere, planmäßige Großstadtgestaltung und Stadtrandsiedlung, Seßhaftmachung des Nachwuchses der Landbevölkerung auf dem Lande, Begründung des „Neuadels aus Blut und Boden" erfolgreich anknüpfen.

Aber die Tatsache, daß die ländliche Siedlung in bevölkerungsstatistischer Hinsicht günstige Auswirkungen zeitigt, besagt nicht allzuviel, wenn dieses Mittel nicht auch in erforderlichem Maße angewandt werden kann. Und nach dieser Richtung bestehen leider erhebliche Bedenken.

2. Grenzen der Landsiedlung.

a) Von der Siedler-Seite.

Die Frage, ob Siedler genug vorhanden sind, hat eigentlich nie ein ernsthaftes Problem gebildet. Schon im Mittelalter zur Siedlung des Deutschordens kamen „von allen Seiten die Siedler, es war, als wollte kein Stamm hinter dem anderen zurückstehen, um bestes Blut für das junge preußische Tochterland herzugeben".[4]) Auch Friedrich der Große hatte — von der Anfangszeit seiner Siedlungstätigkeit abgesehen — stets genügend Siedlungswillige zur Hand.

In der Vorkriegszeit mußte dagegen für Ostpreußen zum Teil auf deutsch-russische Rückwanderer zurückgegriffen werden.[5]) Das lag allerdings mehr an dem Widerstand der maßgebenden Kreise in Ostpreußen als an einem Fehlen siedlungsfähiger Menschen.

---

3) Hartnacke i. Volk und Rasse, 1936 H, 5, S. 186.
4) K. u. T. Gatz a. a. O. S. 133.
5) Bräuning a. a. O. S. 204.

Auch in den ersten Nachkriegsjahren bis zum Jahre 1925 basierte die Siedlung in Preußen stark auf deutschen Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten Ostdeutschlands. Dann erst setzt sich mehr und mehr das einheimische Siedlerelement durch.

Heute sind die psychologischen Voraussetzungen für die Siedlung günstig und wir haben viele Menschen, die bereit sind, auch unter großen Entbehrungen harte Bauernarbeit auf sich zu nehmen. Besonders mit der gestiegenen Rentabilität der Landwirtschaft ist auch die Nachfrage nach Stellen gestiegen.[6])

Bloßer guter Wille seitens des zukünftigen Siedlers aber ist für den Erfolg der Siedlung nicht ausreichend. Bauerntum ist keine Wirtschaftsform, sondern eine Lebensform, eine Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft, die durch Geschlechter hindurch geht. Bauernleben und Bauernarbeit ohne Uebernahme und ohne Weitergabe der Ueberlieferung ist nicht möglich. So kommen in der Regel die zahlreichen arbeitslosen Industriearbeiter als Siedler nicht in Frage. Denn abgesehen davon, daß der Beruf des Bauern eingehende Schulung und Eingewöhnen in die ländlichen Lebensverhältnisse erfordert, „lernt der Fuß, der 30 Jahre lang Asphalt getreten hat, nicht mehr die Scholle treten". Daß es einen Berufswechsel zum Bauerntum hin nicht gibt, hat sich sehr deutlich in England gezeigt, wo die Umsiedlung von Industriearbeitern keine Erfolge gezeitigt hat.[7]) Auch in Deutschland konnten im Jahr 1933 nur 60 Arbeiter aus der Ruhrindustrie in Bauernstellen untergebracht werden.[8]) Eine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes wird also von der Seite der bäuerlichen Siedlung kaum zu erwarten sein.[9])

Während in den ersten Jahren der Geltung des Reichssiedlungsgesetzes noch 40—50% der Siedler Angehörige nichtlandwirtschaftlicher Berufe waren, ging dieser Anteil bis zum

---

6) Die Gesamtzahl der i. J. 1934 amtsärztlich untersuchten bäuerlichen Siedlungsbewerber betrug 15776. Von diesen waren 11204 (71 %) in den Landkreisen mit rein ländlichem Charakter ansäßig. (Dr. K. Pohlen a. a. O. S. 1 ff.)

7) G. Boetz i. Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 23, H. 12, S. 551.

8) zit. n. „Bauen, Siedeln, Wohnen." 1935 Nr. 23, S. 477.

9) Auch Sering ist der Ansicht, daß das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit im Wege der Innenkolonisation allein so wenig zu lösen sei wie etwa durch Förderung des Exports. — Eine bedeutende Erleichterung bei der Lösung des Problems der gewerbl. Arbeitslosigkeit wird aber die nebenberufliche Siedlung bringen.

Jahre 1934 auf 11% zurück. Ein Drittel der Neubauern, die 1934 auf ihre Höfe gezogen sind, waren bereits vorher in der Landwirtschaft hauptberuflich als Selbständige tätig. Seit dem Jahre 1929 ist man mehr und mehr dazu übergegangen, besonders die Landarbeiter, die früher auf dem aufgeteilten Gute tätig waren, anzusiedeln. Das war früher wesentlich anders. So nimmt Albrecht an, daß in Preußen von 1887 bis 1919 die Siedlung rund 16 000 Familien (etwa ¾ der früher großbetrieblich beschäftigten Landarbeiterfamilien) verdrängt hat, an deren Stelle von außerhalb zugezogene Kolonisten getreten sind. Auch für die Jahre 1919/1931 ergibt sich, daß 7032 Familien (41% der Gesamtzahl) zu anderen Erwerbsgelegenheiten abgedrängt wurden, bezw. das Angebot, eine Siedlerstelle zu übernehmen, ablehnten.

In den letzten Jahren ist durch zahlreiche Erlasse die Fürsorge des Gesetzgebers für die Landarbeiterfamilien zum Ausdruck gekommen, sodaß der Satz, jeder Siedler verdränge einen oder gar mehrere Landarbeiter, heute nicht mehr zutrifft.[10]) Mit fast 56% der Stellen konnten im Jahr 1934 frühere landwirtschaftliche Hilfspersonen selbständig werden, während diese Gruppe in den ersten Jahren bis 1925 nur 7 bis 12% ausmachte. Ihrem bisherigen Wohnsitz nach entstammten im Jahre 1934 = 4127 (84%) der Siedler dem Siedlungsgebiet, darunter befanden sich 1212 (das sind 25% der Gesamtzahl) ehemalige Landarbeiter und Angestellte der aufgeteilten Güter.[11])

Aber immer ist eine Seßhaftmachung der Landarbeiter nicht möglich, sei es, daß diesen die nötigen Mittel fehlen, ihre Kenntnisse oder ihre Arbeitskraft zur Bewirtschaftung einer Bauernstelle nicht ausreichen oder schließlich ihre Ansetzung aus nationalpolitischen Gründen — insbesondere in den Grenzgebieten — nicht erwünscht ist. Vielfach fehlen auch die rassischen und erbbiologischen Voraussetzungen, was natürlich auch für die Siedlerfrau Geltung hat.[12]) Denn

10) Seit 1933 sind 7000 neue Landarbeiterwohnungen errichtet, 60 000 renoviert und billige Kredite gewährt worden.

11) Einen einwandfreien Beweis dafür, daß sogar alle ehemaligen Gutsarbeiter angesiedelt werden können, bieten die unter Betreuung S. Bröderich's in Mecklenburg durchgeführten Siedlungen. (Dr. Bölefahr a. a. O. S. 306).

12) Dr. Schroeter weist darauf hin, daß sich die Mehrzahl der erbbiologisch Nichterwünschten in Mecklenburg aus ehemaligen Tagelöhnern zusammensetzt. Auch Lenz spricht aus, „daß die Landarbeiter für Siedlungszwecke meist gänzlich ungeeignet seien." (a. a. O. S. 21.)

an sie werden ja besondere Ansprüche gestellt, entfallen doch bei den Betrieben von 5—20 ha Größe rund 50% aller Arbeit auf die Siedlerfrau.[13]) Ferner besteht die Gefahr, daß im Leben Gescheiterte ihre letzte Zuflucht zum Siedeln nehmen. Der Mißerfolg, zu dem diese Siedler kommen müssen, steht von vornherein fest.[14])

So wurde auch durch den Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. 1. 1934 die Auswahl der künftigen Bauern auf besonders strenge Grundlagen gestellt und die erbbiologischen Gesichtspunkte wurden in den Vordergrund gerückt: Grundsätzlich kann nur Neubauer werden, wer außer der Fähigkeit, den neuen Hof ordnungsmäßig zu bewirtschaften, auch die geforderten bevölkerungs- und rassepolitischen Voraussetzungen erfüllt. Arbeiter und Angestellte des aufgeteilten Gutes werden zuerst berücksichtigt, es folgen nachgeborene Bauernsöhne, Landarbeiter usw.[15])

Da die Möglichkeit für eine schnelle und umfassende Rückführung der arbeitslosen Industriearbeiter auf das Land verhältnismäßig eng begrenzt sind, muß mit umso größerem Nachdruck angestrebt werden, wenigstens einen möglichst großen Teil des auf dem Lande befindlichen Nachwuchses im Wege der Siedlung auf dem Land dauernd seßhaft zu machen. Hier liegt eine große Aufgabe der Siedlung, für die durch das Reichserbhofgesetz betroffenen nachgeborenen Bauernsöhne einen Ausgleich zu schaffen. Allein hierzu müßten — nach Berechnungen Burgdörfers[16]) — bis zum Jahre 1960 rund 600 000 Siedlerstellen geschaffen werden. Und hier taucht vielmehr die Frage auf, ob für ein so umfassendes Siedlungs-

13) Dr. A. Sprengel i. „Siedlung und Wirtschaft" 1934 S. 162.

14) Ein besonders treffendes Beispiel dafür stellt die ostfriesische Siedlung Moordorf dar, die 1766 mit ausgedienten Soldaten und Zigeunern neben einigen friesischen Bauern ins Leben gerufen worden war. Die Geschichte dieses Siedlungsdorfes ist eine einzige Kette von Elendsbildern bis auf den heutigen Tag. Anfang 1933 erhielten in M. von den 3000 Einw. über 1100 Pers. Wohlfahrtsunterstützung. „Auf sich selbst angewiesen würde M. nicht einen Tag aus sich selber heraus leben können. („Neues Bauerntum", Bd. 27, H. 3.)

15) Von insgesamt 15676 i. J. 1934 untersuchten Siedlungsbewerbern waren 12713 siedlungstauglich und 632 (4,7 %) untauglich für die bäuerliche Siedlung. Wie streng die Prüfung der Siedler ist, sieht man daraus, daß bei der Eignungsprüfung für Ehestandsdarlehen nur 2,8 % für untauglich befunden wurden. (Dr. K. Pohlen.)

16) Burgdörfer a. a. O. S. 99.

werk auch das erforderliche Land — es würden rund 6 Millionen ha hierzu benötigt — vorhanden ist. Man darf schließlich nicht vergessen, daß 1918 neben anderen wertvollen Landesteilen unsere aussichtsreichsten Siedlungsprovinzen Posen und Westpreußen verloren gegangen sind.

b) Von der Land-Seite.

Prof. Sering hat im Jahre 1919 als Grundlage für das RSG. folgende Vorräte an Siedlungsland festgestellt: 2 Millionen ha Moore, Oedland und Heide; 243 797 ha Preuß. Staatsdomänen; von 9 320 000 ha Bauerngütern von 20—100 ha Größe stehen 40% zum Verkauf, das sind 4 200 000 ha; Landlieferungssoll der Landlieferungsverbände von den Großgütern 1 695 086 ha, d. s. zusammen 8 319 056 ha.[17])

Von 1919—1934 wurden erworben bezw. bereitgestellt 1,2 Millionen ha. Diesem geringen Abgang stand aber ein bedeutendes Mehr an Angebot von Gütern und Großbauernbetrieben gegenüber. „Wenn wir", so folgert E. Schmid,[18]) „daraus Durchschnittsstellen von 8 ha (32 Morgen) bilden, so ergibt dies 1 Million Siedlungen mit 4—5 Millionen Menschen darauf. Das gäbe eine Bevölkerungsverschiebung zwischen Stadt und Land, die etwa den Verhältnissen vom Jahre 1900 entsprechen würde."

Die tatsächlichen Siedlungsmöglichkeiten dürften jedoch in diesem Umfang nicht gegeben sein. Einmal hat sich als feststehend ergeben, daß 100 ha Gutsland nur 60—70 ha nutzbares Siedlungsland ergeben.[19]) Dann aber ist die Stellengröße von 8 ha für den Durchschnitt viel zu gering angenommen. (Die im Jahr 1935 durchschnittlich ausgelegte Fläche betrug 17,5 ha.) Die ertragärmsten Gebiete, insbesondere auf den Gütern des baltischen Höhenrückens, beiderseits der mittleren Oder sowie des östlichen Flämings kommen für eine kleinbäuerliche Siedlung gar nicht in Frage.

Eine Vermehrung des Bauernstandes in Deutschand ohne Zurückdrängung des Großgrundbesitzes ist nicht möglich. Man läßt sich hierbei nicht von eigentumsfeindlichen, bolschewistischen Ideen leiten, sondern von der Erkenntnis, daß gerade im Bauerntum und nicht im Großgrundbesitz die Wur-

17) E. Schmid a. a. O. S. 32.
18) Derselbe.
19) Derselbe, S. 38.

zeln des Staates liegen.[20]) („Die Rittergüter bilden das größte Hindernis für die Bevölkerungszunahme" [Justi].)[21])

Eine große Anzahl von Gütern im Osten ist ferner derart verschuldet, daß ihre Weiterexistenz unmöglich erscheint. Riesige Aufwendungen öffentlicher Mittel sind notwendig, um große Teile des ostdeutschen Großgrundbesitzes am Leben zu erhalten. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe über Erbhofgröße, deren Anteil an der Zahl der entschuldeten Betriebe nur etwa 6% ausmacht, sind mit fast 50% an der Gesamtsumme der für den Osten bewilligten Darlehen beteiligt.[22]) So wurde bislang höchstens die Allgemeinheit „enteignet", die immer und immer wieder die Subventionen für die Großbetriebe aufbringen mußte. Wem aber dies als Rechtfertigung für eine beschränkte Aufsaugung des Großgrundbesitzes noch nicht genügt, der denke nur an den furchtbaren Leidensweg des ostdeutschen Bauerntums im Laufe der Jahrhunderte.[23]) Es ist nur recht und billig, den deutschen Osten wieder zu dem zu machen, was er einst war: zu einem deutschen Bauernland.[24])

Die Siedlungstätigkeit unserer Zeit erfolgt somit fast ausschließlich (zu 85—90%) durch Aufteilung von Großgütern. Für die Nachkriegszeit dient als Maßstab für den zu besiedelnden Raum die Bestimmung des RSG., wonach in den Großgüterdistrikten Ostdeutschlands, Sachsens und Schleswig-Holsteins etwa ein Drittel der gesamten Großbetriebsfläche (nach der Zählung von 1907) zur Besiedlung abgegeben werden sollen. Das wären rund 1,5 Millionen ha Nutzfläche. Da das Landlieferungssoll bis zum Jahre 1934 erst zu 54% ausgenutzt war, müßte sich noch eine Verdoppelung des bisherigen Siedlungsergebnisses erreichen lassen.

---

20) In dieser Erkenntnis schufen schon die Römer besondere Agrargesetze, wonach von dem römischen Gemeindeland niemand mehr als 500 Joch besitzen durfte, um so ein Aufsaugen der Bauern durch Spekulanten zu verhindern. (Grimm, a. a. O. S. 107).

21) zit. n. Arndt a. a. O. S. 12.

22) Dr. Kummer i. „Neues Bauerntum" 1935 H. 7, S. 349.

23) Darré bezeichnet die Fläche, die schätzungsweise im 19. Jahrhundert an den Großgrundbesitz übergegangen ist mit 4,3 Mill. Morgen (zit. n. Schöpke a. a. O. S. 71). Sering gibt an, daß von den 50er bis 80er Jahren allein in Schlesien mehr als 400000 Morgen Bauernland von den Großbetrieben aufgesogen wurden. (Wagenbach a. a. O. S. 28.)

24) Dr. Hartwig i. Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 24, H. 8, S. 408.

Von der Enteignungsbefugnis, der ultima ratio des RSG., ist bisher nur in wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden, da infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Großbetriebe auf dem Wege freien Erwerbs genügend Großbetriebsland zur Verfügung stand.[25])

Aber der Sicherungsschutz der Osthilfe bewirkte ein sinkendes Landangebot und Ende 1932 belief sich der Landvorrat der Siedlungsgesellschaften nur noch auf 47 000 ha.[26]) Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. 6. 1933 schaffte durch die Möglichkeit, die Entschuldung durch Landabgabe zwecks Förderung der Siedlung durchzuführen, hier eine Besserung. So belief sich der Landvorrat 1934 auf 130 000 ha, 1935 auf 120 000 ha und am 1. Januar 1936 auf 121 000 ha.

Zuverlässige Zahlenangaben über das wahrscheinliche Ausmaß der zukünftigen Siedlung lassen sich aber nicht machen und alle Schätzungen laufen Gefahr, mit einer Reihe von Fehlerquellen behaftet zu sein. Unter diesem Vorbehalt sind auch folgende Schätzungen und Berechnungen zu betrachten:

Würde man die gesamte in Deutschland vorhandene großagrarische Fläche besiedeln, so würden auf Grund der bisherigen Ergebnisse 665 000 Köpfe zusätzlich der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit zugeführt werden können, Handel und Verkehr mitgerechnet etwa 800 000.[27]) Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Dr. Rieker:[28]) „Nimmt man radikalste Siedlungspolitik an, nämlich Aufsaugung der gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe, so würde dadurch die Möglichkeit gegeben, die Zahl der Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft um nicht ganz 800 000 zu erhöhen.

Wesentlich höher muß das Ergebnis natürlich ausfallen, wenn man auch die nichtständigen ländlichen Arbeiter, sowie die Familienangehörigen über 14 Jahre, die in der Regel als Vollbeschäftigte in der Landwirtschaft gelten können, mit berücksichtigt. Die Großbetriebe umfassen insgesamt etwa 5 Millionen ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, beschäf-

25) E. Lang a. a. O. S. 8 ff. Nur $^1/_{1000}$ der Fläche des bisherigen Siedlungslandes des nat. soz. Deutschland entstammt einer Enteignung. („Neues Bauerntum" H. 4 1935 S. 147).

26) H. J. Seraphim i. Z. f. d. ges. Staatswissenschaften 59. Band 1934 H. 1.

27) Die Deutsche Volkswirtschaft 1935 S. 785.

28) Dr. Rieker i. Deutsche Wirtschaftszeitung 1935.

tigen aber etwa nur rund 1 Million Personen.[29]) Auf 100 ha entfallen somit etwa 20 Personen. Die bäuerlichen Betriebe zwischen 2 und 100 ha umfassen rund 20 Millionen ha, beschäftigen aber etwa 9 Millionen Personen,[29]) sodaß hier auf 100 ha etwa 45 Personen entfallen. Bei restloser Aufteilung der Großbetriebe würde das eine Mehrbeschäftigung von 1¼ Millionen Menschen bedeuten.

Bezieht man auch die großbäuerlichen Betriebe zwischen 20 und 100 ha, die 8,8 Millionen landwirtschaftlich genutzter Fläche mit 2,3 Millionen Beschäftigten umfassen, in die Rechnung mit hinein, so würden bei deren Aufteilung weitere 1,6 Millionen Menschen mehr beschäftigt werden können. Schließlich würde die Erschließung der Oedländereien Kulturland für schätzungsweise 150 000 neue Bauernstellen schaffen.[30])

Aber die Verwirklichung all dieser Pläne erscheint ausgeschlossen, denn eine restlose Zerschlagung des Großgrundbesitzes kommt schon aus betriebswirtschaftlichen und produktionstechnischen Gründen und vor allem vom Standpunkt der Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung aus nicht in Frage.[31]) Außerdem liegen die meisten großen Güter im deutschen Osten und damit auf Boden, der so intensive Bearbeitung wie auf Gütern im übrigen Deutschland völlig ausschließt. Es können also die im wesentlichen im Westen und Süden des Reichs gelegenen Bauernbetriebe nicht mit den im wesentlichen im Osten heimischen Großbetrieben hinsichtlich der Personenbesetzung verglichen werden.

Vergleicht man deshalb (wie Quante)[32]) nur Pommern und Ostpreußen und rechnet als bäuerliche Betriebe solche zwischen 10 und 20 ha, als großbäuerliche Betriebe solche über 200 ha, so lassen sich bei voller Aufteilung der Großgüter und bei Schaffung von Vollbauernstellen nur 400 000 bis 450 000 Personen mehr ansetzen, sodaß die unmittelbare

---

29) Betriebsinhaber im Hauptberuf, Familienangehörige über 14 Jahren, sowie ständige und nichtständige familienfremde Arbeitskräfte über 14 Jahren. (stat. Jahrbuch 1934 S. 61)

30) Stadermann i. „Bauen, Siedeln, Wohnen" 1935 Nr. 22, S. 370.

31) Gleichwohl lassen die Statistiken über die Leistung älterer Siedlungen erkennen, daß selbst bei der Annahme einer vollen Aufsiedlung des Großgrundbesitzes der Ausfall an für den Markt verfügbarem Getreide und Kartoffelmehl so begrenzt ist, daß im Rahmen der Marktordnung nur bescheidene Umdispositionen zur Bewältigung des Defizits nötig wären.

32) P. Quante „Die Flucht aus der Landwirtschaft".

bevölkerungs-statistische Auswirkung der bäuerlichen Siedlung nur sehr gering wäre.[33])

Unterstellt man schließlich Wollenwebers Untersuchung als richtig, so würde sich für die Vermehrungsmöglichkeit durch Aufteilung der großen Güter folgendes ergeben: Da sich durch die Besiedlung eine Bevölkerungsverdichtung von 15 Personen je 100 ha ergeben hat, so wäre durch Siedlung bei restloser Aufteilung des Großgrundbesitzes ein Zuwachs von rund 700 000 Menschen möglich.[34])

Wenn diese verschiedenen Berechnungen auch im einzelnen von einander abweichen, so läßt sich aus ihnen doch eins ersehen: Daß nämlich der bäuerlichen Siedlung von der Landseite her zu enge Grenzen gezogen sind, um die Bevölkerungsverdichtung im deutschen Osten herbeizuführen, die aus volks- und nationalpolitischen Gründen notwendig erscheint.[35])

Deshalb wird die Vollbauernsiedlung zugunsten der nebenberuflichen Landsiedlung in den nächsten Jahren mehr und mehr in den Hintergrund treten müssen. So sieht der E. Koch-Plan eine Industrialisierung des deutschen Ostens[36]) vor mit dem Ziele, die Bevölkerung in wirksamer Weise zu verdichten, da eine entscheidende Bevölkerungsvermehrung durch die ländliche Siedlung allein nicht möglich ist. Rund 70% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Ostpreußen sind in bäuerlichen Betrieben genutzt, die Land nicht abgeben können. So schätzt Niemeyer in Uebereinstimmung mit dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, Koch, daß in Ostpreußen höchstens 30 000 Bauernstellen neu zu schaffen seien. 60% stellen arbeitslos gewordene Landarbeiter, Gutsangehörige und dergl. dar, so daß nur 40%, das wären 60 000 Menschen, insgesamt durch die ländliche Siedlung in Ostpreußen neu angesetzt würden, wodurch gerade der Wanderungsverlust eines Jahrfünfts ausgeglichen würde.[37])

---

33) Auch von Borsig kommt in seinem Buch „Reagrarisierung Deutschlands?“ nur zu einer tatsächlich möglichen Zahl von etwa 350 000 neuzuschaffenden Vollsiedlerstellen mit etwa 600 000 Vollbeschäftigten (S. 19.)

34) Vergl. Wollenweber a. a. O. S. 62. — Quante bemerkt hierzu, daß die von W. untersuchten großen Güter vor der Besiedlung eine „Unterbesetzung“ an Menschen aufweisen. (Quante a. a. O. S. 375.)

35) Nach einem Wort des Führers wohnen allein in Ostpreußen 1½ Mill. Menschen zu wenig.

36) Das Wort „Industrialisierung“ stammt aus der Presse. Genau genommen wird eine „Vergewerblichung“ erstrebt.

37) zit. n. „Bauen, Siedeln, Wohnen“ 1935 Nr. 23, S. 477.

Andererseits sind in Deutschland Beispiele genug von blühender Industrie auf dem Lande. So ist neben Sachsen besonders in Württemberg und Baden die Industrie in überraschender Gleichartigkeit über das ganze Land dezentralisiert. In Württemberg wohnen noch heute annähernd 50% der industriellbeschäftigten Arbeiterschaft auf dem Lande.[38]) Trotzdem ist auch die Siedlungsstruktur Württembergs nicht vollendet, auch Württemberg kennt Notstandsgebiete und steht gerade in demographischer Hinsicht keineswegs günstig da.[39])

Aber eine agro-industrielle Entwicklung liegt auch im Interesse des Nährstandes im Osten selbst und so ist es von großer Wichtigkeit, daß in dem ostpreußischen Dorf nicht nur der Erbhofbauer, sondern auch der deutsche Arbeiter wohnt. „Die Notwendigkeit einer planvollen Verteilung der gesamten Bevölkerung Deutschlands über das ganze Land wird unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit von Handwerk, Industrie und Landwirtschaft, der Verkehrserleichterung und des Schutzes vor feindlichen Angriffen zwingend."

Schließlich soll im Osten weder eine Industrie herangezüchtet werden, die in Wettbewerb mit den schon bestehenden west- und mitteldeutschen Industrien treten müßte, noch hat die Schaffung neuer gewerblicher Werkstätten den Unterton einer Autarkie, sondern es ist an die Ausnützung der ostpreußischen Bodenvorkommen (Ton, Kalk, Torf, Holz, Wasserkräfte usw.), sowie die Veredlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gedacht (Konserven-, Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien). Ferner kommen hier Fabriken in Frage, die ihr Absatzgebiet in Ostpreußen oder den Randstaaten haben (Maschinenfabriken, Eisenwerke, Schiffswerften usw.).

Die neuen Industrieunternehmungen sollen gleichmäßig über das flache Land verteilt werden und der ostpreußische Industriearbeiter soll bodenständig und krisenfest in den hier vorhandenen Raum eingebaut werden, er soll Dorfbewohner werden (Fabrikdorf). Er soll kein Konkurrent des Bauern,

38) Dr. v. Beckerath i. Z. f. Selbstverw. 1931 Nr. 16, S. 374.

39) Hier ist die Geburtenhäufigkeit im Vergl. zum Höchststand (1875 = 47,2 ‰) bis zum Jahre 1932 auf 15,6 ‰ abgesunken, womit die Württembg. Zahlen die Durchschnittszahlen des Reiches erreicht haben. (1932 = 15,5 ‰. Der Geb. Ueberschuß betrug 1932 in Württembg. und im Reich 4,3 ‰.)

sondern sein Mitkämpfer in der Erzeugungsschlacht und im Kampf um die Erhaltung des Nachwuchses sein.

Der Plan sieht vor, in Ostpreußen ein bis anderthalb Millionen Menschen anzusiedeln (etwa 300 000 Familien), wofür eine Fläche von 1 Million ha erforderlich ist. So soll nach und nach der ganze großagrarische Osten industrialisiert werden. Hierzu wäre die Umsiedlung von anderthalb Millionen Familien erforderlich, für die (bei 3½ ha je Siedlerstelle) etwa 5 Millionen ha nötig wären.[40])

Die Durchführung dieses Planes wäre von großer Wichtigkeit, da eine jährliche Schaffung von 4000—5000 neuen Bauernstellen, wie sie in den letzten Jahren erzielt wurde, aus volks- und nationalpolitischen Erwägungen heraus zu gering erscheint.[41])

Allerdings zeigt die Höhe der hierzu erforderlichen Mittel — die Durchführung des gesamten Planes wird mit rund 25 Milliarden veranschlagt — zugleich die Grenzen auf, die auch von der finanziellen Seite der Siedlung gezogen sind.

c) Von der Finanzierungs-Seite.

Wichtiger und entscheidender als die Frage der Landbeschaffung ist heute für eine großzügige Siedlungstätigkeit die Frage ihrer Finanzierung.

Vor dem Kriege standen neben öffentlichen auch zahlreiche private Mittel zur Verfügung. Der umfassende Kapitalverbrauch durch den Krieg, der Raub deutschen Eigentums durch die Siegerstaaten, die Reparationszahlungen, die politische Lage, Inflation und Bankenzusammenbruch hatten aber zu einer Verfassung des Kapitalmarktes geführt, die jede Beteiligung an der Entwicklung des Siedlungswerkes ausschloß. Da die ausländischen Summen zu anderen Zwecken verwandt wurden, lag die Finanzierung der Siedlung in der Nachkriegszeit ausschließlich bei Reich und Ländern.

---

40) G. Wiedemann i. Ztschrft. f. Geopol. 1933, S. 692. — Neuerdings gab Dr. Ley einen Siedlungsplan der Deutschen Arbeitsfront bekannt, wonach in den nächsten 10 Jahren 5 Mill. Siedlungen erstellt werden sollen.

41) Legt man die Geburtenzahl v. J. 1933 zugrunde, so ergibt sich, daß mit der Durchführung von 200000 bäuerl. Stellen ungefähr 80000 kinderreichen bäuerl. Familien über 1,3 Mill. kinderreiche Arbeiter-Familien entsprechen. (Dr. Ludowici i. S. u. W. 1936, H. 2.)

Nach der Entwertung der für die Siedlungsfinanzierung zur Verfügung stehenden Mittel durch die Inflation wurden erst im Dezember 1924 wieder die ersten staatlichen Mittel für die ländliche Siedlung zur Verfügung gestellt, die bis zum Jahr 1930 die Höhe von 104 Millionen erreichten.[42]) Für die Grenzlandsiedlung hatte der Reichstag auf 5 Jahre einen Zwischenkredit von zusammen 150 Millionen zugesagt, dessen Trägerin die Deutsche Rentenbankkreditanstalt war. Ferner sind aus Mitteln des Reichsarbeitsministeriums von 1926 bis 1930 rund 203 Millionen der Siedlung zugeflossen.[42])

Aber nicht nur die absolute Höhe der Mittel, sondern vor allem die Art und Weise, wie der Einsatz der staatlichen Hilfe erfolgt, bedingt weitgehend die Lebensmöglichkeit und Lebenskraft der Siedlung. Eine erfolgreiche und sozial wirksame Siedlung hat zur Voraussetzung, daß billiger und möglichst langfristiger Kredit zur Verfügung steht, also ein Dauerkredit, wie er vor der Inflation in der Form des Rentenbankkredits bestanden hatte.[43]) Deshalb wurde im Jahre 1927 die Landesrentenbank mit einem Grundkapital von 20 Millionen geschaffen, um durch Ausgabe von Landesrentenbriefen wieder Mittel zu Dauerkrediten zu beschaffen. Aber der erhoffte Erfolg blieb aus.

Auf Grund einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 26. 9. 1930 wurde die Deutsche Siedlungsbank mit einem Grundkapital von 50 Millionen RM. gegründet. Durch die neue Fassung ihrer Satzung vom 8. 12. 1933 ist ihr die Aufgabe zugewiesen worden, „im gesamten Reichsgebiet die Schaffung von Bauernhöfen . . . zu fördern."[44]) Die Anstalt hat namentlich Zwischen-, Dauer- und Einrichtungskredite zu gewähren.

Bisher hat die Deutsche Siedlungsbank alle benötigten Mittel zur Verfügung stellen können, obwohl der nationalsozialistische Staat nicht nur leere Kassen, sondern auch eine

---

42) H. Schmidt a. a. O. S. 17 ff.

43) H. Schmidt a. a. O. S. 31 — während der Dauerkredit dazu dient, die Abdeckung des Kaufpreises zu erleichtern, soll der Zwischenkredit die eigenen Mittel des Siedlungsunternehmers während der Dauer des Verfahrens ergänzen. Schließlich ist noch staatlicher Kredit zur Finanzierung der öffentlichrechtlichen und gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen erforderlich. (Die dt. ländl. Siedlung S. 28.)

44) Abschn. C. der Richtlinien f. d. Neubildung dt. Bauerntums vom 1. 6. 35. (Neues Bauerntum 1935 H. 6, S. 265.)

schwebende Schuld in Höhe von 3 Milliarden vorfand.[45]) Bis Ende September 1934 bewilligte die Deutsche Siedlungsbank Kredite von insgesamt 527 Millionen Mark. Durch diese Kredite sind der Siedlung Landflächen von insgesamt 613 000 ha zugeführt worden, mit denen rund 40 000 Stellen geschaffen und rund 8000 bestehende Kleinstellen vergrößert werden konnten. Etwa 3000 Stellen entstanden auf rund 350 000 ha früheren Oedlandes. Ferner wurden 10 000 Siedlern Einrichtungskredite von insgesamt 17,3 Millionen RM. bewilligt.[46])

Grundsätzlich hat der Siedlungsunternehmer einen Teil der bei der Durchführung des Siedlungsverfahrens entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln aufzubringen. Zur Ergänzung der eigenen Mittel des Siedlungsunternehmers gewährt das Reich für den Ankauf von Siedlungsland und den Aufbau neuer Bauernhöfe Zwischenkredite für nicht mehr als 2 Jahre von der Auszahlung des ersten Teilbetrages ab, der mit 4% zu verzinsen ist. Zur Sicherung des Zwischenkredites ist auf dem Siedlungsgrundstück eine brieflose Grundschuld in der vollen Höhe des bewilligten Kredites zugunsten der Deutschen Siedlungsbank einzutragen. Der neue Siedler hat mindestens 10% des Kaufpreises aus eigenen Mitteln anzuzahlen, das notwendige Inventar mitzubringen, oder entsprechende Mittel nachzuweisen. Der Rest des Kaufpreises ist wie folgt zu verzinsen: im 1. Jahr keine Zinsen, im 2. Jahr 1%, im 3. Jahr 2,5%. Nach Ablauf dieser Frei- und Schonjahre ist die Restkaufschuld mit 4% jährlich zu verzinsen.

Besonders geeignete Bewerber können zur Anzahlung und Einrichtung Einrichtungsdarlehen erhalten, die nicht mehr als 2000 RM. betragen dürfen, zinsfrei sind und nach Ablauf von 5 Jahren, bei Moor- und Oedland nach 10 Jahren, mit 4% jährlich zu tilgen sind.

Zur Vergrößerung der vorhandenen Wirtschaftsgebäude kann der Anlieger einen Besiedlungskredit bis zu 2000 RM. erhalten, der mit 4% zu verzinsen ist und für den keine Frei- und Schonjahre eingeräumt werden.

Ganz allgemein läßt sich sagen, daß heute bereits eine erhebliche Senkung des Kapitalaufwandes bei der Siedlung durch Senkung der Baukosten um annähernd die Hälfte erreicht ist.[47]) Trotzdem war für die Anzahlung des Kaufprei-

45) H. Schmidt a. a. O. S. 61.

46) „Bauen, Siedeln, Wohnen", 1935 Nr. 2, S. 30 ff.

47) Bräuning, a. a. O. S. 214.

ses sowie die Anschaffung von lebendem und totem Inventar in Ostpreußen in den letzten Jahren für eine Vollbauernstelle noch rund 12 000 RM. nötig.[48]) Da sich auch von der Seite der Bodenpreise die Situation für die Siedlung gewandelt hat, so ist man der Forderung Serings, eine Vollbauernstelle in Ostpreußen dürfe höchstens 20 000 RM. kosten, heute sehr nahe gekommen.[49]) Da aber der kostenvermindernde Erfolg der neuen Siedlungsmethode zu einem großen Teil durch die verringerte Kapitalbildung der Siedler illusorisch gemacht wurde,[50]) kamen die kinderreichen aber vermögenslosen Landarbeiter nur wenig für die Siedlung in Betracht, zumal vor 1933 als Auslesefaktor der Siedler lediglich die Höhe der Anzahlung diente. Deshalb wird heute mehr und mehr auf die gesunde Art der Aufbausiedlung zurückgegriffen nach dem Grundsatz: der Siedler soll siedeln, nicht soll für ihn gesiedelt werden.

Finanzierung der Kleinsiedlung.

Ueber die Finanzierung der Kleinsiedlung hat sich der Reichsarbeitsminister in einer Rede vom 25. 5. 1935 ausgelassen.[51]) Demnach sollen die Aufwendungen für Grund und Boden und die Kosten für die Kleinsiedlung weitgehend auf dem privaten Kapitalmarkt aufgebracht werden durch private erste und so weit wie möglich zweite Hypotheken. Daneben sollen die Siedler mindestens 20% des Bau- und Bodenwertes selbst beisteuern, wobei auf die Eigenleistung der Siedler u. a. der Wert ihrer eigenen unentgeltlichen Mitarbeit angerechnet werden soll. Hinzutreten sollen Personalkredite aller Art, ferner auch Darlehen des betreffenden Werkes selbst, wie es die Siedlungen von Krupp, Siemens, AEG., IG. Farben, Osram u. a. bereits verwirklicht haben. Nötigenfalls muß nach den Methoden der bäuerlichen Siedlung durch Einschaltung geeigneter Institute eine der Siedlung angepaßte Finanzierungsform gefunden werden. Die noch zur Verfügung stehenden Reichsmittel und zwar sowohl die durch Ablösung frei gewordenen als auch die neuen bereitgestellten sollen

48) Dr. Dietterich i. Schr. z. Förderg. d. Inn. Kol. H. 47, S. 16.

49) Der Durchschnittspreis je Stelle i. J. 1934 betrug 21 978 RM. (Vjhhefte z. Stat. d. Dt. Reiches 1935 H. 3.)

50) Seraphim i. Ber. üb. Landw. Heft 77, S. 52.)

51) Arch. f. Bev. Wiss. u. Bev. Pol. 1935 H. 3, S. 199 u. Siedlung u. Wirtschaft 1935 H. 13, S. 103.

dann zur Ausfüllung der Finanzierungslücke zwischen 1. und 2. Hypothek einerseits und der Eigenleistung des Siedlers andererseits sowie zur Deckung der Kosten für die Einrichtung der Siedlerstellen eingesetzt werden.

Die Finanzierung geschieht bisher so, daß eine 1. Hypothek bis etwa 40% des Wertes sich verhältnismäßig leicht beschaffen läßt. Die Beschaffung der 2. Hypothek erfolgt mit Reichsbürgschaften bis etwa 70% des Wertes und der Rest durch Eigenkapital oder Arbeitgeberdarlehen usw.[52]) Bau- und Einrichtungskosten dürfen in der Regel 4000 RM. betragen, die Belastung monatlich 25 RM. und sie darf grundsätzlich ¼ des baren Nettoeinkommens des Siedlers nicht übersteigen.[53])

Da mit der Siedlung die Wehr-, Wirtschafts- und die Volkskraft, also die ganze Zukunft unseres Volkes finanziert wird, so ist die neue Bestimmung, nach der das Reich nicht nur Reichsbürgschaften gewährt, sondern Darlehen bis zur Höhe von 1500 RM. geben will, sehr zu begrüßen. Aber die Tatsache, daß der Umfang der staatlichen Mittel, die zukünftig für die Siedlung zur Verfügung stehen, bei dem Vorrang der Finanzierung der Landesverteidigung nicht zu übersehen sind, ist für die Durchführung des Siedlungswerkes in erforderlichem Umfang nachteilig und hemmend. So wird eine starke Förderung der Spartätigkeit für die Siedlungsfinanzierung entscheidend sein, zumal die Summen, die sich am Kapitalmarkt aufbringen lassen werden, kaum über ½ Milliarde hinausgehen dürften.[54])

Die Summen, um die es sich bei der Siedlungsfinanzierung handelt, sind naturgemäß riesig, aber doch für die heutige Zeit und die jetzige Regierung nicht überwältigend, wenn man die bisherigen Ausgaben gegenüberstellt.[55]) Und schließlich stehen hier höchste Werte auf dem Spiel: die Existenz des Volkes und damit des Staates. So wird die Frage der Finanzierung für den nationalsozialistischen Staat niemals

52) W. Gebhardt i. Monatshefte f. Nat. Soz. Siedlungspolitik 1936 Nr. 5, S. 155.

53) „Neues Bauerntum" 1936 Heft 5, S. 210 ff.

54) Dr. H. Rittershausen i. Siedlung und Wirtschaft 1936 Nr. 5, S. 245.

55) Der deutsche Hausbesitzerverband berichtet z. B. in einer Denkschrift vom Sommer 1931, daß seit der Revolution für Wohnungsbeschaffung 17 Mrd. ausgegeben worden sind, der größte Teil in Großstädten. Schließlich haben wir schon 50—60 Mrd. an unsere Feinde bezahlen müssen. (E. Schmid, a. a. O. S. 15.)

allein ausschlaggebend sein. „Wenn wir erkennen, daß diese Aufgabe (der Siedlung) für die Erhaltung der Nation notwendig ist, dann spielen Zeit und Geld keine Rolle" (Dr. Ley).[56])

d) Von der Produktions- und Absatzseite.

Schließlich dürfen auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Siedlung nicht außer Betracht gelassen werden, denn an einer verarmten Landbevölkerung kann niemand Interesse haben. Ein Siedler, der sich jeden Tag die Frage vorlegen muß, ob er das laufende Erntejahr wirtschaftlich noch überstehen wird, ist vor allen Dingen nicht geeignet, bevölkerungspolitische Aufgaben zu erfüllen. Gerade wertvolle Menschen werden keine Kinder in die Welt setzen, die sie nicht auch versorgen können, und so wird die Rentabilität[57]) — auch unter volksbiologischen Gesichtspunkten — nicht als unwesentlich angesehen werden dürfen, wenngleich sie nicht mehr wie in früherer Zeit zur conditio sine qua non des Siedlungswerkes überhaupt gemacht werden darf.[58])

Die Frage, ob rentabel oder nicht, mag zum großen Teil vom Siedler und seiner Frau abhängen. Voraussetzung hierfür ist aber auf alle Fälle, daß die Belastung von vornherein nicht zu groß ist. Dann aber darf das Streben nach einer dichten ländlichen Bevölkerung nur so weit gehen, wie dieser Bevölkerung eine sichere wirtschaftliche Existenz geschaffen werden kann.

Wenn man sich erinnert, daß die ganz beträchtliche Steigerung der Agrarproduktion seit der Reichsgründung unter gleichzeitiger Verminderung der Agrarbevölkerung vor sich gehen konnte, so darf man auch die Aussichten einer rentablen Mehrbeschäftigung der landwirtschaftlich Erwerbstätigen nicht überschätzen. Zudem ist bei uns die Möglichkeit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung

56) zit. n. „Bauen, Siedeln, Wohnen" 1934 Heft 3—4 S. 45.

57) Rentabel hier nicht im kaufmännischen Sinne, sondern = lebensfähig. Rentabel im eigentlichen Sinn war die Siedlungsstelle nach Ansicht v. Dietze's niemals und wird es auch nicht sein können. (C. v. Dietze i. Arch. f. Inn. Kolonis. Bd. 21 S. 463.

58) Auf Grund einer Verordnung des Reichsernährungsministers findet eine Rentabilitätsprüfung der von 1924/33 mit öffentlichen Mitteln beliehenen Neusiedlerstellen statt.

allein durch technische und organisatorische Verbesserungen noch längst nicht erschöpft.[59]) Es fragt sich also, ob für die Erzeugung einer erheblich gesteigerten landwirtschaftlichen Bevölkerung angesichts des relativ hohen Grades von Selbstversorgung auf dem Gebiete unserer Ernährungswirtschaft ein einigermaßen lohnender Absatz zu finden ist, zumal die deutsche Landwirtschaft mehr als jemals auf den Absatz in Deutschland angewiesen ist.

Hier ist zunächst zu beachten, daß der Nahrungsmittelkonsum eines Volkes nur relativ geringen Schwankungen unterworfen ist.[60]) Auf der anderen Seite wird man deshalb auch keine wesentliche Steigerung des Nahrungsmittelkonsums bei größerem Angebot oder steigendem Einkommen erwarten dürfen. Dieses Bild wird lediglich gewisse Korrekturen von der Qualitätsseite her erfahren. Dann aber bleibt der Siedlung im Osten ihrer Eigenart entsprechend die Aufgabe, eine Steigerung der animalischen Produktion herbeizuführen. Daneben bleibt noch ein weites und wichtiges landwirtschaftliches Produktionsgebiet, die Gewinnung der agrarisch erzeugten industriellen Rohstoffe, insbesondere von Wolle, Oelfrüchten und Flachs.[61])

Aber hier ist zu sagen, daß wohl kein landwirtschaftlicher Betrieb Deutschlands eine so ungünstige Produktions- und Absatzlage hat, wie der ostpreußische Siedlerbetrieb.[62]) So gaben die Produktions- und Absatzverhältnisse in Ostpreußen immer wieder zu Klagen Anlaß.[63])

---

59) Dr. Rieker a. a. O. S. 251.

60) Während der letzten schweren Wirtschaftskrise ist z. B. der Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volkes nur um 6 % gesunken, in einer Zeit, wo das Volkseinkommen (ausgedrückt in Kaufkraft von 1928) um 19 % zurückgegangen ist. (Dr. Rieker S. 250 ff.)

61) Während z. B. in Ostpreußen i. J. 1880 noch rd. 20000 ha dem Flachsbau zur Verfügung standen, belief sich diese Fläche i. J. 1933 nur noch auf 400 ha. Gerade aber bei der erstrebten gewerblichen Durchdringung Ostpreußens ist dem Flachsanbau und der Verarbeitung der Faser eine nicht unwesentliche Rolle zugedacht.

62) Relativ überhöhte Bodenpreise, dabei nur geringe Naturalerträge pro ha auf den ungünstigen Böden, schlechte klimatische Verhältnisse, hohe Frachten zum Markt, Mangel an modernen Absatzorganisationen usw.

63) In einem Bericht der Haupthandelsgesellschaft Ostpr. landwirtsch. Genossenschaften m. b. H. wird über das Wirtschaftsjahr 1934/35 geklagt, daß durch das System der Festpreise die als Hauptabnehmer ostpreußischen Getreides in Frage kommenden westdeutschen Großmühlen erst in den heimischen Erzeugerkreisen ihren Bedarf decken und zuletzt aus Ostpreußen. Ferner seien die Absatzmöglichkeiten dadurch behindert, daß das ostpr. Getreide

Trotzdem haben sich die Siedlerbetriebe in Ostpreußen seit der Zeit der Währungsstabilisierung, sobald sie erst einmal über den vollen Produktionsapparat verfügten, als wirtschaftlich gefestigter erwiesen, als die Großbetriebe.[64])

„Aber es besteht kaum eine Möglichkeit", schreibt Quante, „auch nur die landwirtschaftliche Abwanderung (es sei denn für wenige Jahre) mit Hilfe der Siedlung aufzusaugen, sofern man rentable Betriebsverhältnisse gelten lassen will.[65]) Schon die Erhaltung des gegenwärtigen Stammes landwirtschaftlicher Bevölkerung wird bei der immer stärkeren technischen Verbesserung der Agrarproduktion die entscheidensten Anstrengungen aller beteiligten Kreise erfordern. Im gleichen Sinne äußert sich v. Borsig: „Eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion kann nur proportional mit der industriellen Entwicklung erfolgen, nicht auf Kosten derselben."[66])

Die Schwierigkeiten, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet einer umfangreichen Siedlung in Deutschland im Wege stehen, sind also nicht zu unterschätzen. Aber da eine Verstärkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine starke Hebung der Geburtenzahlen bringen soll, so wird die Vermehrung dieses Bevölkerungsteiles selbst unter wirtschaftlichen Opfern erstrebenswert sein.

Ein Blick auf unsere Nachbarn zeigt uns weiter, daß wir keinesfalls so lange mit der Siedlung warten können, bis einstimmig anerkannt wird, daß die Landwirtschaft wieder rentabel geworden sei.[67]) Polen hatte schon i. J. 1929 mit etwa 110 000 Neusiedlerstellen beinahe das doppelte Ergebnis wie Deutschland erreicht.[68]) Eine ungeahnte Welle neuer, nationalpolnischer Siedler staut sich an den deutschen Ostgren-

---

infolge der ungünstigen klimatischen Verhältnisse in seiner Qualität meist unter dem Reichsdurchschnitt liege. (Frkft. Ztg. Januar 1936.)

64) Aus wirtschaftlichen Gründen wurde bis zum Jahr 1928 kein Verkauf notwendig. Auch die Seßhaftigkeit war beständig. Die Zwangsversteigerungen i. J. 1927/28 betrugen nur 2,2 ‰. (E. Schmid, a. a. O. S. 251.)

65) zit. n. Dr. Rieker a. a. O. S. 251.

66) v. Borsig, a. a. O. S. 91.

67) Das Einkommen der Landwirtschaft wird für 1934/35 vom Inst. f. Konj. Forsch. auf 6 Mrd. geschätzt, die Kaufkraft auf 2,6 Mrd. (1929/30 = 2,9 Mrd.) („Die Deutsche Volkswirtschaft" 1935 Nr. 1.)

68) R. Bräuning i. „Neues Bauerntum" Bd. 27 1935 H. 3, S. 110.

zen. Auch Rußland, Estland, Ungarn und Italien weisen viel höhere Siedlungsergebnisse auf als Deutschland.[69]) Allein das kleine Litauen erreichte i. J. 1929 bereits die gleiche Zahl wie Deutschland, Lettland übertraf es zu dieser Zeit mit 105 000 neugeschaffenen Bauernbetrieben ganz bedeutend.[70]) Auch die Tschechoslowakei plant neuerdings eine gewaltige Siedlung auf Staatsboden, der mit rund 1,4 Millionen ha = $^1/_{19}$ der Bodenfläche der gesamten Republik umfaßt.[71])

So geht der „Kampf im Frieden" im deutschen Osten um deutsches Volkstum weiter. Dort droht die Gefahr, dort fällt die Entscheidung über Deutschlands Schicksal. Und die deutsche Bauernsiedlung im Osten ist gleichbedeutend mit deutschem Schicksal im Osten . . .

---

69) Wagenbach, a. a. O. S. 33.

70) Burgdörfer, a. a. O. S. 430.

71) Arch. f. Wanderungswesen 1935 H. 3, S. 103.

D. Zusammenfassung.

1. Die starke Bevölkerungszunahme seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und die in Wechselwirkung mit ihr stehende Industrialisierung haben — in Verbindung mit einer Reihe Faktoren politischer, rechtlicher, sozialer und psychologischer Art — zu einer ungewöhnlich starken Verstädterung Deutschlands geführt. Der gesamte Bevölkerungszuwachs seit der Reichsgründung bis zur letzten Volkszählung vor dem Kriege (1910) in Höhe von 24 Millionen ist restlos den Städten zugute gekommen; ihre Einwohnerzahl erhöhte sich in diesem Zeitraum von 15 auf 39 Millionen. Besonders aber die Großstädte wirkten wie gewaltige Saugpumpen auf das flache Land und waren die eigentlichen Nutznießer der gewaltigen Bevölkerungszunahme, denn es gelang ihnen in dieser Zeit, ihre Einwohnerzahlen zu versechsfachen. Auch in den folgenden Jahren vergrößerten und vermehrten sich die Städte und besonders wieder die Großstädte auf Kosten des flachen Landes, wenngleich der Verstädterungsprozeß wegen des langsamer gewordenen Tempos der allgemeinen Bevölkerungszunahme ebenfalls geringere Ausmaße annehmen mußte.

2. Das Ergebnis der starken Bevölkerungszunahme der Städte seit der Reichsgründung auf Kosten des flachen Landes ist eine völlige Umkehrung des Verhältnisses Land- zu Stadtbevölkerung. Wohnten im Jahre 1871 noch ⅔ der deutschen Bevölkerung auf dem Lande und nur ⅓ in Städten (über 2000 Einwohnern), so leben heute nur ⅓ in Gemeinden unter 2000 Einwohnern, dagegen ⅔ in Städten.

3. Parallel mit dieser örtlichen Bevölkerungsverschiebung vollzogen sich besonders in der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Struktur des Volkes bedeutsame Wandlungen: die Berufsbevölkerung in Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr hat sich von 17,8 Millionen i. J. 1882 auf 36,3 Millionen i. J. 1933 erhöht, die Berufsbevölkerung in Land- und Forstwirtschaft dagegen hat sich von 15,9 Millionen auf 13,5 Millionen verringert. Besonders die selbständigen bäuer-

lichen und handwerklichen Existenzen gingen im Rahmen des Volksganzen zurück, während die besitzlosen Elemente gewaltig an Zahl zunahmen. Daneben ergaben sich infolge der Abwanderung der erwerbsfähigen Altersklassen vom Lande in die Städte grundsätzliche Wandlungen im Altersaufbau und in der Geschlechtsgliederung in Stadt und Land.

4. Als schwerwiegendste Folge der Verstädterung aber muß ihre Rückwirkung auf die Geburtenentwicklung angesehen werden. Die Städte und in besonderem Maße die Großstädte haben sich als schlechter Nährboden für die Bevölkerungsentwicklung erwiesen, und es ist ein tragisches Geschick, daß all die blühende Lebenskraft, die vom Lande einst in das Häusermeer der Städte abwanderte, infolge unzureichender Nachwuchsgestaltung hier schon nach wenigen Generationen dahinstirbt. Das Streben, in der Stadt vorwärts zu kommen und das einmal Erreichte auf alle Fälle zu halten, auf der anderen Seite die Angst, bei Verlust des Arbeitsplatzes die Kinder nicht durchbringen zu können, läßt beim Städter und besonders wieder beim Großstädter den Wunsch nach Kindern immer mehr zurücktreten. Der nervenaufreibende Beruf, das Hasten und Jagen in der Großstadt, die naturfremde Lebensweise in den steinernen Häuserblöcken, in ihren Hinterhaus- und Kellerwohnungen mögen ihr Teil dazu beitragen, die Bewohner der Stadt auch in gesundheitlicher Hinsicht zu schädigen. Jedenfalls reicht die natürliche Fortpflanzung der Großstadtbevölkerung schon seit vielen Jahren nicht mehr zur bloßen Bestanderhaltung aus: Für die Gesamtheit der deutschen Großstädte ergab sich schon im Jahr 1927 ein (bereinigtes) Geburtendefizit von 40% (Berlin 60%). So leben die Großstädte allein vom Strom der sittlichen und physischen Kraft, die ihnen vom Lande aus zufließt. Das zeigt sich deutlich, wenn dieser Strom in seiner Stärke einmal nachläßt: Nicht nur Berlin, sondern eine große Zahl von Städten hatte in den Jahren vor 1933 beträchtliche Einwohnerverluste aufzuweisen.

Aber der Geburtenstreik beschränkt sich nicht allein auf die Großstädte, sondern er greift auch bald auf die Klein- und Mittelstädte über — auch bei ihnen ergab sich schon im Jahre 1927 (bereinigt) ein Geburtendefizit von 31% — und gefährdet schließlich auch das flache Land.

5. Trotz diesen beunruhigenden Anzeichen bleibt aber doch die Tatsache bestehen, daß die Fortpflanzungsfähigkeit

und der Fortpflanzungswille auf dem Lande noch immer erheblich höher ist als in der Stadt und daß diese Differenz zugunsten des Landes noch sehr viel größer ist, als sie nach der üblichen Einteilung erscheint. Es ergibt sich also die Möglichkeit, das Geburtenproblem einer Lösung dadurch viel näher zu bringen, daß man das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung zugunsten der letzteren verschiebt. Hier ist also der Punkt, wo die Bevölkerungswissenschaft unmittelbar den Siedlungspolitiker angeht. Aber einmal kann die Wiederherstellung einer gesünderen Verteilung des deutschen Volkes auf das deutsche Land nicht in kurzer Zeit geschehen — die Verstädterung ist das Ergebnis einer mehr als 60jährigen Entwicklung — auf der anderen Seite darf man sich über die Möglichkeit und Auswirkung der ländlichen Siedlung keinerlei Illusionen hingeben. Das bisherige Gesamtergebnis der Landsiedlung in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1934 einschließlich beträgt 67 000 Neusiedlerstellen, also durchschnittlich jährlich etwa 4—5000 Stellen. Nimmt man die Zahl der Menschen, die von 1919 bis 1930 als Siedler angesetzt worden sind, mit 270 000 Menschen an, so würde das nur etwa 1,25% der gesamten ländlichen Bevölkerung des Reichs ausmachen. Man wird sich also auch über das zukünftige Ausmaß der ländlichen Siedlung keine zu hochgeschraubten Hoffnungen machen dürfen. Allein schon die Ansiedlung des gesamten ländlichen Nachwuchses auf Bauernhöfen mit selbständiger Ackernahrung würde auf große Schwierigkeiten stoßen, weil das hierzu erforderliche Land — nach Burgdörfer rund 6 Millionen ha — und auch das benötigte Kapital schwer zu beschaffen ist. Eine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes wird daher von der ländlichen Siedlung — ganz abgesehen davon, daß der städtische Arbeiter als Siedler nicht in Frage kommt, nicht zu erwarten sein. Selbst wenn das Ziel, in den nächsten 10—20 Jahren 200 000 neue landwirtschaftliche Siedlerstellen zu schaffen, erreicht werden könnte, so würden damit erst die zweit- und drittgeborenen Söhne von Bauern und Landarbeitern unterzubringen sein.

6. Aber auch die bevölkerungsstatistischen Auswirkungen der bäuerlichen Siedlung dürfen keinesfalls überschätzt werden. Was zunächst die unmittelbare Bevölkerungsverdichtung anbelangt, so läßt sich „unter ostdeutschen Verhältnissen die Bevölkerungsverdichtung bei den zur Zeit geltenden Siedlungsrichtlinien mit etwa 50—60% angeben“ (W. u.

St.). Infolge der Bevölkerungsentwicklung im Siedlungsgebiet scheinen sich diese Verdichtungssätze bald nach der Besiedlung u. U. recht weit hinaus zu bewegen. Nach einem Zeitraum von 12—15 Jahren (Wollenweber) machen sich aber auch in den besiedelten Gebieten Anzeichen von „verstädterter Gesinnung" mit Landflucht und Geburtenrückgang als Folgen bemerkbar. Jedenfalls werden die anfangs günstigen Wirkungen der Siedlung im Laufe der Jahre wieder abgeschwächt.

Ueber die bevölkerungsmäßigen Auswirkungen der Kleinsiedlung lassen sich noch keine allgemein gültigen Angaben machen. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß der Besitz von Grund und Boden sich auch hier im günstigen Sinne auf die Kinderzahl auswirkt.

7. Aber Verstädterung und Siedlung dürfen nicht ausschließlich unter quantitativen Gesichtspunkten betrachtet werden. Und wie die Großstadt auch in qualitativer Hinsicht zu schweren demographischen Bedenken Anlaß gibt, so stellt umgekehrt ein starkes Bauerntum nicht nur die ergiebigste sondern auch die wertvollste Regenerationsquelle eines Volkes dar. Die seelischen Großstadtübel: das Wurzellose, Unstete, der Hang zum Oberflächlichen, zu Mode und Sensation, die Abstumpfung gegen Gemeinschaft und mitmenschliche Verantwortung sind hier noch unbekannt. Deshalb muß auch der geringste Erfolg der ländlichen Siedlung hoch gewertet werden, da er beiträgt, unser Volk auch rassisch und gesundheitlich zu verbessern und der heranwachsenden Jugend neuen Lebensraum zu schaffen. Schließlich beseitigt die ländliche Siedlung durch ihre ausgleichende Wirkung die inneren sozialen Spannungen und ist von günstigem Einfluß auf die Hebung der Gesamtkultur des flachen Landes.

8. So erfolgreich die bisherige bäuerliche Siedlung in Deutschland auch gewesen sein mag, so reicht sie doch nicht aus, um die Bevölkerungsverdichtung im deutschen Osten herbeizuführen, die aus volks- und nationalpolitischen Gründen notwendig erscheint. Neben die rein bäuerliche Siedlung wird deshalb in verstärktem Maße die Kleinsiedlung treten müssen, da auf eine Bauernbevölkerung allein heute eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik nicht mehr aufgebaut werden kann. Gerade in der unmittelbaren Auswirkung, den schwach bevölkerten Osten mit bodenverbundenen nationaldeutschen Arbeitern zu besetzen, liegt die große Aufgabe der

Kleinsiedlung. Heute bilden Arbeiter und Bauern eine Schicksalsgemeinschaft, Bauern und Arbeiter, die mit dem Lande in Verbindung bleiben, müssen deshalb den Lebensquell unseres Volkes bilden, müssen Arbeiter am Aufbau der Nation sein, jeder mit den ihm zugeordneten Mitteln. Denn nur sie zusammen können in bevölkerungspolitischer Hinsicht die Sicherung der deutschen Zukunft bedeuten.

9. Letztenendes stellt aber auch das gesamte Siedlungswerk nur eine Maßnahme — wenn auch die wirksamste — im Kampf gegen den Geburtenrückgang dar. „Wenn es einem Menschen aber nicht Freude und Stolz gibt, sich fortzupflanzen als Individuum, als Familie, als Volk, dann sind auch die drakonischsten Maßnahmen machtlos" (Mussolini). Aber gerade aus diesem Grunde ist ein Fatalismus, der wie Spengler den Untergang des Abendlandes der europäischen Kultur als unvermeidbares Schicksal hinnimmt, heute in Deutschland weniger denn je am Platze. Besonders das deutsche Beispiel zeigt, daß man dem Bevölkerungsschwund nicht mehr so hoffnungslos preisgegeben ist wie früher, da sich eine grundsätzliche Wandlung in der Gesinnung des deutschen Volkes angebahnt hat. Und erfreulich ist, daß der gegenwärtige Umbruch von den Städten, in denen bisher jeder Wille zum Kinde gänzlich erstickt schien, seinen Ausgang nimmt. Keine Großstadt hat im Jahr 1934 einen Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten zu verzeichnen, während dies im Jahre 1933 noch bei 70 Städten der Fall war.

10. Aber auch im Jahr 1934 reichte die städtische Geburtenziffer zur bloßen Erhaltung des städtischen Bevölkerungsstandes noch nicht aus: Es lag ein Geburtenfehlbetrag bei den

Klein- und Mittelstädten von — 10% vor, bei den
Großstädten von — 30% vor.

Im gesamten Reich betrug das Geburtendefizit — 18%. Auch im Jahr 1935 würde die erhöhte Geburtenzahl zur bloßen Bestandserhaltung des Volkes noch nicht ausreichen. Dabei bilden diese beiden Jahre Sonderfälle, die nicht als Ausgangspunkt für Zukunftsberechnungen gelten können. (Das Ansteigen der Geburtenziffer beruht in erster Linie auf der großen Zahl der Eheschließungen, die ihrerseits wieder durch die Gewährung der Ehestandsdarlehen angeregt wurden. Mit dem Eintreten der schwachbesetzten Nachkriegs-Geburten-

jahrgänge muß die Zahl der Eheschließungen aber zwangsläufig wieder zurückgehen.)

Diese Richtung wird schon durch die Entwicklung im Jahre 1935 angedeutet, wo mehr und mehr wieder die Grundrichtung der deutschen Bevölkerungsentwicklung zur Geltung kam: Im ganzen Jahr 1935 wurden im Deutschen Reich 650 851 Eheschließungen gezählt, das sind 88 598 (12%) weniger als im Jahr 1934. In den Großstädten wurden sogar 14,1% weniger Ehen geschlossen als 1934, in den Gemeinden unter 15 000 Einwohnern 10%. Auch die Zunahme der ehelichen Geburten, die zudem noch die Folge der vorausgegangenen starken Anhäufung von Eheschließungen gewesen war und hauptsächlich auf das erste Halbjahr 1935 zurückging, war bedeutend schwächer als im Jahre 1934 (66 000 während sie von 1933—34 = 227 000 betragen hatte). Auch im ersten Vierteljahr 1936 war die Zahl der Eheschließungen in den 57 Großstädten um 5350 (12,2%) geringer als im ersten Vierteljahr 1935, die Zahl der Geburten um 1880 (2,3%).

11. Trotzdem kann gesagt werden, daß die düstere Stimmung, die bisher über jeder Erörterung bevölkerungspolitischer Probleme in Deutschland lag, heute gewichen ist. Die Stadt und besonders die Großstadt sehen heute ihre Aufgabe nicht mehr ausschließlich darin, Verzehrerin des ländlichen Geburtenüberschusses zu sein wie einst. In ihnen hat sich ein neuer Typ des Stadtmenschen gebildet, der zur Besinnung auf sich selbst gefunden hat und dem Geburtenproblem nicht mehr fremd und feindlich gegenübersteht. Entscheidend für diesen seelischen Umbruch des deutschen Volkes und für die Hinlenkung der Gedanken des Einzelnen auf alles Familienhafte war die durch die nationalsozialistische Revolution angebahnte seelische Umstellung, „die grundlegende Veränderung der politischen und geistigen Atmosphäre, die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, kurz: die Wiederkehr des Vertrauens des Volkes in die politische und wirtschaftliche Staatsführung“ (Burgdörfer).

12. Mit der Entstädterung der menschlichen Gesinnung aber ist der einzig erfolgreiche Weg zur späteren Entstädterung der Siedlungsweise angebahnt. Allerdings können wir trotz der Erkenntnis der Gefahren und Schädigungen der Verstädterung hinsichtlich der Bevölkerung die Entwicklung nicht zurückschrauben und die Großstädte einfach abbauen. Was wir aber versuchen müssen, ist, die Schäden der Hoch-

kultur für uns und unsere Nachkommenschaft so weit als möglich auszuschließen; und dazu ist eben nötig, daß die Siedlung aufs stärkste gefördert wird. Dadurch gehen zwar „städtebauliche" Möglichkeiten verloren, aber unbegrenzte landschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten erstehen neu. Und besonders die neu zu schaffenden Kleinsiedlungen werden in großem Umfang das Gesicht der deutschen Landschaft bestimmen, werden helfen jene Stadtbildung anzustreben, die organisch ist, deren Ausdruck Arbeit am Volkganzen und Kulturleistung ist und die ja auch jederzeit Verständnis beim Bauern gefunden hat. Den seelenlosen steinernen Riesenstädten aber, der reinen Zivilisationsleistung und der Herrschaft der Maschine wurde aus dem Geist des Nationalsozialismus der Kampf angesagt nach dem Wort Adolf Hitlers: „Denn, daß unser Volk ohne Städter bestehen könnte, das wissen wir aus der Geschichte; daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich."

Literaturverzeichnis.

Erster Teil.

Amend, C. Bevölkerungszunahme auf dem Lande und der Menschenbedarf der Städte. Diss. Frankfurt 1934.

August, V. Die Uebervölkerung Deutschlands. Wandlungen in Volk und Wirtschaft. Diss. Köln. 1922.

Böker, H. u. v. Bülow, F. Die Landflucht in Deutschland. Studien und Berichte des Intern. Arbeitsamtes Genf. 1932/33.

Bornträger, J. Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und seine Bekämpfung. (Veröff. a. d. Geb. d. Med. Verv. Bd. 1 H. 13.)

v. Bortkiewicz. Bevölkerungswesen, Berlin 1919.

Boss, J. Die Ursachen der Landflucht in Deutschland. Diss. Berlin 1932.

Burgdörfer, F. Volk ohne Jugend. Berlin 1934 2. Aufl.

Derselbe. Zurück zum Agrarstaat? Berlin 1933.

Derselbe. Der Geburtenrückgang und die Zukunft des deutschen Volkes. Berlin 1928 2. Aufl.

Derselbe. Vom Leben und Sterben unseres Volkes. Berlin 1929.

Elster, L. Artikel: Bevölkerungswesen, i. Handwörterbuch d. Staatswiss. Bd. 2 4. Aufl. 1924.

Grassl, J. Geburtenrückgang in Deutschland, seine Ursachen und seine Bedeutung. München 1914.

Hansen, G. Die drei Bevölkerungsstufen, ein Versuch, die Ursachen für das Blühen und Altern der Völker nachzuweisen. München 1915.

Hellmut, O. Volk in Gefahr. München 1935.

Heinsius, F. Ist das deutsche Volk ein sterbendes Volk? Berlin 1929.

Grimm, V. Der Kampf des Bauerntums mit der Großstadt. (Veröff. a. d. Geb. d. Med. Verwaltung. 1930.)

Günther, H. Die Verstädterung. Leipzig 1934.

Hamm, E. Die deutsche Stadt im Mittelalter. Stuttgart 1935.

Kahn, E. Der internationale Geburtenstreik. Frankfurt 1930.

Korherr, R. Geburtenrückgang. München 1935.

Loesch, A. Was ist vom Geburtenrückgang zu halten? Heidenheim 1932.

Lotze, R. Volkstod? Stuttgart 1932.

Lundborg, H. Bevölkerungsfragen, Bauerntum und Rassenhygiene. Berlin 1934

Mombert, P. Die Gefahr einer Uebervölkerung für Deutschland, Tübingen 1934.

Derselbe. Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung. Leipzig 1932. (Veröff. d. Frkft. Ges. f. Konj. Forschg. N. F. 3.)

Derselbe. Bevölkerungspolitik nach dem Kriege. Nahrungsspielraum und Volkswachstum in Deutschland. Tübingen 1916.

Oberländer, Th. Die Landflucht in Deutschland und ihre Bekämpfung durch agrarpol. Maßnahmen. Diss. Königsberg 1933.

Quante, P. Die Flucht aus der Landwirtschaft. Berlin 1933.

Rossée, H. Die Bevölkerungsentwicklung in qualitativer Hinsicht im Zeichen der Industrialisierung. Diss. 1921.

Salloch, S. W. Deutsche Städte um 1500. Leipzig 1935.

Schöpke, W. Der Ruf der Erde. Berlin 1935.

Schreiber, G. Großstadt und Volkstum. Münster 1933.

Schulze, K. W. Stadt und Land als organischer Lebensraum. Stuttgart 1932.

Seeberg, R. Der Geburtenrückgang in Deutschland. Leipzig 1912.

Thomalla, C. Warum Bevölkerungspolitik? Berlin 1935.

Ullmann, H. Flucht aus Berlin? München 1932.

v. Ungern-Sternberg, R. Ursachen des Geburtenrückganges im europäischen Kulturkreis. Berlin 1932.

Derselbe. Biologie und Oekonomie. (Veröff. a. d. Geb. d. Med. Verv. 1936 Heft 1.)

Wagemann. Volk und Boden. Potsdam 1932.

Zweiter Teil.

Albrecht, O. Verbleib der Arbeitnehmer von besiedelten Gütern. (Schriften z Förderg. d. inn. Kolon. Heft 49).

Arndt, G. Grundsätze der Siedlungspolitik Friedrich des Großen. (Schriften z. Förderg. d. inn. Kolon. Heft 52).

v. Borsig. Reagrarisierung Deutschlands? i. Münch. Volksw. Studien 1934. N. F. H. 21.

Gatz, K. u. T. Der Deutsche Orden. Wiesbaden 1936.

Hampe, K. Der Zug nach dem Osten. Berlin 1930.

Hensen, P. Der Geburtenrückgang und die Bedeutung des Landvolkes. Berlin 1929

Hille, E. Der Siedler im Dienst für Volk und Vaterland. 1934.

Kasiske, K. Die Siedlungstätigkeit des Deutschen Ordens im östlichen Preußen bis zum Jahre 1410. Königsberg 1934.

Krollmann, C. Die Besiedlung Ostpreußens durch den Deutschen Orden i. Vierteljahrsschrift. f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21 Heft 3.

Lang, E. Das Werk der ländlichen Siedlung in Deutschland. (Königsberger Universitätsreden XV, 1935.)

Lerch. Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege. Berlin 1930.

Ludowici, J. W. Das deutsche Siedlungswerk. Heidelberg 1935.

Maxion, K. Die bisherigen Wirkungen des RSG. in Staat und Landwirtschaft, Berlin 1930.

Nawratzki, C. Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem, unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft, Berlin 1930.

v. Obwurzer, H. Selbstversorgung im Dritten Reich. Berlin 1933.

Oppenheimer, F. Weltprobleme der Bevölkerung. Leipzig 1929.

Pohlen, K. Die amtsärztliche Untersuchung der bäuerlichen Siedler auf ihre erbbiologische Eignung in Preußen im Jahr 1934. (Manuskript.)

Rössler, A. Die Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung in Preußen. 1933.

Rintelen, P. Deutschlands Bevölkerungsentwicklung, Nahrungsspielraum und Nahrungsverbrauch. Münster 1932.

Schlange-Schöningen, H. Bauer und Boden. Hamburg 1933.

Schlotz, W. Landhunger. Heidelberg 1931.

Schmid, E. Deutsche Siedlung im I., II. u. III. Reich (i. Nat. Soz. Bibliothek H. 48.)

Schmidt, H. Die Finanzierung der deutschen bäuerlichen Siedlung. Berlin 1935.

Schröter, E. Volksbiologische Auswirkungen der Siedlung. Beiheft z. Arch. f. Bev. Wiss. u. Bev. Pol. Bd. 6 1936.

Sering, M. Die deutsche Landwirtschaft unter Volks- und Weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. 1932. (Berlin.)

v. Thünen, H. Das Land, die Rettung der jungen Generation. 1932.

Warnack, Ländliche Siedlung und Bevölkerungsverdichtung (Schriften z. Förderung der inn. Kolon. Heft 51.)

Wollenweber, H. Ländliche Siedlung und Bevölkerung. (Berichte über Landwirtschaft, S. H. 44, Berlin 1931.)

Derselbe. Die Deutsche ländliche Siedlung. Herausgeb. v. Preuß. Minist. f. Landw. Dom. u. Forsten, Berlin 1930.

Statistische Jahrbücher und Zeitschriften.[1])

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1933—35.
Württembg. Stat. Jahrbuch 1933/34.
Stat. Jahrbuch für Preußen 1934.

Archiv f. Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik 1934, 1935.
Arch. f. Innere Kolonisation Band 14, 24, 25, 26.
(Neues Bauerntum) Band 27, 28.
Arch. f. Rassen- und Gesellschaftsbiologie 1935, 1936.
Arch. f. Wanderungswesen, 1933, 1934.
„Bauen, Siedeln, Wohnen", 1934, 1935.
Bodenreform, 1936.
Deutsche Volkswirtschaft, Die 1935.
Deutsche Wirtschaftszeitung 1930, 1932, 1935.
Geographische Wochenschrift, 1935.
Monatshefte f. N. S. Sozialpolitik 1936.
Odal, 1935.
Reichsgesundheitsblatt 1934, 1935, 1936.
Reichsplanung, 1935, 1936.
Schriften zur Förderung der Inneren Kolonisation, H. 47.
Siedlung und Wirtschaft, 1934, 1935.
Soziale Praxis, 1935, 1936.
Süddeutsche Monatshefte 1935, 1936 (S. H. 6).
Veröffentlichung a. d. Geb. d. Medizinalverwaltung, 1930, 1935, 1936.
Volk und Rasse, 1935, 1936.
Volksspiegel, 1935, 1936.
Wirtschaft und Statistik, 1933, 1934, 1935, 1936, S. H. 12, S. H. 15.
Wirtschaftskurve, Die 1931.
Zeitschrift für Geopolitik, 1933, 1934, 1936.
Zeitschrift des Preuß. Stat. Landesamtes, 1922.
Zeitschrift für Rassenkunde, 1935.
Zeitschrift für Selbstverwaltung 1931.
Zeitschrift f. d. gesamten Staatswissenschaften 1934.
Frankfurter Zeitung, Jahrgang 1936.

1) Jeweils im Text genau angegeben.

Lebenslauf.

Ich bin am 31. Oktober 1910 als Sohn des prakt. Arztes Wilhelm Rathcke und seiner Ehefrau Elfriede, geb. Schiller, in Berlin-Tegel geboren. Nach Wegzug meiner Eltern nach Süddeutschland besuchte ich das Gymnasium in Ehingen a. D. (Württbg.), wo ich auch im Jahre 1931 mein Abitur bestand. Hierauf studierte ich Nationalökonomie in Berlin und legte im Jahre 1935 mein Staatsexamen dort ab; im Februar 1937 bestand ich daselbst die mündliche Prüfung zum Dr. der Staatswissenschaften.